22. Jahrgang 1974 / 3. Heft / Juli

E 2176 F X

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

PETER KRÜGER
Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik 1928

JOHN GIMBEL
Der amerikanische Vertragsentwurf
zur Entmilitarisierung Deutschlands

MARTIN BROSZAT
Zeitgeschichte in Japan

DOKUMENTATION
Papst Pius XII., die britische Regierung
und die deutsche Opposition im Winter 1939/40

NOTIZEN

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46b
Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Peter Krüger . . . . Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik, die deutsche Außenpolitik und die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt . . 227

John Gimbel . . . . Die Vereinigten Staaten, Frankreich und der amerikanische Vertragsentwurf zur Entmilitarisierung Deutschlands 258

MISZELLE

Martin Broszat . . . . Zeitgeschichte in Japan 287

DOKUMENTATION

Papst Pius XII., die britische Regierung und die deutsche Opposition im Winter 1939/40 (*Peter Ludlow*) 299

NOTIZEN *342*

BIBLIOGRAPHIE *129*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1. Preis des Einzelheftes DM 12.– = sfr. 14.60; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 36.– = sfr. 43.75, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 28.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 55.60; für Studenten DM 47.60 (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14.6.1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
22. Jahrgang 1974 3. Heft / Juli

PETER KRÜGER

FRIEDENSSICHERUNG UND DEUTSCHE REVISIONSPOLITIK DIE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK UND DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DEN KELLOGG-PAKT

Seit den erschreckenden Erfahrungen des Ersten Weltkriegs machten sich in der öffentlichen Meinung vor allem der am Kriege beteiligt gewesenen Länder starke Strömungen bemerkbar, die nicht mehr zu dulden bereit waren, daß die Kabinette nach den Erfordernissen der jeweiligen politischen Lage Kriege führten. Unzählige Organisationen, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, nahmen sich der Sicherung des Friedens in der Welt an. Von der Gründung des Völkerbunds über die aufmerksame, oft kritische Beobachtung seiner Tätigkeit und Wirkung bis hin zu den Versuchen, der Idee einer Ächtung des Krieges Geltung zu verschaffen, war in den zwanziger Jahren das allgemeine Interesse an Fragen der friedlichen Streitschlichtung und des Aufbaus einer gesicherten internationalen Ordnung ungewöhnlich groß. Es erreichte 1927/28 im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für einen Kriegsverzichtspakt seinen Höhepunkt und trug erheblich dazu bei, den Abschluß eines derartigen Paktes, den man später Kellogg-Pakt nannte, für die Regierungen, vor allem die amerikanische, unausweichlich zu machen. Seine feierliche Unterzeichnung am 27. August 1928 war eines der spektakulärsten Ereignisse der zwanziger Jahre. Diese Tatsache bezeugte aber zugleich, daß der sichtbaren Wirkung des Völkerbunds vor dem Forum einer ungeduldigen, engagierten Öffentlichkeit Grenzen gesetzt waren. Die öffentliche Meinung, vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch in den europäischen Ländern, unterstützte deshalb lebhaft die markantesten Verfechter einer besseren Friedenssicherung, die zum Teil als diplomatische Dilettanten in den Gang der Dinge eingreifen wollten. Dabei suchten sie einen neuen Weg der direkten Verständigung der Staaten außerhalb des Völkerbunds, der vielfach schon als routinemäßig erstarrtes und nationalen Interessen verfallenes Gebilde empfunden wurde.

Der grundlegende Tatbestand, von dem die Überlegungen ausgehen mußten, war der, daß eine durch Sanktionen erzwingbare Friedensordnung billigerweise sich erst dann durchführen ließ, wenn für jeden denkbaren Streitfall zwischen zwei Staaten ein obligatorisches schiedsgerichtliches oder Vergleichsverfahren bestand und somit der Rückgriff auf den Krieg als letzten Ausweg zur Rechtswahrung überflüssig wurde. Dies strebte die Völkerbundssatzung an, vollendete es jedoch

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus realistischer Einsicht nicht: sowohl in der verbindlichen Streitschlichtung wie auch im Kriegsverbot blieb sie ausdrücklich lückenhaft, denn sie war die Satzung eines Verbandes souveräner Staaten[1].

Die deutsche Außenpolitik hatte im Hinblick auf die Friedenssicherung des Völkerbunds eine besondere Schwierigkeit zu überwinden. Sie stieß sich daran, daß die Satzung einen Teil des verabscheuten Versailler Vertrags bildete, infolgedessen den politischen und territorialen Status quo für die Siegermächte sichern half, und daß sie der Reichsregierung in Versailles aufgezwungen worden war, was die innere Aufnahmebereitschaft zweifellos nicht erhöhte. Insofern enthüllte die damals geschaffene internationale Friedens- und Rechtsordnung einen – wenn auch wohl kaum vermeidbaren – inneren Widerspruch. Denn eigentlich hätte ihr der allgemeine Interessenausgleich vorausgehen müssen, in dessen Folge es erst möglich gewesen wäre, eine entwicklungsfähige und dynamische Satzung zu schaffen, um auch den sich wandelnden Gegebenheiten und Interessen Rechnung zu tragen. Allerdings ist wohl kaum zu bezweifeln, daß ein der Ausarbeitung der Völkerbundssatzung vorangehender Interessenausgleich zwischen Siegern und Besiegten nach dem Ersten Weltkrieg eine sehr unrealistische Voraussetzung bedeutet hätte. Gerade im Hinblick hierauf bleibt es beachtenswert, daß der Kellogg-Pakt mit der Verbindung von nachhaltig wirksamen außenpolitischen Interessen und idealistischen Vorstellungen sein Entstehen einer freien Vereinbarung aller Beteiligten verdankte. Man sollte dabei freilich einen gewissen mittelbaren Einfluß nicht übersehen, der vom Völkerbund sowohl als geistiger Impuls wie auch als sichtbares Zeichen des Strebens nach einer neuen internationalen Rechtsordnung ausging. Die Vereinigten Staaten spielten bei der Ausarbeitung des Kriegsverzichtspaktes eine führende Rolle und traten damit, unter den gemeinsamen Verpflichtungen zur Sicherung des Friedens, wieder in eine engere Verbindung zu den europäischen Staaten. Und auch Deutschland, das trotz Locarno noch immer als der größte Unsicherheitsfaktor in der europäischen Politik galt, hatte an dem Zustandekommen des Paktes erheblichen Anteil. So waren mit dem Projekt jene beiden Staaten eng verbunden, auf die es am meisten ankam. Fraglich bleibt, wie sich die Stellungnahme Deutschlands im vorliegenden Falle mit seiner grundlegenden Forderung nach Revision des Versailler Vertrags vereinbaren ließ.

Unter Revision im Rahmen der auswärtigen Beziehungen verstehe ich das Bestreben eines Staates, einen bestehenden internationalen Zustand zu ändern, der sich auf Grund historischer Ereignisse zu seinen Ungunsten entwickelt hat, und zwar sowohl faktisch wie auch völkerrechtlich fixiert. Es wird zwar für viele konkrete Fälle in der Geschichte stimmen, aber es kann keineswegs grundsätzlich festgelegt werden, daß Revisionspolitik rückwärtsgewandte, auf die Wiedergewinnung eines verlorenen, geschichtlich überholten Zustandes gerichtete Politik sei. Es ist ebenso gut denkbar, die Revision bestehender völkerrechtlicher Regelungen

[1] Siehe dazu: Ernst Fraenkel, Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken, in dieser Zeitschrift 16 (1968), S. 1–14.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu fordern – eines Friedensvertrages wie desjenigen von Versailles beispielsweise – als unentbehrlichen Ansatzpunkt für eine neue zukunftweisende Politik. Kennzeichnend aber für jede Form der Revisionspolitik – mag sie auch noch so behutsam in Szene gesetzt werden – bleibt die Unruhe, die sie hervorruft in dem Bestreben, die internationalen Verhältnisse zu verändern.

Dieses Streben kann auf zweierlei gerichtet sein: Einmal auf die Verbesserung der internationalen Position und Machtstellung des betreffenden Staates, also seines politischen Einflusses in den weiten Bereichen völkerrechtlich ungeregelter Verhältnisse und Abhängigkeiten; zum anderen kann es gerichtet sein auf die Abänderung oder Aufhebung völkerrechtlicher Verträge und Abmachungen durch neue Übereinkünfte. Hingegen kommt es selten vor, daß Verträge oder Teile von Verträgen im Zuge einer Revisionspolitik ausdrücklich und unmittelbar aufgehoben oder in ihrem Text verändert werden.

In Deutschland bedeutete Revision nach 1919 beides, die Wiedererrichtung einer möglichst unabhängigen Großmachtstellung und die Revision des Versailler Vertrags, ja beides fiel weithin zusammen. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen wollte die Vertragsrevision und sah in ihr den unentbehrlichen Ansatzpunkt der zu erneuernden Großmacht. Uneinheitlich waren nur die Intensität des Wollens und die Ansichten über die Methode, die verfolgt werden sollte. Die Unterschiede, die sich überall deutlich ausprägten, in der politischen und militärischen Führung, in den Parteien und Verbänden, in den Ministerien, – diese Unterschiede reichten von dem maßvollen und behutsamen Vorgehen, das Stresemanns Außenpolitik kennzeichnete, über die Forderung nach einer schärferen und nachdrücklicheren Politik, wie sie vor allem von den Rechtsparteien und der Wehrmacht verlangt wurde, bis hin zu den Vorstellungen der radikalen Rechten, die in der Revision des Versailler Vertrags nur den Anfang einer neuen Expansionspolitik sah. An der Person Stresemanns und seinen außenpolitischen Vorstellungen schieden sich die Geister: Er blieb nach den turbulenten Anfangsjahren der Republik, in denen von einer kontinuierlichen und klaren Konzeption der deutschen Außenpolitik kaum gesprochen werden kann, von August 1923 bis zu seinem Tode am 3. Oktober 1929 in allen wechselvollen Konstellationen der unterschiedlichen Kabinette deutscher Außenminister. Bei aller Differenzierung im einzelnen ging es in jenen Jahren also darum, ob man für oder gegen Stresemann eintrat: Für seine Politik der Verständigung und der Zusammenarbeit mit den Westmächten, für die Auffassung, daß dies die allein wesentliche Voraussetzung der Revisionspolitik sei, und für die vorsichtige Inangriffnahme der Revision des Versailler Vertrags auf der Grundlage dieser Verständigung, soweit dies praktisch möglich war, ohne die Grundlage selbst zu gefährden. Das hieß, der Revisionspolitik Zügel anzulegen und deren heikelsten, gefährliche Konflikte für den europäischen Frieden bergenden Teil, die Änderung der in Versailles geschaffenen deutsch-polnischen Grenze, zurückzustellen, gewaltsame Maßnahmen abzulehnen und stattdessen künftige Revisionsmöglichkeiten offenzuhalten. Das hieß weiter, die Revision vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet – im weitesten Sinne – und überhaupt hinsichtlich aller seit 1918

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erfolgten Diskriminierungen Deutschlands voranzutreiben: Reparationen, Kriegsschuldfrage, Rheinland-Räumung, Beendigung der Liquidationen deutschen Eigentums im ehemals feindlichen Ausland, Verzicht der Siegermächte auf das Recht, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen das Reich zu ergreifen usw. Eine Ausnahme bildeten dabei die Bemühungen um den Rückerwerb Eupen-Malmedys, die einzige territoriale Revisionsforderung, deren Erfüllung auf dem Wege deutsch-belgischen Interessenausgleichs nicht aussichtslos erschien[2].

Dahinter stand mehr als nur das Ausweichen in eine ungefährliche Form der aktiven Revisions-Politik, es war zugleich eine andere Konzeption: Der Nachdruck sollte zunächst einmal auf die Revidierung aller jener Verhältnisse gelegt werden, die dem Wiedererstarken Deutschlands mit Hilfe seiner Wirtschaftskraft, der Steigerung des Handels und der weltwirtschaftlichen Verflechtung im Wege lagen.

Demgegenüber bestanden die Gegner Stresemanns in erster Linie darauf, die nationalen Belange des Reiches schroffer und offensiver zu vertreten und vor dem Aufgreifen der territorialen Fragen nicht zurückzuweichen. Zumindest forderten sie Stresemann auf, selber kein Entgegenkommen und keine Verständigungsbereitschaft zu zeigen, solange wesentliche Revisionsforderungen unerfüllt blieben; eine deutliche Tendenz zur isolierten nationalen Machtpolitik. Hinzu kam die Vorliebe für ein enges, auch militärisches Zusammengehen mit der Sowjetunion. In diesem Punkt besonders traten die Konservativen, vor allem die DNVP, der Politik Stresemanns entgegen, der die Westorientierung durchführte, auch wenn er gleichzeitig gute Beziehungen zur Sowjetunion bewahren wollte.

Im übrigen gibt es noch einen ganz praktischen Grund dafür, daß die territorialen Revisions-Fragen aufgeschoben, hingegen wirtschaftliche Fragen und sonstige Diskriminierungen Deutschlands einer gewissen Revision unterworfen wurden. Die allgemeine Atmosphäre hatte sich gewandelt, die Stimmung der unmittelbaren Nachkriegszeit wich allmählicher Normalisierung, in der sich Diskriminierungen nur noch schwer rechtfertigen und aufrechterhalten ließen. Insbesondere war Mitte der zwanziger Jahre allen Beteiligten endgültig klar geworden, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands eine Katastrophe auch für die anderen Westmächte bedeutete. Wirtschaftliche Schwierigkeiten spürt man jedoch sehr direkt und handelt meist entsprechend; die Zeit arbeitete auf diesem Gebiet gegen die Sieger. Deren territoriale Kriegsgewinne hingegen bildeten für sie keineswegs ein Problem, sondern bedeuteten einen Akt nationaler Erfüllung. In dieser Hinsicht arbeitete die Zeit gegen die Besiegten; denn die Bewohner in den abgetretenen Gebieten gewöhnten sich ebenso wie alle Staaten außer Deutschland zunehmend an den neuen Status quo. Den verantwortlichen Staatsmännern in Europa war bewußt, daß ein rigoroses Aufgreifen der territorialen Revisions-Forderungen sogleich alle Fortschritte der Verständigung Deutschlands mit den Westmächten zunichte machen und neue Spannungen und Konflikte heraufbeschwören würde.

---

[2] Klaus Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, Aachen 1964 (Sonderdruck aus: Ztschr. d. Aachener Geschichtsvereins, Bd. 76).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konflikte zu vermeiden oder ohne Krieg und Gewalt zur Lösung zu bringen, war indessen neben den kaum zu bewältigenden Wirtschaftsproblemen und den revisionistischen Strömungen eine weitere bedeutende Aufgabe, welche die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa während der zwanziger Jahre beherrschte. Das entscheidende Problem bestand also darin, für die sich fortlaufend verändernden und weiterentwickelten Verhältnisse in den einzelnen Ländern und zwischen ihnen ein Verfahren zu schaffen, das einen Ausgleich der Interessen ermöglichte auf Grund internationaler Kompromisse, friedlicher Streitschlichtung und Schiedsgerichtsbarkeit.

Es liegt auf der Hand, daß seit dem Ersten Weltkrieg das größte Verlangen nach Veränderung bestehender Verhältnisse von den im Kriege Besiegten und ihren Bemühungen ausging, die Friedensverträge zu revidieren. Es ging also nicht nur um die schwere Aufgabe, die üblicherweise unter Staaten auftretenden Spannungen auf friedlichem Wege mittels Verständigungspolitik statt Gewaltmaßnahmen und mit einem sinnvollen völkerrechtlichen Verfahren auszutragen, sondern vor allem um die Frage, ob sich Revisionspolitik und Friedenssicherung in Einklang bringen ließen.

Eigentlich hätte es nahegelegen, alle Revisionsforderungen dem Völkerbund zu überweisen. Denn der Völkerbund sollte Instrumentarium und Rahmen der auf moralischen und rechtlichen Prinzipien ruhenden neuen Außenpolitik bilden, die viel propagiert und dringend benötigt wurde. Doch bot sich hier wenig Aussicht auf Erfolg, weil die Sieger gegenüber den Forderungen nach Revision der Friedensverträge enger zusammenrückten und wenigstens in dieser Hinsicht den Völkerbund in erster Linie als Kartell ihrer Interessen ansahen. Sichtbarster Ausdruck dessen war der Art. 10 der Völkerbundssatzung. Er enthielt die Verpflichtung, die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit aller Mitglieder zu achten und gegen jede Aggression zu schützen. Der Art. 19, der einzige, in dem von der Überprüfung der bestehenden Verhältnisse die Rede war, ließ denn auch an Zurückhaltung und Unbestimmtheit gegenüber der Ingangsetzung eines Revisionsverfahrens nichts zu wünschen übrig. Dies war verständlich, legte aber dem Aufbau eines ausgewogenen, Siegern und Besiegten gleichermaßen gerecht werdenden internationalen Systems weitere Hindernisse in den Weg. Man darf die negativen Auswirkungen aber auch nicht übertreiben; sie waren vornehmlich psychologischer Natur. Den entscheidenden Punkt, die notwendige Solidarität aller Mächte und ihren Willen zu friedlicher Zusammenarbeit, berührten sie kaum. Fehlte beides, so mußten noch so weise Bestimmungen umsonst bleiben.

Nicht zuletzt in Erkenntnis dieser Voraussetzungen enthielt sich die Völkerbundssatzung freilich eines jeden Monopolanspruchs in bezug auf die friedliche Erledigung internationaler Streitfälle. Der Rahmen der Satzung war weit genug, die einzelnen Staaten auf Verhandlungen untereinander zur Erhaltung des Friedens zu verweisen, ihnen die Schaffung dafür geeigneter Institutionen und Verträge nahezulegen, soweit sie der Satzung nicht widersprachen, und zu diesem Zweck eine Reihe institutioneller und technischer Hilfen anzubieten, nicht zuletzt die

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglichkeit unbefangener Zusammenkünfte und diskreter Erörterungen. Wichtig blieb nur der Wille zur friedlichen Solidarität aller Mitglieder trotz der unvermeidbaren Spannungen und Konflikte. Dann ließ sich auch über heikle Probleme, wie es die Revisionsforderungen waren, leichter und zweckmäßiger reden. Und gerade in diesem Sinne, um die Bindungen und Friedensverpflichtungen der Staaten untereinander zu stärken und die Möglichkeit gewaltloser Austragung von Streitfällen mit den Mitteln der Vernunft zu verbessern, begrüßten die führenden Völkerbunds-Beamten rückhaltlos die Initiativen Kelloggs und Briands für einen Kriegsächtungspakt. Wenn man sich also nicht auf die fehlenden präzisen Revisionsbestimmungen in der Satzung versteifte, sondern den – wenn auch noch so unvollkommen ins Leben getretenen – Grundgedanken der friedlichen Auseinandersetzung im Völkerbund ergriff, dann bestand zwischen Revisionspolitik und Völkerbund, Revisionspolitik und Friedenssicherung kein Widerspruch[3].

Ohne Zweifel stand die deutsche Außenpolitik während der Weimarer Zeit oft vor einer für die künftige Ausgestaltung der internationalen Beziehungen folgenschweren Entscheidung. Gleichgültig jedoch, ob es nun ein Schritt zurück zur Expansions- und Machtpolitik vor 1918 war oder ein Schritt vorwärts zu einer neuen, auf Friedenssicherung beruhenden internationalen Ordnung: in beiden Fällen blieb die Revision des fast einhellig abgelehnten Versailler Vertrags der in erster Linie zu berücksichtigende Umstand. Ehe man also den Schluß zieht, daß die deutsche Revisionspolitik zugleich die Erringung der Hegemonie in Europa zum Ziel gehabt habe und mit der Völkerbunds- und Friedenssicherungspolitik durchaus unvereinbar gewesen sei, erscheint es unerläßlich, das Verhältnis von deutscher Revisionspolitik und internationaler Friedenssicherung zu untersuchen. Es wurde bisher in der Forschung vernachlässigt, schon aus dem Grunde, weil kaum jemand die deutschen Vorstellungen zur Sicherheitsfrage und friedlichen Streitschlichtung und die Versuche, sie in die politische Wirklichkeit der zwanziger Jahre umzusetzen, dargestellt hat[4]. Diese Fragen können hier nur an Hand eines besonderen Ereignisses behandelt werden. Sie bieten aber auch Ansätze, ein genaueres Urteil über die Gefährlichkeit der deutschen Revisionspolitik als Bindeglied zwischen Ludendorff und Hitler und über eine sicher vorhandene, aber sehr zu differenzierende Kontinuität zu fällen – die übrigens nur allzu leicht zum Schlagwort werden kann, gerade weil sie einen für die deutsche Zeitgeschichte so fruchtbaren und wichtigen Begriff darstellt.

[3] Hermann Graml, Europa zwischen den Kriegen (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 5), München 1969, vor allem S. 56–59, sieht demgegenüber deutsche Revisionspolitik als unvereinbar mit den Prinzipien kollektiver Sicherheit an, als „Rückkehr zum internationalen Faustrecht"; denn er geht ohne Begründung und klare Begrifflichkeit davon aus, daß Revisionspolitik nur als direkte und damit aggressive Revisionsforderung zu verstehen sei, und engt sie zudem auf territoriale Revision ein, während er die übrigen deutschen Revisionsforderungen für weniger gefährlich, ja teilweise für vernünftig hält (Reparationen z.B.).

[4] Eine Ausnahme bildet die unveröffentlichte Dissertation von Robert B. Dockhorn, The Wilhelmstrasse and the search for a new diplomatic order, 1926–30, University of Wisconsin 1972.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die deutsche Außenpolitik[5] konnte es sich jedenfalls unter dem Einfluß der innenpolitischen Entwicklung keineswegs mehr darum handeln, ob sie überhaupt die Revision anstreben sollte oder nicht, sondern allein darum, mit welchem Eifer und in welcher Form – Form allerdings in sehr weitgreifendem Sinn gemeint. Im Zusammenhang mit dem Ziel der Friedenssicherung bedeutete dies für die deutschen Außenpolitiker, durch weitgehende Eingliederung des Reiches in das noch lockere und sehr lückenhafte System kollektiver Sicherheit seit 1919, ja durch eigene Initiativen auf diesem Gebiet – wie für Locarno 1925 oder das Sicherheitskomitee des Völkerbunds 1927/28 – und nicht zuletzt durch die Förderung des Kriegsverzichtspaktes 1928 Deutschlands Position zugleich mit der Ausgestaltung der friedlichen Streitschlichtung so zu stärken, seine Vertrauenswürdigkeit und Verläßlichkeit dermaßen wieder herzustellen, daß eine friedliche und kompromißbereite Revisionspolitik Aussicht auf Erfolg hatte, ohne die tiefen Schatten eines großen europäischen Krieges zu werfen. Damit wäre zugleich einhergegangen ein grundlegender Neuansatz der deutschen Außenpolitik im Vergleich zur Zeit vor 1918 sowie eine Stärkung und Ausgestaltung des Völkerbunds. Es erscheint deshalb sinnvoller, Methoden, Geist und selbstgesetzte Grenzen deutscher Revisionspolitik in den 20er Jahren zu untersuchen, als etwa zwischen territorialer und sonstiger Revisionspolitik zu unterscheiden, die territorialen Forderungen pauschal zu verurteilen, die übrigen hingegen weniger unheilvoll oder gar vernünftig zu nennen. Der revisionistische Geist ist ja etwas Einheitliches, und man kann ihn nicht auf bestimmte Gebiete beschränken, auch wenn es zweifellos einleuchtet, daß es mehr oder weniger gefährliche Bereiche für das Revisionsverlangen gibt. Zu beachten ist, daß nicht nur bei rigorosen territorialen Forderungen, sondern auch bei harter Verfechtung der Revisionspolitik hinsichtlich der Reparationen, der Rüstung oder der Räumung der besetzten Gebiete rasch der kritische Punkt des Konfliktes erreicht werden konnte. Das schärfere, risikoreichere Vorgehen wurde von den Nationalisten in allen Fragen – nicht nur den territorialen – gefordert und von der Reichsregierung in der zweiten Hälfte der 20er Jahre ebenso umfassend zurückgewiesen. Entscheidend für die Analyse der deutschen Außenpolitik bleibt also, in welchem Geist sie ihre Revisionsansprüche vorbrachte.

Ebenso wie die deutsche Revisionspolitik kann man die deutsche Politik auf dem Gebiet der Friedenssicherung und friedlichen Streitschlichtung als eine – wenn auch unreife – Frucht der Niederlage im Ersten Weltkrieg betrachten. Wie es sich am deutlichsten auf den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 herausstellte, verhielt sich die Führung des Reiches vor 1914 konsequent abweisend gegenüber jeder Einschränkung der selbstherrlichen Souveränität bei der Entscheidung über Krieg und Frieden und über die Anwendung schiedsgerichtlichen Verfahrens. Aus der Verwirrung über den schmerzhaften Verlust der Weltgeltung und aller Siegesträume heraus wurde dann aber 1919 übereilt der Versuch unternommen, mit

[5] Siehe dazu auch: Robert Grathwol, Gustav Stresemann – Reflections on his foreign policy, in: Journal of Modern History 45 (1973), S. 52–70.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem gewaltigen Sprung Deutschland zum besten Verkünder einer friedlichen Völkergemeinschaft und progressiver Internationalität zu machen. Jedoch blieben diese krampfhaften Bemühungen, ungeachtet der Tatsache, daß sich viele Gutwillige in ihren Dienst stellten, teils unrealistischer, teils vordergründig taktischer und propagandistischer Natur, beispielsweise um die deutsche Position bei den Friedensverhandlungen in Versailles zu verbessern.

Das deutlichste Zeugnis stellt dafür der deutsche Gegenentwurf vom April 1919 zur Völkerbundssatzung dar. Schon im Vorwort der offiziellen Ausgabe heißt es: „Die deutsche Regierung hat gegenüber jenem Zerrbilde eines Völkerbundes, wie ihn die Feinde errichten wollen, einen Plan für den wahren, gerechten Bund der Völker aufgezeichnet." Der erste Artikel beginnt: „Der Völkerbund soll durch obligatorische Schlichtung internationaler Streitigkeiten unter Verzicht auf Waffengewalt den dauernden Frieden zwischen seinen Mitgliedern auf die sittliche Macht des Rechtes gründen und als internationale Arbeitsgemeinschaft dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit dienen."[6] Diese für sämtliche rechtlichen und politischen Streitfragen zwischen Staaten verbindliche Regelung sollte von einem internationalen Gerichtshof und einem Vermittlungsamt verwirklicht werden. Der springende Punkt war dabei natürlich die obligatorische Streitschlichtung in allen politischen Fragen, eine ganz unrealistische Forderung, die mit einem einzigen Schritt den ewigen Frieden in greifbare Nähe rücken wollte. Auf der einen Seite zu hoch gespannte Ansprüche, von denen aus man den bestehenden Völkerbund nach Kräften kritisieren und die idealistische Höhe der eigenen Position herausstreichen konnte – auf der anderen Seite Fortdauer der Denkkategorien nationaler Machtpolitik, die sich in die populären Forderungen nach Revision des Versailler Vertrags hüllen ließen: diese unheimliche Verbindung des Unvereinbaren bestimmte weithin das außenpolitische Denken, wenigstens in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Beides war in gewissem Ausmaß auch charakteristisch für die Einstellung Bernhard Wilhelm von Bülows, der das erste wichtige deutsche Buch über den Völkerbund verfaßte und im Sommer 1923 die einflußreiche Stellung des Leiters des Völkerbundreferats im Auswärtigen Amt übernahm. Bülow war ein gebildeter, ernsthafter und gründlicher Mensch, der in den frühen zwanziger Jahren für die unbedingte obligatorische Streitschlichtung eintrat und dem sicher nicht das Gefühl für eine bessere internationale Ordnung fehlte. Er verbannte seine Gedanken darüber jedoch in eine höhere Sphäre idealistischer Reinheit, da sie im Getriebe seiner Gegenwart nicht zu verwirklichen seien, bevor nicht Deutschland seine Revisionsziele, von deren Berechtigung er zutiefst überzeugt war, durchgesetzt hätte[7]. Damit war zum einen gesagt: erst Revision, dann könnte man weitersehen,

[6] Materialien, betr. die Friedensverhandlungen, 2. Beiheft: Die Pariser Völkerbundsakte vom 14. Februar 1919 und die Gegenvorschläge der deutschen Regierung für die Errichtung eines Völkerbunds [. . .], im Auftrage des Auswärtigen Amts, Charlottenburg 1920, S. 2 und 5.

[7] Siehe Bülows Beiträge in der Zeitschrift „Die deutsche Nation", Bd. 2 (1920), S. 248–52; Bd. 3 (1921), S. 476–85; Bd. 4 (1922), S. 257–60. Über Bülow allgemein: Peter Krüger/

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ob sich für eine neue internationale Ordnung etwas tun ließe. Zum anderen stand diese Haltung in der Nachkommenschaft eines privaten oder bösartig gesagt: Feiertagsidealismus aus der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, der über die Niederungen der täglichen, vor allem der politischen Geschäfte sich hinwegzutrösten versuchte. Bülow fand nie einen Ausweg aus der Polarität von Macht- und Rechtspolitik, weil er, von der Vorstellung durchdrungen, daß Deutschland in Versailles schweres Unrecht zugefügt worden sei, die Revisionspolitik über alles stellte und dabei schließlich doch in eine – allerdings nicht schrankenlose – Machtpolitik verfiel.

Von einem anderen Gesichtspunkt her ist Ernst Fraenkel diesem Mangel an Wirklichkeitssinn nachgegangen. Er hat, von den völkerrechtlichen Instrumenten zur Kriegsverhütung ausgehend, ein gegensätzliches Begriffspaar formuliert: Das Friedensmoratorium, das sich in realistischer Einsicht mit dem Erreichbaren begnügt und bei einem internationalen Streitfall nur für eine Abkühlungsperiode vor der militärischen Auseinandersetzung sorgt, und das Schiedsobligatorium, das nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die bindende Verpflichtung zur friedlichen und rechtlich geregelten Streitschlichtung enthält[8]. Die Völkerbundssatzung hat Fraenkel dem Gedanken des Friedensmoratoriums zugeordnet, die deutschen Vorstellungen dem Schiedsobligatorium. Damit stellte er zugleich einen weiteren Gegensatz zwischen dem angelsächsischen und dem kontinentaleuropäischen Denken fest. So einleuchtend dieses Urteil im großen Überblick ist, so notwendig ist hier doch gerade im Hinblick auf die komplizierte deutsche Haltung eine gewisse Differenzierung. Das gilt nicht allein für die Einstellung Deutschlands zum Völkerbund, sondern allgemein für seine Politik in den Fragen der Sicherheit und Kriegsverhütung. Grundsätzlich indessen hat Fraenkel einen Maßstab geschaffen, mit dem man auf diesem Gebiet prüfen kann, bis zu welchem Grade sich die Reichsregierung zu einer verständigungs- und kooperationsbereiten Politik unter Berücksichtigung der tatsächlich bestehenden Verhältnisse in Europa aufzuschwingen vermochte und von den abstrakten und völkerbundfeindlichen Grundsätzen des Schiedsobligatoriums abrückte.

Fraenkel hat im Hinblick auf die deutsche Haltung geschrieben: „Die Idee des Schiedsobligatoriums schließt im Prinzip die Möglichkeit aus, Schiedsgerichtsverträge mit Vorbehaltsklauseln anzuerkennen."[9] Es ist zwar in der politischen Wirkung noch nicht sehr belangvoll, als Anzeichen einer realistischen und rationalen Betrachtung der internationalen Probleme aber bemerkenswert, daß in der Mitte der zwanziger Jahre das im Auswärtigen Amt ausgearbeitete deutsche Schiedsvertragssystem keineswegs mehr auf dem Schiedsobligatorium beruhte, sondern auch gegenüber den veralteten und anfechtbaren Verträgen mit weitgefaßten Vorbehalten, z.B. der Vereinigten Staaten, durchaus fortschrittlich war. Sämtliche

Erich J. C. Hahn, Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 376–410.

[8] Fraenkel, a.a.O., S. 5ff.

[9] Fraenkel, a.a.O., S. 9.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechtsstreitigkeiten, also die justiziablen Fälle internationaler Meinungsverschiedenheiten, sollten danach einer obligatorischen schiedsgerichtlichen Regelung unterworfen sein, während für die politischen Streitfragen ein nicht bindendes Vergleichsverfahren vorgesehen war. Fraenkel ist auf diese Entwicklung nicht eingegangen; aber gerade hier zeigt sich schon die recht vielschichtige deutsche Haltung. Das Problem wird noch schwieriger, wenn man in Rechnung stellt, daß die Orientierung auf eine stärkere internationale Verflechtung, auf „Verständigungspolitik" und Kooperation, verbunden war mit einer Schärfung des Verständnisses für umfassende internationale Regelungen, vor allem zur Friedenssicherung. Daraus folgt aber, daß von einem neuen Ausgangspunkt aus das Bestreben nach Verstärkung allgemeiner völkerrechtlicher Bindungen mit einer wirklichkeitsbezogenen Aufgeschlossenheit einherging und nun in realistischer Weise der Versuch unternommen wurde, sich dem umfassenden Schiedsobligatorium zu nähern. Dies muß man dann scharf trennen von der, man könnte verkürzt sagen, Bülowschen Tendenz eines unangebrachten rigorosen Idealismus – und die Entwicklung der deutschen Politik gegenüber den Plänen eines allgemeinen Kriegsverzichtspakts und den Problemen der Friedenssicherung 1927/28 gibt zu einer solchen Differenzierung Anlaß.

Es ist nun eine bemerkenswerte Entwicklung, daß die deutsche Außenpolitik in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre immer realistischer in ihrem Vorgehen und ihren Zielsetzungen wurde. Das betraf vor allem die Revisionspolitik. Locarno bedeutete nicht den einsetzenden Höhenflug einer neuen Völkerverständigung, sondern besitzt seinen Wert vor allem als Zeugnis einer neuen, an den gegebenen Verhältnissen orientierten deutschen Einstellung und der Bereitschaft, mit den Westmächten zu vernünftigen Arrangements zu kommen. Und dieser neue Wirklichkeitssinn durchdrang folgerichtig auch die deutschen Sicherheitsüberlegungen. Je mehr aber die verantwortlichen Leiter der deutschen Außenpolitik schon durch die bloße Praktizierung und Eingewöhnung dieser Richtung folgten, desto mehr tat sich eine Kluft auf zu den immer verbohrter und rigoroser geäußerten Vorstellungen der konservativ und nationalistisch eingestellten Parteien, Verbände und Gruppen samt ihrem Anteil an der öffentlichen Meinung. Sie zogen sich, fern von den Geschäften der Diplomatie und im bewußten Gegensatz zu jeder weitergehenden Verständigung mit den ehemaligen Feindmächten, zurück auf ihr wirklichkeitsfremdes Ziel der Wiederherstellung einer möglichst unabhängigen deutschen Weltgeltung wilhelminischen Zuschnitts und auf die unfruchtbare, ja gefährliche Forderung, das angebliche Unrecht von Versailles müsse wiedergutgemacht werden.

Nicht nur für die allgemeine Konzeption der internationalen Beziehungen Deutschlands, sondern auch für die Sicherheitspolitik und das Problem der friedlichen Streitschlichtung hatte erst Außenminister Stresemann einer realistischen Betrachtung sowohl im Reichstag als auch gegenüber der öffentlichen Meinung Geltung verschafft und mit den Locarno-Vereinbarungen den entscheidenden Schritt getan. Für die weiterführenden Impulse 1927/28 aber war er nicht maßgebend – und noch weniger Bülow –, sondern der Staatssekretär des Auswärtigen

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amts, Carl von Schubert, der Initiator und Spiritus rector der deutschen Politik gegenüber den Plänen eines Kriegsverzichtspaktes. Bei Schubert war an Nüchternheit und Wirklichkeitssinn, gepaart mit ausdauernder Energie und eigenen politischen Ideen kein Mangel. Schon 1923, als er noch Ministerialdirektor war, berichtete über ihn der damalige britische Botschafter in Berlin, D'Abernon: "I may add that my personal relations with Herr von Schubert have only developed during recent months but they have lasted long enough to bring me to the opinion that he is one of the best of the German officials with whom to do business. Very efficient and prompt, he is animated by a keen desire to settle outstanding difficulties. I should regard it as a loss were Herr von Schubert to leave the Foreign Office."[10]

Schubert war kein Freund aufsehenerregender Initiativen und wechselvoller Geschäftigkeit, sondern schätzte die beharrliche Arbeit an substantiellen internationalen Übereinkünften. Er war sich darüber hinaus des immer noch vorhandenen Mißtrauens gegenüber der deutschen Diplomatie aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bewußt und bestand deswegen auf einer stetigen und klaren deutschen Politik. In diesem Sinne achtete er in besonderem Maße darauf, daß die im Zuge der Locarno-Politik verkündete internationale Solidarität und Zusammenarbeit gerade in Krisenfällen von deutscher Seite bewußt aufgegriffen wurde. Die Grundsätze der internationalen Verantwortung und des friedlichen Ausgleichs sollten nicht nur auf dem Papier bleiben, sondern auch im Verhalten der Reichsregierung verwirklicht werden: Als im Frühjahr 1927 anläßlich der Spannungen zwischen Italien und Jugoslawien an der albanisch-jugoslawischen Grenze eine gefährliche Situation entstand und England und Frankreich eine Beobachterkommission zur Verhinderung eines militärischen Zusammenstoßes ins Grenzgebiet schicken wollten, da sorgte Schubert mit einem energischen Vorstoß bei dem zögernden Stresemann dafür, daß Deutschland sich trotz der Abneigung des Reichspräsidenten und mehrerer Minister an der Aktion beteiligte. Er erklärte:

„Es ist die erste große politische Frage, die uns an sich nichts angeht, mit der wir aber befaßt werden. Wir müssen eine klare Antwort geben, denn wir müssen doch die Linie unserer Politik innehalten. [. . .] Unsere Antwort darf doch nicht dadurch, daß sie immer wieder hinausgeschoben wird, oder nicht bestimmt lautet, etwas Gequältes bekommen. Es ist doch stets unsere Politik gewesen, auf eine Zusammenarbeit mit den großen europäischen Mächten hinzuarbeiten. Das haben wir seit Jahren urbi et orbi erklärt. Bei der ersten Sache, durch welche unsere Stellungnahme auf die Probe gestellt wird, können wir uns doch nicht drücken, das würde sehr zweideutig aussehen. [. . .] Wenn wir nicht mitmachen, so bringen wir uns in den Verdacht, daß wir stets auf eine gemeinsame Mitarbeit dringen, wenn wir eigene Wünsche verfolgen, daß wir uns aber von einer solchen inter-

[10] Bericht vom 28. 9. 1923 an das Foreign Office; London, Public Record Office, Foreign Office file 371, vol. 8816, C 17 053/16 055/18. Für die Beschaffung dieses Zitats danke ich F. Gregory Campbell (Universität Chicago).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nationalen Politik drücken, wenn wir eigene Wünsche nicht zu vertreten haben."[11]

Kurz darauf äußerte sich Schubert mit Bezug auf die notwendige Stetigkeit und Verläßlichkeit noch deutlicher. Im Juli wurde im Rahmen der Schieds- und Sicherheitspolitik die Frage erörtert, ob Deutschland sich verpflichten sollte, alle Rechtsstreitigkeiten mit anderen Staaten vor den Haager Gerichtshof zu bringen – angesichts des deutschen Schiedsvertragssystems kein sehr bedeutender Schritt vorwärts. Schubert schrieb am 13. Juli für sich selbst zu diesem Thema ein paar Bemerkungen nieder, die ungemein bezeichnend für seine diplomatische Einstellung sind: „1. Wenn wir die Sache plötzlich machen, Charakter eines Tricks (was haben die Deutschen vor?) 2. Popularitätshascherei bei den Kleinen, wird man sagen. 3. Große aus diesen, aber auch aus anderen Gründen vor den Kopf gestoßen. Warum machen die Deutschen immer etwas Neues? Können sie denn nicht zur Ruhe kommen?"[12] Schubert bevorzugte einen politischen, nicht juristischen Neuansatz der deutschen Sicherheits- und Schiedspolitik.

In Ablehnung der gleichermaßen unrealistischen Ansätze utopischer Friedenspolitik wie nationaler Machtpolitik drückte sich der Umschwung anläßlich der Stellungnahme zur Sicherheitsfrage Ende 1927 deutlich aus. Auf der 8. Völkerbundsversammlung im September 1927 war mit bemerkenswertem Nachdruck von den kleinen Mächten ein deutlicher Fortschritt in der Frage der Friedenssicherung verlangt worden, und Frankreich hatte in Verfolg seiner These: „keine Abrüstung ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien" die Einrichtung eines Sicherheitskomitees bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission durchgesetzt. Die Ereignisse veranlaßten das Auswärtige Amt, auf diesem Gebiet mit einer eigenen großangelegten Initiative vorzugehen. Die auf einer umfassenden Konzeption beruhenden Intentionen kamen von Schubert, die Grundlagen schuf der bedeutende Völkerrechtsexperte des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Friedrich Gaus, mit seiner über ihren Anlaß weit hinausweisenden Denkschrift „Die Haltung Deutschlands im Sicherheitskomitee" von Anfang Dezember 1927[13]. Diese interne Denkschrift enthielt ein klares, der außenpolitischen Situation in Europa angepaßtes Konzept, das es der Reichsregierung bald darauf ermöglichte, sich ohne krampfhafte Wendungen oder hastiges Reagieren maßgebend und durchdacht in die Auseinandersetzungen um den Entwurf eines Kriegsverzichtspaktes einzuschalten.

---

[11] Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (abgekürzt: ADAP), Serie B, Bd. V, Göttingen 1972, Dokument Nr. 29.

[12] ADAP, Serie B, Bd. VI, Göttingen 1974, Dokument Nr. 35, Anm. 3. Auf der 8. Völkerbundsversammlung im September 1927 unterzeichnete Deutschland die sogenannte Fakultativklausel zum Statut des Haager Gerichtshofs dann doch und ratifizierte sie kurz darauf als erste Großmacht; siehe ADAP, Serie B, Bd. VI, Dokumente Nr. 163, 184, 185. Dies geschah allerdings vor allem, um der propagandistischen Wirkung eines polnischen Vorschlags für einen multilateralen Nichtangriffspakt zuvorzukommen.

[13] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (abgekürzt: PA), Referat Völkerbund, Garantie- und Sicherheitsfragen, Comité d'arbitrage, Bd. 2 (gefilmt: K 2342/K 665 728–42); 1. Fassung: Bd. 1 (K 2342/K 665 605–17).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gaus, schon seit Jahren als gewandter Formulierer für Schubert unentbehrlich, hob in der Denkschrift einleitend zwei Grundgedanken hervor, die eine beträchtliche Weiterentwicklung der Position des Auswärtigen Amts implizierten. Erstens hielt er die bis dahin gültige Richtlinie, daß der infolge der Locarno-Vereinbarungen erreichte Stand der europäischen Sicherheit für erste Schritte zur allgemeinen Abrüstung genüge, nicht mehr für ausreichend. Und zweitens wies er das Ziel, mit Hilfe der Abrüstungspolitik eine Angleichung der Rüstungen, d.h. eine maßvolle deutsche Aufrüstung zu erreichen, eindeutig zurück; dies könne für Deutschland nach Lage der Dinge nicht in Betracht kommen.

Der Bedeutung einer solchen Stellungnahme wie auch der behandelten Probleme war man sich völlig bewußt: Gaus betonte in der Denkschrift, daß von der weiteren Behandlung der Sicherheitsfrage die Entwicklung der europäischen Politik überhaupt abhängen werde. Zu beachten ist, daß hier weder die Revision des Versailler Vertrags, insbesondere der deutschen Ostgrenze, als Ziel aufgegeben noch ein idealistisches Bild künftiger Friedenspolitik entworfen wurde. Vielmehr liegt das Wertvolle der Ausführungen gerade darin, daß sie den nüchternen Erfordernissen der Taktik und Zweckmäßigkeit für die deutsche Außenpolitik durchaus Rechnung trugen. Gaus betonte mehrfach und ganz im Sinne Schuberts, man müsse nicht nur die politischen Ziele und Interessen, sondern auch deren Verbindung mit den politisch und moralisch bedeutsamen Fragen der Sicherheitspolitik beachten. Dies kennzeichne die englische und die französische Politik. Deswegen müsse Deutschland mit einer eigenen Initiative und einem umfassenden Konzept im Sicherheitskomitee hervortreten. Dahinter stand die ebenfalls angedeutete Befürchtung, daß Deutschland andernfalls sein größtes Aktivum, seine aufgeschlossene Verständigungspolitik, verspielen könnte. Gaus warnte eindringlich davor, daß man es zu einem völkerbundfeindlichen reaktionären Staat abstempeln würde. Um seine Vorstellungen von einer deutschen Initiative zu entwickeln, ließ er sich auf eine Auseinandersetzung mit dem von Deutschland und England scharf kritisierten, von Frankreich geförderten, aber nie in Kraft getretenen Genfer Protokoll über friedliche Streitschlichtung vom 2. Oktober 1924 ein[14]. Darin war in einem komplizierten, den Realitäten aber – soweit das in diesem Rahmen überhaupt möglich war – entgegenkommenden System von Schieds- und Vergleichsverfahren die obligatorische Schlichtung aller internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln niedergelegt. Was das Protokoll für Deutschland unannehmbar gemacht hatte, waren die gewichtigen Ausnahmen, die keinem Verfahren unterworfen werden durften[15] und sich einseitig gegen Deutschland richteten, vor allem die Bestimmung, daß keine Revision von Verträgen und Grenzen in Frage komme.

---

[14] Société des Nations, Journal Officiel, Supplément spécial No. 23, Actes de la cinquième Assemblée, Séances plénières, Genf 1924, S. 502–06.

[15] Wenn Fraenkel, a.a.O., S. 10, sich gegen das Genfer Protokoll und sein Schiedsobligatorium wendet, so ist das insofern nicht ganz gerechtfertigt, als er die doch sehr weitreichenden Ausnahmen nicht beachtet.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gaus stand nichtsdestoweniger dem Protokoll positiv gegenüber. Er erkannte sogar den Einwand hinsichtlich der Verträge und der Grenzen als berechtigt an, denn es sei praktisch noch undenkbar, derartige Lebensfragen eines Volkes einer internationalen Instanz anzuvertrauen. Das Ziel müsse folglich sein, unter realistischer Einschätzung der Gegebenheiten und des Grades an politischer Bereitschaft zur friedlichen Streitschlichtung die im Protokoll angebotenen Verfahren zu verbessern und flexibler zu gestalten, so daß auch seine für Deutschland so unangenehmen Ausnahmen – vor allem der Ausschluß von Grenz- und Vertragsrevisionen – allmählich wegfallen konnten. Weil das Völkerrecht absolut lückenhaft sei und – noch wichtiger – es keine Instanz gebe, die das historische, in Verträgen niedergelegte Recht entsprechend den natürlichen legitimen Lebensinteressen der Völker weiterentwickle, müßten für die Ausnahmen des Protokolls neue Verfahren gefunden werden. Diese sollten es ermöglichen, Entscheidungen gemäß dem auch im Protokoll verwendeten Grundsatz der Billigkeit zu fällen, der dem natürlichen Recht der Völker und der dynamischen Entwicklung der politischen Verhältnisse Rechnung trage und nicht einen Status quo starr zu verewigen trachte. Da sich dies nicht sofort verwirklichen lasse, müsse Deutschland für das Schiedsobligatorium eintreten, soweit es durchführbar sei, und für die restlichen politisch schwerwiegenden Fälle statt einer verbindlichen Entscheidung ein gutachtliches Votum vorsehen[16].

Für Schuberts Geschmack war auch dieses behutsame Herantasten an eine umfassende internationale Ordnung friedlicher Streitschlichtung noch zu weitgehend und nicht realistisch genug. Er vertrat die Ansicht, daß in diesen „delikaten Dingen" komplizierte, alle möglichen Fälle erfassende Regelungen sogar gefährlich seien und im Ernstfall nur ganz einfache und eindeutige Vereinbarungen standhielten[17]. Schubert wollte den Regierungen im Rahmen gewisser allgemeiner internationaler Verpflichtungen einen möglichst großen Spielraum für politische Lösungen und Entscheidungen wahren.

Die übrigen Einzelheiten der Denkschrift, auch die taktische Ausrichtung des Ganzen auf die Auseinandersetzung mit Frankreich und seinen Verbündeten, brauchen hier nicht zu interessieren. Wichtig ist nur, daß man mit diesen Vorschlägen den Völkerbund in seiner Aufgabe der Friedenssicherung beträchtlich stärken wollte, und wichtig ist ferner, daß hier ganz ausdrücklich eine Revision

[16] Fraenkel, a.a.O., S. 10, trifft die bedeutsame Feststellung: „Das kontinentaleuropäische und namentlich das deutsche Denken über ein wirksames Kriegsverhütungsrecht ist durch seinen juristischen Perfektionismus gekennzeichnet. Es beruht auf der Konzeption eines geschlossenen, widerspruchslosen Systems einer universalen Friedensgarantie." So richtig dies im allgemeinen ist – von den nachhaltigen politischen Auswirkungen ganz zu schweigen –, so zeigt doch die Stellungnahme Gaus' eine deutlich realistische und – im Sinne Schuberts – rationale politische Wendung in der Erörterung dieser schwierigen Rechtsfragen.

[17] Aufzeichnung Schuberts vom 12. 12. 1927; PA, Büro Staatssekretär (abgekürzt: St.S.) Vötag, Bd. 7 (4587/E 183843–48). Siehe außerdem seine Randbemerkungen zum Gausschen 1. Entwurf des deutschen Sicherheitsmemorandums; PA, St.S. Vösi, Bd. 3 (4588/E 186306–10).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Versailler Vertrags durch ein völkerrechtliches Verfahren vorbereitet werden sollte. Gaus ging dabei dem für die künftige deutsche Außenpolitik entscheidenden Sachverhalt nicht aus dem Weg. Den Kern seiner Darlegungen bildeten folgende Sätze, in denen er auf die notwendigen Konsequenzen hinwies: „Zur Zeit kommt es nur darauf an, zu entscheiden, ob ein Schiedsobligatorium in dem oben gekennzeichneten Sinne, das naturgemäß auch den Verzicht auf jeden Angriffskrieg in sich schlösse, im Prinzip mit den deutschen Interessen vereinbar ist. Die Entscheidung ist nicht leicht. Das allgemeine Schiedsobligatorium würde eine weitere Einschränkung unserer Handlungsfreiheit bedeuten. Wir würden bei Staatskonflikten in der Regel den Spruch internationaler Instanzen als bindend hinnehmen müssen, würden mit der Forderung von Vertragsrevisionen auf ein Sonderverfahren der oben bezeichneten Art angewiesen sein." Diese Sätze sagten unbezweifelbar aus, daß einer allgemeinen Rechts- und Friedensordnung zwischen den Staaten die Priorität in der deutschen Politik gebühre, und sie skizzierten die politische Entscheidung Schuberts. Er holte Stresemanns Zustimmung ein[18] und handelte alsbald entsprechend, und zwar in bezug auf den Kellogg-Pakt wie auch im Sicherheitskomitee. Stresemanns und vor allem Schuberts Weg der Verständigungs- und Sicherheitspolitik relativierte auch als außenpolitisches Handlungsprinzip das Revisionsverlangen nachhaltig. Daraus mußte sich, konsequent weitergeführt, ein fortlaufender Prozeß der Rückwirkung der Prinzipien ihres außenpolitischen Handelns auf die außenpolitischen Ziele selbst entwickeln, und zwar im Sinne einer Angleichung dieser Ziele an die Handlungsprinzipien. Das heißt aber, die Revisionspolitik in diesem Sinne mußte fortlaufend weniger bedrohlich für die Nachbarn Deutschlands werden und möglicherweise, wie die Erfahrungen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg nahelegen, ganz in den Hintergrund treten, überholt von der Zeit und von neuen Vorstellungen.

Gaus hatte die völkerrechtspolitische Systematisierung für Schuberts Vorstellungen geliefert. Bülow kritisierte die Denkschrift[19] und blieb in seinen eigenen Darlegungen zur Sicherheitsfrage dem bloß taktischen Kalkül zum Zwecke der Förderung deutscher Revisionsziele völlig verhaftet. Dabei kann man, gerade in bezug auf die eben zitierten Sätze aus der Gausschen Denkschrift über das Verhältnis von internationaler friedlicher Streitschlichtung und eingeschränkter deutscher Revisionspolitik, Bülow als unmittelbaren Gegenspieler Schuberts erkennen. Bülow schrieb: „Vermutlich wird es nicht möglich sein, eine Form der obligatorischen Schiedssprechung für politische Streitfälle zu finden, der wir bei Berücksichtigung der Ostfragen zustimmen können."[20]

---

[18] Brief Schubert–Stresemann vom 31. 12. 1927; PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 351 (7415/H 175 647–48).

[19] Siehe Bülows Randbemerkungen zur 1. und 2. Fassung der Gausschen Denkschrift (Fundort: Anm. 13).

[20] Siehe u.a. die Aufzeichnung Bülows vom 9. 11. 1927; PA, St.S. Vösi, Bd. 2 (4588/E 186061–68). Die Gaussche Denkschrift könnte man direkt als Antwort bezeichnen.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun, Gaus hatte immerhin in Bülows Domäne eingegriffen, in die Sicherheitspolitik, den wichtigsten Teil der Arbeit des Völkerbundsreferats. Bülow machte noch einen Versuch, sich dieses Rivalen auf elegante Weise zu entledigen, indem er Gaus als deutschen Vertreter im Sicherheitskomitee in Genf vorschlug. Das wurde von Schubert entschieden abgelehnt, der statt dessen Bülows Einfluß weitgehend beschnitt und Gaus für alle Sicherheitsfragen im Auswärtigen Amt federführend machte[21].

Der Leiter des Völkerbundsreferats war infolgedessen auch von den Verhandlungen über den Kellogg-Pakt ausgeschlossen. Dies ist nicht nur eine vergleichsweise unwichtige neue Kompetenzaufteilung, sondern hier bildeten sich Fronten, die grundsätzliche Bedeutung hatten: Schubert, in langjähriger intimer Zusammenarbeit mit Gaus verbunden, begann an die Ausführung dessen zu gehen, was man, viele Einzelindizien zusammenfassend, seine große Konzeption nennen könnte. Sie lief darauf hinaus, Deutschland in eine auf Sicherheit und Vertrauen gegründete internationale Verflechtung und Bindung mit den europäischen Staaten hineinzuführen. Um Bülow sammelten sich – ausgerechnet in den Völkerbunds- und Abrüstungsreferaten – die Verfechter einer zwar auch auf Friedfertigkeit gegründeten, aber doch ausgeprägt nationalen Großmachtpolitik. Es ist keineswegs ein Zufall, daß Schubert 1930 unter Reichskanzler Brüning seinen Posten als Staatssekretär verlassen mußte und gerade Bülow sein Nachfolger wurde[22]. Danach erhielt übrigens das Völkerbundsreferat die Federführung in allen Sicherheitsfragen wieder zurück.

Die Verhandlungen über den universal konzipierten Kellogg-Pakt, dessen Kernstück der Verzicht der Unterzeichnerstaaten auf den Krieg als Mittel nationaler Politik war, wurden von Schubert sofort als besonders geeignete, international bedeutende Basis erkannt, von der aus sich seine Vorstellungen über einen Neuansatz der deutschen Sicherheitspolitik verwirklichen ließen. Darin sah er zugleich ein Gegengewicht gegen die von ihm verabscheuten Neigungen im Sicherheitskomitee, zu komplizierte und detaillierte Regelungen zu entwerfen[23]. An der Vorgeschichte war die Reichsregierung zunächst allerdings nicht beteiligt. Inspiriert durch amerikanische Friedensforscher, wie James T. Shotwell, hatte der französische Außenminister Aristide Briand in mehreren Anläufen im Frühjahr und Sommer 1927 den Vereinigten Staaten einen feierlichen, aber nur zweiseitigen Vertrag über einen ewigen Kriegsverzicht vorgeschlagen[24]. Das amerikanische Außenministe-

[21] Aufzeichnung Poensgens vom 30. 11. 1927, Telegramme Poensgens und Schuberts vom 1. 12. 1927 nach Genf; PA, Referat Völkerbund, Garantie- und Sicherheitsfragen, Comité d'arbitrage, Bd. 2 (K 2342/K 665 625–28, K 665 631). Vermerk Bülows vom 2. 1. 1928 in Bd. 3 (K 2342/K 665751).

[22] Siehe dazu u.a. Gottfried Treviranus, Das Ende von Weimar, Düsseldorf 1968, S. 146–147 mit dem bemerkenswerten Hinweis auf die zu beendende eigenwillige Schubertsche Sonderpolitik.

[23] Siehe u.a. die Aufzeichnung Schuberts vom 22. 5. 1928 über eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš; PA, St.S. Sobe (4577/E 174 230–48).

[24] Für das Folgende siehe das grundlegende Buch von Robert Hugh Ferrell, Peace in their

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rium allerdings blieb zunächst sehr zurückhaltend und skeptisch. Denn infolge der mangelnden Bereitschaft Frankreichs, seine Kriegsschulden bei den Vereinigten Staaten zu bezahlen und in irgendeiner Form die Abrüstungsverhandlungen zu fördern, argwöhnte man einen geschickten Versuch, mit Hilfe einer populären Idee und des Drucks der öffentlichen Meinung – im Frühling 1927 setzte in den Vereinigten Staaten die größte Friedenskampagne der zwanziger Jahre ein – die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder zu verbessern. Vor allem aber war man davon unangenehm berührt, daß Briand versuchte, ein besonderes und bevorzugtes Verhältnis zur amerikanischen Regierung herzustellen. Sein Vertragsentwurf vom 20. Juni 1927 lief jedenfalls auf einen Nichtangriffspakt hinaus und bot Frankreich im Falle größerer europäischer Konflikte praktisch eine Rückendeckung durch die Vereinigten Staaten.

Aber unter dem Einfluß der öffentlichen Meinung und des mächtigen Senators Borah fand der amerikanische Außenminister Kellogg schließlich selbst Geschmack an der Sache und erblickte im Zustandekommen eines Kriegsverzichtspaktes den würdigen Abschluß seiner Karriere. Er beantwortete am 28. Dezember 1927 den französischen Entwurf mit dem Gegenvorschlag, darauf hinzuwirken, daß alle Hauptmächte der Welt und ihnen folgend die übrigen Länder übereinkommen sollten, auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik zu verzichten und ihre Streitfälle friedlich zu regeln. Damit waren die wesentlichen französischen Intentionen zu Fall gebracht. Unter dem Aspekt der Universalität konnte der Pakt auch anderen Mächten zugutekommen und Frankreichs Handlungsspielraum, vor allem die Möglichkeit, zum Schutze seiner Verbündeten Krieg zu führen, verringern.

Also versuchten die Franzosen im anschließenden Notenwechsel, der peinlichen Angelegenheit ein Begräbnis erster Klasse zu bereiten. Das ging schließlich so weit, daß sie ihren eigenen zweiseitigen Entwurf vom 20. Juni 1927 aufgaben und einfach ihre sämtlichen Verpflichtungen aus allen internationalen Verträgen vom Kriegsverzicht ausschließen wollten. Durch eine solche völkerrechtliche Garantie ihres Bündnissystems hätten sie dem Vertrag allerdings jeden praktischen und sogar jeden propagandistischen Wert genommen und ihn vor allem für Deutschland völlig unannehmbar gemacht. Außerdem schlugen sie die gerade für Kellogg wegen der Definitionsschwierigkeiten inakzeptable Einschränkung auf den Angriffskrieg vor, unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß ein Krieg auf Grund der französischen Vertragsverpflichtungen, z.B. zum Schutz Polens gegen Deutschland, kein Angriffskrieg im Sinne der Völkerbundssatzung wäre und außerdem nicht gegen die Locarno-Vereinbarungen verstieße. Daraus folgte logisch die Behauptung, daß die Kelloggschen Vorschläge vor allem mit der Völkerbundssatzung unvereinbar seien, woraufhin Kellogg die wirkungsvolle Entgegnung fand, warum den Franzosen dies nicht schon bei ihrem ursprünglichen Vorschlag eines

time, the origins of the Kellogg-Briand-Pact, New Haven 1952. Sämtliche weiter hinten erwähnte Noten und Vertragstexte siehe in: Materialien zum Kriegsächtungspakt, 3. ergänzte Auflage, Berlin 1929; Ministère des Affaires Étrangères, Pacte Général de renonciation à la guerre comme instrument de la politique nationale, Paris 1928 (Dokumente).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zweiseitigen Vertrags eingefallen sei. Im übrigen blieb Kellogg jetzt hartnäckig und ließ die Verhandlungen nicht zusammenbrechen. Am 13. April 1928 übermittelte er den Großmächten England, Italien, Japan und Deutschland den Notenwechsel und den französischen Vertragsentwurf vom 20. Juni 1927, erklärte die französischen Einwände für nicht stichhaltig und fügte einen amerikanischen Vertragsentwurf bei, dessen beide Hauptartikel fast unverändert den Kern auch des endgültigen Vertrags vom 27. August 1928 bildeten. Sie hatten folgenden, auf dem zweiseitigen Briandschen Entwurf vom 20. Juni 1927 beruhenden Wortlaut: „Artikel 1. Die Hohen Vertragschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten. Artikel 2. Die Hohen Vertragschließenden Parteien vereinbaren, daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll." Die vier genannten Großmächte wurden um ihre Stellungnahme ersucht. Diesem Verfahren stimmte Frankreich notgedrungen zu, distanzierte sich aber von jeder Verantwortung für den amerikanischen Entwurf und versuchte auf diese Weise, seine Handels- und Ermessensfreiheit völlig wiederherzustellen.

Erst durch die Note Kelloggs vom 13. April 1928 wurde die Reichsregierung in die Verhandlungen einbezogen. Schon einige Monate lang war jedoch der geheime Zweikampf zwischen Frankreich und Deutschland um die Formulierung des Vertrags und die Stellung beider Länder zu den Vereinigten Staaten im Gange. Die deutschen Botschaften in Paris und Washington hatten die gesamte Entwicklung von Beginn an genau beobachtet: Besorgnis darüber, daß Frankreich seine Position in den Vereinigten Staaten etwa zu Lasten Deutschlands erheblich würde verbessern können, war angesichts der exakten Analyse der amerikanischen Haltung gar nicht erst aufgekommen[25]. Ganz im Gegenteil: Schubert, der alle diesbezüglichen Berichte gelesen hatte, war sich rechtzeitig darüber im klaren, daß der deutschen Politik hier eine Chance geboten wurde, die als politisch grundlegend erachteten deutsch-amerikanischen Beziehungen noch enger zu gestalten. Sofort bei der ersten sich bietenden Gelegenheit erklärte er dem amerikanischen Geschäftsträger Poole am 5. Januar 1928, daß er den amerikanischen Vorschlag eines Kriegsverzichtspakts mit möglichst vielen Mächten sehr begrüße[26]. Wenn auch in vorsichtigen und zurückhaltenden Wendungen, so doch zielbewußt, wirkungsvoll und mit beharrlicher Energie bestärkte und unterstützte Schubert die Amerikaner.

Schon bald traten die weiteren taktischen Ziele der deutschen Außenpolitik bei dieser Unterstützung zutage: Das französische Bündnissystem sollte durch Ein-

[25] Statt Einzelbelegen: PA, Abt. II, Frankreich, Politik 5, Frankreich/Vereinigte Staaten, Bd. 2 (L 985/L 281825ff.). Auf die Bedeutung der universalen Ausdehnung des Briandschen Paktgedankens wies Maltzan (Washington) schon in einem dringenden Telegramm vom 30. 5. 1927 hin; PA, Reichsminister 27, Bd. 6 (3087/D 620285–86).

[26] Aufzeichnung Schuberts vom 6. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122644–46).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schränkung der Möglichkeit, Krieg zu führen, geschwächt werden. Dies wurde unterstützt durch die Erwartung, daß nach dem Zustandekommen des Kellogg-Pakts die französischen Bündnisverträge nur noch im Rahmen dieses Paktes sowie der nach deutscher Interpretation[27] mit ihm durchaus zu vereinbarenden Völkerbundssatzung und der Locarno-Verträge ausgelegt werden könnten und gültig wären. Hierzu gehörte außerdem das Bestreben, die sogenannte « action isolée » auszuschalten, eine französische Doktrin, die ein einseitiges nationales Vorgehen, auch militärischer Art, im Falle eines Bruchs der Völkerbundssatzung stipulierte[28]. Ein weiteres, sehr wichtiges taktisches Ziel war es, günstige Bedingungen für Fortschritte in der Abrüstung zu schaffen. Außerdem wollte man die Gefolgschaft der kleinen Völkerbundsmitglieder durch konsequente Politik der Friedenssicherung und vor allem die Annäherung der Vereinigten Staaten an politische Probleme Europas erreichen, selbstverständlich in erster Linie, soweit sie Deutschland angingen.

Wichtiger aber war die umfassende Konzeption, die sich aus der kurz zuvor erst geklärten Haltung der deutschen Außenpolitik zur Sicherheitsfrage ergab. Gewiß bot der Kelloggsche Entwurf eines Kriegsverzichtspakts noch keineswegs eine Lösung für die Probleme der friedlichen Streitschlichtung, wie Gaus sie formuliert hatte. Aber er war ein erster Schritt und konnte die deutschen Vorschläge im Sicherheitskomitee des Völkerbunds unterstützen. Schubert betonte mehrfach den für die deutsche Politik wichtigen Zusammenhang zwischen den Verhandlungen im Sicherheitskomitee und über den Kriegsverzichtspakt[29].

Man wird sich vielleicht kritisch fragen, wieso in diesem Zusammenhang nicht von Stresemann die Rede ist. In den entscheidenden Monaten von Dezember 1927 bis August 1928 war Stresemann infolge seines verschlechterten Gesundheitszustandes nur ganz sporadisch in der Lage, seine Amtsgeschäfte selbst zu erledigen. Schubert vertrat ihn. Er sprach zwar alle wichtigen Schritte mit dem Außenminister ab und hatte auch die Unterstützung von Reichskanzler Marx[30]. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Schubert es war, der 1927/28 die deutsche Politik in Hinblick auf den Kriegsverzichtspakt wie auf die Steigerung der Sicherheit durch friedliche Streitschlichtung konzipiert hatte. Dies ist insofern nicht überraschend, wenn man bedenkt, daß er ja schon an der Vorbereitung und am Abschluß der Locarno-Verträge maßgebend beteiligt gewesen war. Bülow blieb aus den Verhandlungen über den Kriegsächtungspakt völlig ausgeschaltet; Schubert

[27] Siehe u. a. die Notizen Schuberts vom 13. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122697 bis 122700).

[28] Runderlaß des Auswärtigen Amts vom 1. 5. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 2 (4505/E 123050 bis 123055).

[29] Zum Beispiel im Erlaß an Hoesch vom 19. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122750–57).

[30] Schreiben Schuberts an Marx und Hindenburg vom 23. 6. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 5 (4505/E 123198–200). Brief Stresemann–Schubert vom 26. 6. 1928; PA, St.S. Q, Bd. 2 (4572/E 170145–47). Aufzeichnung Schuberts vom 10. 7. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 4 (4505/E 123534–48) über Sitzung Auswärtiger Ausschuß (Reichstag).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

arbeitete fast ausschließlich und in engster Form mit Gaus zusammen, der alle völkerrechtlichen Finessen und Folgerungen sorgfältig in Rechnung zog, Noten, Aufzeichnungen und diplomatische Erlasse formulierte und vor allem ganz auf Schuberts politische Impulse einging.

Auch wegen ihrer Einfachheit kamen die Anregungen Kelloggs den Vorstellungen Schuberts entgegen. Schubert sah, wie schon kurz erwähnt, komplizierte, in ihren Verklausulierungen kaum durchschaubare Abmachungen auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit als geradezu gefährlich an. Deshalb trat er auch hinsichtlich eines Kriegsverzichtspakts von Beginn an für klare und einfache Formulierungen[31] ohne versteckte oder offene Reserven, zusätzliche Notenwechsel oder Protokolle ein, damit vor allem auch ein moralischer Einfluß von dem Vertrag ausgehen konnte. Er war sich durchaus der Tatsache bewußt, daß der Vertrag an sich nicht mehr als ein erster Schritt sein konnte, der in geduldiger Weiterarbeit durch ergänzende Regelungen, vor allem hinsichtlich friedlicher Streitschlichtung, untermauert werden mußte. Daß er aber sogleich entschlossen war, in dieser Frage eine Möglichkeit zur Verwirklichung seiner sicherheitspolitischen Konzeption zu ergreifen und große Politik zu machen, bewies er in einem umfangreichen telegraphischen Runderlaß vom 12. Januar 1928 an die wichtigsten deutschen Botschaften und Gesandtschaften[32]. Die entscheidende Feststellung für die fortan einzuschlagende Politik lautete: „Eine ablehnende Haltung erscheint mir selbst dann kaum möglich, wenn der Pakt unsere Handlungsfreiheit in Europa über die Verpflichtungen der Völkerbundssatzung und der Locarno-Verträge hinaus beschränken sollte. Der etwaige Nachteil einer solchen Beschränkung würde jedoch für uns dadurch vermindert werden, daß sich auch andere Staaten, insbesondere Frankreich, ihr zu unterwerfen hätten." Diese Sätze entsprachen der Formulierung in der Gausschen Denkschrift und bezeugen den Willen, es nicht nur bei einer internen Erwägung zu belassen, sondern von dieser Grundlage aus praktische Politik zu machen. Die Revisionspolitik mußte hiermit eindeutig hinter den Anforderungen einer Politik der Friedenssicherung und internationaler Solidarität – und hinter ihren Vorteilen – zurückstehen. Wenn Schuberts Formulierung dessenungeachtet fast defensiv klang, als müsse er seine Initiative verteidigen – die Einfügung des persönlichen „mir" ist dafür bezeichnend –, so war das mit Rücksicht auf die abweichenden Ansichten mancher deutscher Diplomaten nicht unangebracht.

Als Sprachregelung legte Schubert folgende Richtlinien fest: Man wolle nicht in den Meinungsaustausch zwischen Paris und Washington eingreifen, begrüße aber Kelloggs Gedanken eines multilateralen Paktes „auf das wärmste" und glaube nicht, daß eine Kollision mit der Völkerbundssatzung eintrete. Eine ernstere Schwierigkeit liege höchstens im französischen Bündnissystem; man hoffe aber,

[31] Siehe u.a. Unterredung Schubert-Lindsay (britischer Botschafter) vom 19. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122758–68).

[32] PA, Abt. II, Frankreich, Politik 3, Frankreich/Vereinigte Staaten, Bd. 3 (L 985/L 281988–95).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„daß Frankreich diese Schwierigkeit überwinden werde, da es, wenn Frankreich dieses System in den Vordergrund stelle, überhaupt zu keiner einheitlichen und soliden Friedensgarantie in Europa kommen könne". Deutschland werde sich mit großer Bereitwilligkeit innerhalb und außerhalb des Völkerbunds an allen Beratungen über Kriegsverzicht und Schiedsgerichtsbarkeit beteiligen.

Bei aller taktischen Abhängigkeit von den Auseinandersetzungen mit der Machtposition Frankreichs war dies nun für manche gewiß überraschend. Einer der besten deutschen Diplomaten der Weimarer Zeit, der Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch, äußerte sich sehr skeptisch über die Unterstützung der Kelloggschen Vorstellungen, plädierte für eine behutsame und zurückhaltende deutsche Politik und warnte vor Einschränkungen der deutschen Revisionsmöglichkeiten. Gerade mit Rücksicht auf diesen letzten Punkt charakterisierte er die diplomatische Situation der Reichsregierung als delikat und schwierig. Frankreich wolle, „daß zur Zeichnung generellen Friedenspakts nicht, wie Amerika vorgeschlagen hatte, zunächst die Hauptmächte aufgefordert und erst dann alle anderen Staaten zugelassen werden, sondern es will Aufforderungen zur Zeichnung sogleich an alle Staaten gerichtet wissen in der Absicht natürlich, zu verhindern, daß zunächst eine alleinige Bindung der Großmächte unter sich entstehe, und statt dessen sofort eine Friedensbindung auch zu Gunsten der kleinen Staaten zu erreichen, praktisch gesprochen Deutschland auch in diesem unter amerikanischer Beteiligung zustandekommenden Friedenspakt gegenüber Polen zu binden. Endlich will Frankreich nur den Angriffskrieg ausgeschlossen sehen, nicht den Krieg als politisches Werkzeug schlechthin [. . .]. Einige Zeitungen haben sich nicht gescheut, den Grund hierfür ganz offen dahin anzugeben, daß [. . .] es in Europa Mächte gebe, deren Friedenswille keineswegs gesichert sei und denen gegenüber Frankreich deshalb die Möglichkeit haben müsse, Schutzinterventionen für andere und evtl. auch selbständige Sanktionen vorzunehmen."[33]

Hoeschs Betonung der taktischen Gesichtspunkte entsprang der Besorgnis darüber, daß Deutschland gezwungen sein könnte, eine Schwächung seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit hinnehmen zu müssen. Hierin näherte er sich der Position Bülows; beide standen übrigens in engen persönlichen Beziehungen zueinander. Insbesondere, so präzisierte Hoesch seine Ansicht, „begeben wir uns mit dem Wunsche nach Erweiterung des Begriffs des Kriegsverbots auf das für uns gefährliche Gebiet der Ausdehnung des Kriegsverbots über [den] Angriffskrieg hinaus". Er verwies auf die deutsche Haltung während der Völkerbundsversammlung im September 1927, als die Deutschen zusammen mit den Engländern jenen polnischen Antrag zu Fall brachten, der – unter Androhung von Sanktionen – die Ächtung des Krieges und den Abschluß von Nichtangriffspakten zum Ziel hatte, also eine derartige Verfestigung des Status quo mit letzten Endes militärischen Mitteln, wie Deutschland sie gerade verhindern wollte. Hoesch warnte davor, „daß bei dem unzweifelhaft späteren Hinzutreten Polens zu dem eventuell abzu-

[33] Telegramm Hoeschs vom 9. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122668–72).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließenden [Kriegsverzichts-]Pakt die Situation geschaffen würde, gegen deren Eintreten wir damals so hartnäckig gekämpft haben. Wir müssen also, wie ich schon in meinem letzten Telegramm angedeutet habe, versuchen, zwischen zwei Klippen durchzusteuern, das heißt einerseits es vermeiden, zum Eideshelfer Frankreichs bei seinem Widerstand gegen die amerikanische allgemeine Kriegsächtungsidee zu werden, andererseits uns hüten, den amerikanischen Standpunkt schlechtweg zu dem unserigen zu machen, da wir damit unsere Haltung vom Herbst desavouieren würden. [. . .] Würde ich glauben, daß man mittels amerikanischen Vorschlags französisches Sanktionssystem umwerfen könnte, so würde ich empfehlen, trotz allem Risiko entschlossen auf einen solchen Versuch loszusteuern auf die Gefahr hin, daß dabei der Völkerbund Einbuße erleidet. System ist aber zu fest eingewurzelt, hat zuviel Anhänger und findet zu große Stütze in wachsendem europäischen Solidaritätsgefühl, als daß man mit Möglichkeit seines Sturzes durch amerikanische Initiative rechnen könnte. Ich glaube viel eher, daß Amerika an europäischer Sicherheitsidee scheitern und daß Kriegsächtungspakt schließlich nicht zustandekommen wird."[34] Hoesch wollte verhindern, daß sich die deutsche Außenpolitik in dieser komplizierten Situation irgendwie exponierte und über die Stellungnahme vom Herbst 1927 hinausging, als die Kriegsächtung auf eine Resolution der Völkerbundsmächte gegen den Angriffskrieg beschränkt wurde. Er nahm an, es genüge, unverbindlich positive Stellungnahmen abzugeben und den Zusammenbruch des ganzen Plans abzuwarten.

Dafür handelte sich Hoesch eine brüske Erwiderung seines Duzfreundes Schubert ein. Schubert wollte weder den Völkerbund schwächen noch weitergehende Bindungen im Interesse der Friedenssicherung vermeiden oder gar auf eine aktive „eigene Politik in diesem für uns so ungemein wichtigen Fragenkomplex" verzichten. Mit aller Deutlichkeit hob er hervor, daß er einerseits das militärische Sanktions- und Bündnissystem Frankreichs schwächen wollte und andererseits bereit war, Deutschland weiteren Bindungen zum Zweck der Friedenssicherung zu unterwerfen. Für beides kam vor allem in Betracht, „daß der Begriff des Angriffskriegs schon an sich und namentlich in seinem Verhältnis zur Völkerbundssatzung äußerst zweifelhaft ist". Weil die Völkerbundssatzung (Art. 15,7) den Mitgliedstaaten unter bestimmten Voraussetzungen jede Kriegsmöglichkeit ließ, ohne zwischen Angriffskriegen und anderen Kriegen zu unterscheiden, war die Resolution vom Herbst 1927 schon ein Fortschritt. Die deutsche Delegation hatte dabei vor allem ein Ost-Locarno vermeiden wollen. „Wir sind," schrieb Schubert an Hoesch, „im September davon ausgegangen, daß es für uns, wie es auch mit dem Verhältnis des Begriffs Angriffskrieg zur Völkerbundssatzung stehen mag, nicht möglich sei, vor aller Welt einen Vorbehalt in dem Sinne zu machen, daß wir in gewissen Fällen die Möglichkeit eines aggressiven Vorgehens behalten wollten. Bei den Vorberatungen des polnischen Antrags bestand die Schwierigkeit überhaupt weniger darin, die beabsichtigte Resolution auf den Verzicht auf den Angriffskrieg zu

[34] Telegramm Hoeschs vom 13. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122725–30).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beschränken, als vielmehr darin, den ursprünglichen polnischen Plan zu Fall zu bringen, wonach die Völkerbundsmitglieder durch die Resolution aufgefordert werden sollten, förmliche Non-Aggression-Pakte abzuschließen. Wenn die Franzosen jetzt ihr Ziel, die Durchführbarkeit ihrer Bündnisverträge aufrechtzuerhalten, durch die Beschränkung des Pakts mit Amerika auf den Angriffskrieg erreichen wollen, so ist das nur dann erklärlich, wenn auch sie von der Ansicht ausgehen, daß die von der Völkerbundssatzung zugelassenen Kriege keine Angriffskriege sind. [. . .] Einem entwaffneten Staate wie Deutschland kann es nicht in erster Linie darauf ankommen, formale Möglichkeiten zu Angriffskriegen zu behalten. Es ist ein wichtigeres Ziel für uns, die überragende militärische Machtstellung von Staaten wie Frankreich durch rechtliche Bindungen möglichst zu entwerten. Aus diesem Grunde könnten wir es schließlich akzeptieren, wenn der sich aus der Völkerbundssatzung ergebende Kriegsverzicht durch den Pakt mit Amerika erweitert, wenn insbesondere die sich aus Artikel 15 Absatz 7 ergebende Handlungsfreiheit [zum Kriege] beschränkt würde."[35]

Im Hinblick auf Kelloggs Vorschlag eines multilateralen Kriegsverzichtspakts ging Schubert also einen Schritt weiter und stellte als Ziel der deutschen Außenpolitik heraus, die Kriegsmöglichkeit über den in seiner Auslegung sehr dehnbaren Begriff des Angriffskriegs hinaus einzuschränken. Schubert wies ausdrücklich darauf hin, daß die Einstellung zu den Vorschlägen Kelloggs in engem Zusammenhang mit der künftigen deutschen Haltung im Sicherheitskomitee des Völkerbunds stehe. Was schließlich das Verhältnis des geplanten Paktes zur Völkerbundssatzung anlangte, so argumentierte man auf deutscher Seite in erster Linie damit, daß der Verzicht auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik nicht mit der Satzung kollidiere, weil etwaige vom Völkerbund beschlossene Sanktionskriege eine internationale Basis hätten.

Das Problem – dies muß ganz klar unterschieden werden – lautete hier nicht mehr: wie konnte das Auswärtige Amt bestimmte, für die Revisionspolitik gefährliche Vorschläge unterlaufen, ohne als friedensfeindlich oder reaktionär zu gelten, sondern es lautete: wie konnte es wirkungsvolle Maßnahmen zur Friedenssicherung und friedlichen Streitschlichtung vorschlagen und akzeptieren, ohne auf friedliche Revision des Versailler Vertrags zu verzichten. Und das ist schon ein großer Unterschied. Hier begann sich die deutsche Außenpolitik von der ausschließlichen Fixierung auf die Revision des Versailler Vertrags zu lösen.

Das amerikanische Außenministerium nahm die nun einsetzende diskrete, aber nachhaltige deutsche Unterstützung seines Projekts dankbar auf; sie trug in der Tat dazu bei, manchen Widerstand und manchen toten Punkt zu überwinden. Man kann diese Zusammenarbeit als den Höhepunkt der guten deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Weimarer Zeit bezeichnen[36]. Von den amerikanisch-

[35] Telegramm Schuberts vom 16. 1. 1928, Erlaß Schuberts vom 19. 1. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 1 (4505/E 122755, E 122750–57).

[36] Robert Gottwald, Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann, Berlin 1965, S. 88–103.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

britischen Beziehungen läßt sich ähnliches allerdings nicht sagen. Die Zurückhaltung in England gegenüber Kelloggs Vorschlägen ging von Chamberlain aus. Trotz des Drängens hochgestellter britischer Diplomaten, wie des Botschafters in Washington, Howard, oder des Rechtsexperten Hurst oder auch des Generalsekretärs des Völkerbunds, Sir Eric Drummond, wollte sich der Außenminister nicht auf die amerikanischen Intentionen einlassen; sei es, um das enge Verhältnis zu Frankreich nicht zu trüben, sei es, um sich in der strittigen Frage des Seekriegsrechts und bei der Verteidigung der überseeischen Interessen nicht die Hände fesseln zu lassen, oder überhaupt, um keine weiteren völkerrechtlichen Bindungen eingehen zu müssen[37]. Bei der merklichen Zurückhaltung Englands, Italiens und Japans und der Ablehnung Frankreichs setzte sich die deutsche Unterstützung der amerikanischen Politik besonders effektvoll in Szene. Zugleich wurde aber alles vermieden, was von Frankreich als Affront aufgefaßt werden konnte.

Indessen gelang es der deutschen Außenpolitik, sich den französischen Versuchen, eine Einheitsfront gegen die Vereinigten Staaten zustande zu bringen, geschickt zu entziehen und schon am 27. April 1928 der amerikanischen Regierung die erste positive Antwort auf ihren Vertragsentwurf zu übermitteln. Frankreich hatte eine Woche zuvor mit einem Gegenentwurf geantwortet, der durch eine Fülle von Vorbehalten und Einschränkungen im Sinne der bereits erläuterten französischen Haltung gekennzeichnet war. Infolgedessen gewann die deutsche Antwort sehr an Gewicht; Kellogg benutzte sie mit Nachdruck bei der eigenen Argumentation, um den Erfolg seines Projekts zu sichern[38]. Schubert aber hatte ein wichtiges Ziel erreicht: Kellogg war fest bei seiner Auffassung geblieben, und Deutschland hatte sich die so sehr erwünschte maßgebliche Beteiligung an den weiteren Verhandlungen gesichert – sehr zum Verdruß der Franzosen, deren Vorstellungen nun sozusagen einem Schiedsforum der übrigen Großmächte vorlagen.

Auch Edvard Beneš, Vorsitzender des Sicherheitskomitees und Außenminister der Tschechoslowakei, des wichtigsten Verbündeten Frankreichs, konnte, was die Argumentation anlangte, den Franzosen keine Unterstützung mehr bieten, nachdem Schubert ihm den deutschen Standpunkt im Mai 1928 in Berlin eingehend auseinandergesetzt hatte[39].

Die abschließende Phase der Verhandlungen wurde eingeleitet, als der französische Botschafter in Berlin am 20. April 1928 erklärte, es sei jetzt notwendig, daß sich England, Frankreich, Italien, Japan und Deutschland als Mitglieder des Völ-

[37] Documents on British foreign policy, 1919–1939, Serie I A, Bd. IV, London 1971, u.a. Dokumente Nr. 247, 268, 275, 297, 298, 302 und 314. – Führende Vertreter des Völkerbundssekretariats wie Drummond und Salter sprachen sich Schubert gegenüber mit Nachdruck für die Annahme des Kelloggschen Entwurfs aus, denn er sei sehr wichtig für den Völkerbund. Aufzeichnungen Schuberts vom 7. und 8. 3. 1928; PA, St.S. Vötag, Bd. 8 (4587/E 183935, E 183960).

[38] Siehe z.B. die Telegramme Kelloggs nach London, Rom, Paris vom 2. 5. 1928; Papers relating to the foreign relations of the United States, 1928, Bd. I, Washington 1942, S. 46–48.

[39] Peter Krüger, Beneš und die europäische Wirtschaftskonzeption des deutschen Staatssekretärs Carl von Schubert, in: Bohemia Jahrbuch 14 (1973), S. 320–339.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kerbundsrats über die technischen Probleme der Ausgestaltung des Kriegsverzichtpakts unter dem Gesichtspunkt ihrer Völkerbundsverpflichtungen verständigten[40]. Später konkretisierte sich dieses Verlangen zur Forderung nach einer Konferenz der Völkerrechtsexperten jener fünf Regierungen. Derartigen Vorschlägen bemühte sich das Auswärtige Amt erfolgreich auszuweichen, einmal mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, zum anderen, weil man in diesem Falle nicht umhin gekonnt hätte, jene Punkte des Kriegsverzichtspakts zu erörtern, aus denen sich durch stärkere rechtliche Eingrenzung der Möglichkeit, Krieg zu führen, eine Schwächung der europäischen Stellung Frankreichs ergab.

Was sich allerdings schließlich trotz aller Ausweichmanöver nicht umgehen ließ, war ein geheimer Besuch der Rechtsexperten des französischen und des britischen Außenministeriums, Fromageot und Hurst, am 6. und 7. Juli 1928 in Gaus' Privatwohnung in Berlin. Schubert schrieb darüber an Stresemann[41]: „Es setzte ein 16stündiger Kampf ein. Schließlich hat Gaus, meiner Ansicht nach, hundertprozentig gesiegt. Die beiden Herren traten schließlich ganz auf unseren Standpunkt. Dieser wurde inoffiziell aber schriftlich fixiert." In dieser geheimen Erklärung erreichte Deutschland eine Eingrenzung und Präzisierung der Möglichkeit kriegerischen Vorgehens Frankreichs, Englands und Belgiens im Falle einer Verletzung der Bestimmungen über das entmilitarisierte Rheinland gemäß Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrags und Artikel 2 und 4 des Rhein-Pakts von Locarno. Dergleichen Verletzungen sollten die Bindungen des Kellogg-Pakts nur dann erlöschen lassen, wenn Deutschland tatsächlich einen „acte non provoqué d'agression" begangen habe. Frankreich würde also auf Grund einer gewöhnlichen Verletzung der Demilitarisierungs-Bestimmungen über das Rheinland nicht mehr militärisch gegen Deutschland vorgehen dürfen, sondern nur noch „par suite soit du franchissement de la frontière, soit de l'ouverture des hostilités ou du rassemblement de forces armées dans la zône démilitarisée, [. . .] si le rassemblement de troupes constitue un acte non provoqué d'agression". Was den allgemeinen Charakter des Kriegsverzichtspakts anlangte, wurde folgendes als Bedingung des Vertragsabschlusses festgelegt: „En résumé, le projet des États-Unis doit s'entendre ainsi: 1e liberté d'action contre tout contrevenant; 2e droit absolu de défense légitime; 3e intéret égoiste et personnel de la guerre à laquelle s'applique la renonciation."[42] Punkt 1 und 3 sind im endgültigen Vertrag selbst enthalten, Punkt 2 galt als selbstverständlich.

Damit war allen Auslegungen – z. B. Ferrells[43], aber auch zeitgenössischer deutscher Völkerrechtler, die ein zu großes Entgegenkommen gegenüber Frankreich argwöhnten[44] – der Boden entzogen, soweit behauptet wurde, Frankreich habe

[40] Erlaß Stresemann–Paris vom 21. 4. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 2 (4505/E 122954–69).

[41] Am 14. 7. 1928; PA, St.S. Q, Bd. 2 (4572/E 170151–59).

[42] Telegramm Schuberts vom 8. 7. 1928 nach Washington, Paris, London, Rom; PA, St.S. Fram, Bd. 4 (4505/E 123312–17).

[43] Ferrell, S. 173–76.

[44] Siehe z. B. Heinz Haßmann, Der Kellogg-Pakt und seine Vorbehalte, Würzburg 1930.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seine gesamten Bündnisverpflichtungen von der Wirkung des Kellogg-Pakts auszunehmen vermocht. Im Gegenteil waren von nun an nur noch solche Verpflichtungen legitim, die sowohl der Völkerbundssatzung und den Locarno-Verträgen wie auch dem Kellogg-Pakt entsprachen. Kellogg selbst hatte, um Frankreich entgegenzukommen, in seinem endgültigen Vertragsentwurf vom 23. Juni 1928 die Klarstellung aufgenommen, daß ein Paktbrecher aller Vorteile aus dem Pakt verlustig gehen solle. "A provision of that nature", so erläuterte Kellogg dies, "would satisfy every legitimate requirement of the League of Nations, the treaties of Locarno, and every moral treaty guaranteeing neutrality without compromising the fundamental purpose of the anti-war treaty, and would also satisfy any lingering doubts in any quarter on the question of self-defense."[45] Schubert war damit völlig einverstanden, und wenige Tage nach der Juristensitzung bei Gaus gab die Reichsregierung, wiederum als erste, ihre Zustimmung und den Willen zur Unterzeichnung des vorliegenden Entwurfs bekannt. Der amerikanische Botschafter, so berichtete Schubert, „hat mich beinahe umarmt. Er war ganz selig."[46] Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags betonte der Staatssekretär am 10. Juli 1928, „daß die Franzosen ihr ganzes Bündnissystem im wesentlichen auf diesen Art. 16 [der Völkerbundssatzung] aufgebaut haben, indem sie behaupten, daß die Hilfe, die sie ihren Bundesgenossen im Kriegsfall leisten müßten, nichts anderes sei als eine dem Geist des Völkerbunds entsprechende Sanktionsmaßnahme. [. . .] Hier mußte nun verhindert werden, daß der Art. 16 durch ausdrücklichen Vorbehalt zum Kellogg-Pakt eine Auslegung erhielt, die auf mehr oder weniger sanktionierte Bündnisverträge der Franzosen hinauslaufen würde. [. . .] Was uns anbelangt, so kann uns dieser einfache Pakt mit seiner sehr starken, mindestens moralischen Stoßkraft in unseren Interessen doch wohl ein gutes Stück weiterbringen, besonders in der Frage der Abrüstung und der Rheinlandräumung. Endlich, was Amerika selbst anlangt, haben wir jetzt zum ersten Male eine gewisse politische – nur politische – Garantie der Amerikaner für die Handhabung von gewissen Verträgen, die in Europa bestehen. Jedes Mal, wenn eine Konflagration kommt und ein Krieg bevorzustehen scheint, wird Amerika mindestens insofern ein Wort mitzureden haben, als es in jedem Falle zu prüfen haben wird, ob ein Verstoß gegen den Kellogg-Pakt vorliegt."[47]

Schubert war es gelungen, mit Hilfe seiner überzeugenden Konzeption eines einfachen, verständlichen und vor allem auch als moralische Kraft wirkenden Kriegsverzichtspakts alle Schwierigkeiten – auch innenpolitischer Art – zu überwinden und der deutschen Außenpolitik den unbezweifelbaren Erfolg zu bescheren, daß der Kellogg-Pakt am 27. August 1928 in kaum veränderter Form unterzeichnet wurde. Allerdings konnte er aus diplomatischen Rücksichten den Erfolg in der Presse nicht laut feiern lassen – ein Handikap, das in einer einseitig beeinflußten

[45] Kellogg an Herrick (Paris) vom 23. 4. 1928; Foreign relations, 1928, Bd. I, S. 39.

[46] Siehe Anm. 41. – 9. 7. 1928: Zustimmung des Kabinetts; Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, Bd. 1, Boppard 1970, S. 18f.

[47] Aufzeichnung Schuberts vom 10. 7. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 4 (4505/E 123334–48).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Öffentlichkeit häufig dazu führte, dem „Weimarer System" außenpolitische Erfolglosigkeit vorzuwerfen.

Die Reichsregierung brachte im Grunde dort eine Ernte ein, wo die Franzosen gesät hatten, als sie den Kriegsverzichtspakt zum erstenmal vorschlugen. Die feierliche Unterzeichnung in Paris wurde ein großes Ereignis und ein persönlicher Erfolg für Stresemann, den ersten deutschen Außenminister, der seit 1919 nach Paris reiste – und dies trotz seiner sehr angegriffenen Gesundheit. Kellogg soll Tränen der Rührung vergossen haben[48].

Zum ursprünglichen Zeichnungsakt waren auf französischen Wunsch auch die kleinen Locarno-Länder Belgien, Tschechoslowakei und Polen, außerdem die britischen Dominions hinzugezogen worden. Ganz im Sinne seiner Bemühungen um eine Atmosphäre größerer Sicherheit und möglichst umfassender Vereinbarungen hatte sich Schubert hinter den Kulissen bemüht, auch Rußland einzubeziehen[49]. Er wollte selbst den Anschein einer Berechtigung des russischen Argwohns vermeiden, der Kellogg-Pakt sei ein antisowjetischer Aufmarsch. Dies hätte nicht nur künftige Schwierigkeiten in den deutsch-russischen Beziehungen hervorgerufen und die erstrebte engere Verbindung Rußlands mit dem Westen gestört, sondern ein solcher Zwiespalt hätte auch eine universale, friedliche Entwicklungen fördernde Wirkung des Paktes schon zu Beginn sehr beeinträchtigt. Schubert scheiterte vor allem am Widerstand Kelloggs; dennoch traten die Russen trotz aller Ausfälle gegen die Haltung der Westmächte dem Vertrag schon wenige Tage nach den Pariser Unterzeichnungsfeierlichkeiten bei.

In diesem Rahmen ist es nicht möglich, auf die rechtliche Bedeutung des Kellogg-Paktes einzugehen, es sei deswegen nur ein Punkt angeführt, der politische Bedeutung hatte: Unter der Voraussetzung, daß zwischen den Signatarmächten ein Mindestmaß an internationaler Solidarität bestand, konnte der Pakt durchaus wirksam werden, denn die Klausel gegen den Paktbrecher enthielt eine versteckte Drohung mit Sanktionen. Außerdem bot im Falle des Paktbruchs das Fehlen einer Definition des Angreifers den praktischen Vorteil, daß eine Macht, die ein militäri-

[48] Telegramm Hoeschs vom 28. und Aufzeichnung Schuberts vom 29. 8. 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 7 (4505/E 123940–43). – Ungenügend hat Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1914–1929, Düsseldorf 1972, S. 258–60, die deutsche Politik gegenüber dem Kellogg-Pakt beschrieben. Gestützt auf Gottwald (siehe Anm. 36) hebt er zwar richtig die Stärkung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die Schwächung des französischen Bündnissystems als deutsche Ziele hervor, übersieht aber völlig die Einbettung in die Sicherheitskonzeption Schuberts und Gaus' und überschätzt die vergleichsweise untergeordnete Rolle Stresemanns dabei. Statt dessen zitiert er die vom Ansatz her verfehlte Bemerkung Ludwig Zimmermanns, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958, S. 355: Es sei „ein Glück, daß Stresemanns-Außenpolitik durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten einen neuen Anstoß erhalten hatte". Entscheidend war ja gerade, daß sich Kelloggs Pläne so gut einem schon früher wirksamen eigenen deutschen „Anstoß" einfügen ließen. Es gab keinen Leerlauf in der deutschen Politik, und sie mußte nicht auf Impulse von außen warten.

[49] Siehe u.a. die Notizen Schuberts von Ende Juli 1928; PA, St.S. Fram, Bd. 6 (4505/E 123659–61).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sches Vorgehen riskierte, auch bei bester juristischer Fundierung gewärtigen mußte, als Aggressor behandelt zu werden. Abgesehen davon aber war es ein bedeutsamer Vorgang, daß sich in diesem entwicklungsfähigen Pakt zum erstenmal die meisten Länder der Welt vertraglich zu einem weitgehenden Kriegsverzicht verpflichteten.

Was die deutsche Politik angeht, so ist zunächst deutlich zu sehen, daß Schubert mit seiner Stellungnahme zum Kriegsverzichtspakt eine Schwächung des französischen Bündnissystems durch eine allgemeine rechtliche Beschränkung der Kriegsmöglichkeit verfolgte, bzw. die französischen Bestrebungen, dieses System auszubauen, durchkreuzen wollte. Und insoweit diente sein Vorgehen auch der allmählichen Vorbereitung für eine bessere Ausgangsposition friedlicher Revisionspolitik. Außerdem spielte die Annäherung an die Vereinigten Staaten eine große Rolle; denn man brauchte ihre Unterstützung, vor allem in der Reparations- und Abrüstungspolitik. Damit wäre allerdings der weitere Sinn der Schubertschen Konzeption nur unzulänglich erfaßt. Es ging um mehr. Der immer wieder betonte Zusammenhang mit der deutschen Sicherheitspolitik im Völkerbund deutete schon darauf hin. Dort sollten jene konkreten Vorarbeiten geleistet werden, die der allgemeinen Verpflichtung im Kriegsverzichtspakt, internationale Streitfälle nur durch friedliche Mittel zu lösen, erst verbindlich geregelte Wirksamkeit verschaffen konnten. Dabei haben, dies lehren die Verhandlungen im Sicherheitskomitee während des Frühjahrs und Sommers 1928, die deutschen Vertreter auf Grund der Weisungen Schuberts eine realistische und kompromißbereite Haltung eingenommen und darauf verzichtet, unerfüllbare Programme obligatorischer Streitschlichtung vorzulegen und bei Nichtannahme in propagandistische Empörung zu verfallen. Die deutschen Bestrebungen im Sicherheitskomitee, die hier im einzelnen nicht weiter behandelt zu werden brauchen, liefen auf eine Stärkung des Völkerbundsrats im Konfliktfall und auf eine Ausgestaltung dessen hinaus, was Fraenkel das Friedensmoratorium genannt hat[50].

Der Kriegsverzichtspakt sollte nach Schuberts Absichten die Impulse liefern zur Fortführung der Sicherheits- und Abrüstungsverhandlungen im Völkerbund und vor allem die unter dem innenpolitischen Druck immer wichtiger werdende Räumung der besetzten rheinischen Gebiete durch Frankreich erleichtern. Schubert wollte mit Hilfe dieses Vertrags eine Atmosphäre gesteigerten Vertrauens und ein allgemeines Bewußtsein wachsender Sicherheit fördern. Er stellte sich wie Stresemann auf den Standpunkt, daß die deutsche Außenpolitik nur in dauerndem engem Einvernehmen mit England und Frankreich Erfolg haben könne. Und seine vielfältigen Hinweise, die Franzosen sollten doch ihr Bündnissystem nicht absolut in den Vordergrund rücken, weil sie es sonst überhaupt unmöglich machten, in Europa zu irgendwelchen umfassenden Friedens- und Sicherheitsvereinbarungen zu kommen – diese Hinweise waren mehr als nur taktische Hilfsmittel, sie waren auch sachlich stichhaltig. Schubert und Stresemann hatten bei vielen diplomatischen Begegnungen und aus unterschiedlichen Anlässen vor jeder Art von Front-

[50] Siehe das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 26. 1. 1928 in: Karl Schwendemann, Abrüstung und Sicherheit, Bd. 1, Leipzig ²(1933), S. 569–74.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

oder Blockbildungen in Europa als Keim neuer Konflikte gewarnt, und dies sogar, wenn Deutschland davon nicht direkt berührt wurde[51]. Aus den Gefahren der starren Bündnis- und Prestigepolitik vor dem Ersten Weltkrieg hatte Schubert klare Konsequenzen gezogen und war bestrebt, umfassenden europäischen Vereinbarungen den Weg zu ebnen. Für den zunächst ausschlaggebenden Sektor der Sicherheitspolitik bot der Kellogg-Pakt die erste Möglichkeit, die neuen Maximen zu praktizieren.

Zur Konzeption Schuberts gehörte aber noch ein anderer, von ihm als überragend wichtig angesehener Bereich, der sich auf äußere Sicherheit und friedliche Entwicklung stützen mußte: die Lösung der europäischen Wirtschaftsprobleme. Seit 1925 hatte Schubert in zahllosen diplomatischen Begegnungen auf die Mängel der europäischen Wirtschaftsstruktur hingewiesen. Zur Überwindung nationaler und regionaler Abgrenzungen dachte er an verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, um die Preise zu senken und die Produktion zu rationalisieren. Sein Hauptziel war die Schaffung einer europäischen Zollunion, die natürlich Deutschlands Stellung dank seiner Wirtschaftskraft gestärkt hätte[52].

In der Zeit zwischen dem Herbst 1927 und dem Herbst 1928 haben auf der anderen Seite Frankreich und England durch ihre widerwillige und zögernde Politik eine große und wohl die einzige Chance versäumt, Deutschland beim Wort zu nehmen und ihm wie sich selbst die vorgeschlagenen rechtlichen Friedens- und Sicherheitsbindungen aufzuerlegen. Zusätzlich hätte eine großzügige französische Haltung in der Rheinlandräumung eine bedeutende innenpolitische Wirkung in Deutschland gehabt, indem sie die deutsche Außenpolitik in die Lage versetzt hätte, auf sichtbare Erfolge verweisen zu könnnen. Allerdings ist in Rechnung zu stellen, daß England infolge seines Verhältnisses zu Europa, zu seinem Empire, zu den Vereinigten Staaten sowie in der Frage des Seekriegsrechts, Frankreich aber aufgrund seines nicht unberechtigten Mißtrauens gegenüber Deutschland vor schwerwiegenden außenpolitischen Problemen standen und sich zu einer unzweideutigen Abrüstungs- und Sicherheitspolitik nicht entschließen konnten. Auf längere Sicht wären wohl trotzdem die deutschen Initiativen nicht ohne Wirkung geblieben. Die neue Konzeption deutscher Sicherheitspolitik hätte durchaus erfolgreich sein können, aber sie brauchte einen langen Atem, und die innenpolitische Entwicklung gab ihr nicht genug Luft zu leben.

Man darf auf der anderen Seite nicht übersehen, daß es sich hier nur um die Politik einer verhältnismäßig kleinen Gruppe handelte. Wohl hatte sie wichtige Positionen inne und besaß die Vorhand bei der Durchführung außenpolitischer Konzeptionen, nichtsdestoweniger aber wurde sie überragt von einer breiten Front innenpolitischer Gegner ihrer realistischen und für Deutschland im Grunde einträglichen europäischen Sicherheits- und Ausgleichspolitik. Während Stresemann,

[51] Aufzeichnungen Stresemanns – PA, Abt. II, Albanien, Politik 3, Albanien/Italien, Bd. 6 (K 449/K 131 001–03) – und Schuberts vom 26. 11. 1927; PA, St.S. Serba, Bd. 4 (4574/E 171 012–13). Aufzeichnung Gaus' ohne Datum; PA, St.S. SO, Bd. 7 (4576/E 173 219–21).

[52] Krüger, a.a.O., (Anm. 39), S. 332.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schubert und ihre engen Mitarbeiter sich gerade in der täglichen Routinearbeit immer mehr von der Notwendigkeit und vom Nutzen einer solchen Politik überzeugten, verstrickten sich alle jene, die nationales Denken als ihr ausschließliches Privileg in Anspruch nahmen, ohne engeren Kontakt zu den anderen Großmächten und ihren Problemen immer tiefer in Wunschträume der Wiedergewinnung oder gar des Ausbaus machtpolitischer Vorkriegsverhältnisse und in die pseudomoralische Entrüstung über eine in Versailles angeblich erlittene Schmach. Hier überwog das Gefühl, mit vollem Recht einseitige und weitgreifende nationale Forderungen stellen zu können; und es ist für jedes Außenministerium unmöglich, auf die Dauer einen der innenpolitischen Mehrheit widersprechenden Kurs zu steuern. Darin lag der Pessimismus Schuberts begründet, der sich noch vertiefte, als seine Initiativen kein positives Echo fanden, England und Frankreich vielmehr begannen, eine Art neuer Entente cordiale zu entwickeln, und die Locarno-Politik in dem erbitterten und deprimierenden Ringen um Rheinlandräumung und endgültige Reparationsregelung unterging[53]. Schon am 22. Februar 1928 hatte der britische Botschafter in Berlin, Lindsay, der bald darauf Staatssekretär im Foreign Office wurde, anläßlich einer allgemeinen Charakteristik Schuberts geschrieben: „Von Schubert is under 45, but does not bear his years well. He is addicted to pessimism and views Germany's future from the darkest aspect. The tribulations of his country seem to affect him personally."[54]

Was der deutschen Außenpolitik von ihrer Haltung zum Kellogg-Pakt blieb, waren Prestigegewinn und diplomatische Erfolge – nicht aber der Aufbruch zu einer neuen internationalen Sicherheits- und Friedenskonzeption. Das zeigte sich schon bald nach Stresemanns Tod, als während der letzten Monate des Kabinetts Müller Reichswirtschaftsminister Curtius, seit März 1930 dann der Außenminister Brünings, das Auswärtige Amt mitverwaltete. Schubert war in bezug auf seine Vorstellungen von internationaler Solidarität und besonderer deutscher Verpflichtung als führende Kellogg-Pakt-Macht bereits damals praktisch kaltgestellt, noch ehe er im Juni 1930 endgültig seines Postens enthoben wurde. Er machte seinem Unmut über die „laurige" deutsche Haltung Luft, die sich beim ersten wichtigen Testfall für die Wirksamkeit des Kellogg-Pakts zeigte, als es im russisch-chinesischen Konflikt zu militärischen Auseinandersetzungen kam. Curtius nutzte im Herbst 1929 einen Urlaub Schuberts, um die ausweichende und desinteressierte Stellungnahme der Reichsregierung in dieser Angelegenheit sichtbar zu machen[55]. Der Übergang zu einer Politik der nationalen Abgrenzung und der intensivierten Revisionsansprüche wurde 1930 vollends deutlich, als in erster Linie die deutsche Haltung den Europa-Plan Briands im Keim erstickte – unter maßgebendem Ein-

---

[53] Jon Jacobsen, Locarno diplomacy, Germany and the West 1925–1929, Princeton 1972, S. 187ff., 238ff.

[54] London, Public Record Office, Foreign Office file 371, vol. 12886, C 1583/133/18. Für die Beschaffung dieses Zitats danke ich F. Gregory Campbell (Universität Chicago).

[55] Aufzeichnung Schuberts vom 4. 12. 1929; PA, St.S. Ochiru, Bd. 5 (4559/E 152064–68).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fluß Bülows. Der Versuch, die Revisionspolitik in eine umfassende Verständigung mit den anderen Großmächten und ein allseits anerkanntes völkerrechtliches Verfahren überzuleiten und zu entschärfen, war gescheitert.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHN GIMBEL

DIE VEREINIGTEN STAATEN, FRANKREICH UND DER AMERIKANISCHE VERTRAGSENTWURF ZUR ENTMILITARISIERUNG DEUTSCHLANDS

Eine Studie über Legendenbildung im Kalten Krieg

In einem Kommentar zu dem Entwurf eines Vertrags über die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, den die Vereinigten Staaten 1946 vorgelegt hatten, schrieb John K. Galbraith, daß „es dem State Department völlig mißlungen ist, die Bedeutung des Vorschlags im Zusammenhang mit der gesamten Deutschlandpolitik zu erklären"[1]. Die Historiker haben es nicht besser gemacht als das State Department.

An den Memoiren von James F. Byrnes orientiert, haben die Historiker den Vertragsentwurf meist als Zankapfel im beginnenden Kalten Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verstanden. Ihre Interpretation geht, kurz gesagt, dahin, daß Byrnes den Vertrag als amerikanische Garantie des Schutzes Europas vor Deutschland vorgeschlagen hat, daß ihm Frankreich und Großbritannien grundsätzlich zugestimmt haben, daß aber Molotow den Vorschlag von Anfang an abgelehnt hat – entweder, weil die Sowjets ihre eigenen Vorstellungen von den Erfordernissen der russischen Sicherheit hatten, oder weil ihnen eine Präsenz der Amerikaner in Europa unerwünscht war oder weil Molotow den Vorschlag Byrnes' durchschaute und ein weiter gestecktes amerikanisches Ziel erkannte: den russischen Einfluß in Mittel- und Osteuropa zurückzudrängen, die deutschen Reparationen an Rußland einzuschränken und eine Basis für den Wiederaufbau und das Wiedererstarken Deutschlands zu schaffen – möglicherweise als Bollwerk gegen die Sowjetunion[2]. Diese Interpretation ist aber überaus ungenau. Sie zeigt weder

[1] John K. Galbraith, Recovery in Europe, Washington 1946, S. 27.

[2] Siehe dazu u. a.: James F. Byrnes, Speaking Frankly, New York 1947, S. 100f., 171ff.; Byrnes, Our Peace Offensive Has Only Begun, in: Vital Speeches, XII, (1. 6. 1946), S. 485f. Byrnes, The Big Four Paris Conference: Report to Nation, in: Vital Speeches, XII, (1. 8. 1946), S. 610–13; Byrnes, Human Freedom and Human Progress Inseparable, in: Vital Speeches, XIII, (15. 10. 1946), S.2–4; George Curry, James F. Byrnes, in: The American Secretaries of State and Their Diplomacy, v. 14, Hrsg. Robert Ferrell, New York 1965, S. 233, 378, Anm. 34; Ferenc A. Vali, The Quest for a United Germany, Baltimore 1967, S .15; Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, S. 142–50; William H. McNeill, America, Britain and Russia: Their Co-operation and Conflict, 1941–1946, London 1953, S. 725–26; Desmond Donelly, Struggle for the World: The Cold War from its Origins in 1917, London 1965, S. 220; Herbert Feis, From Trust to Terror: The Onset of the Cold War, 1945–50, New York 1970, S. 129–31; Williard L. Thorp, Speech, Herald Tribune Forum, 6. 3. 1948, in: United States, Department of State, Bulletin, v. 18, 14. 3. 1948, S. 353–55; Manuel Gottlieb, The German Peace Settlement and the Berlin Crisis, New York 1960, S. 161; Bruce Kuklick, American Policy and the Division of Germany: The Clash with

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Entstehung des Vorschlags noch den historischen Zusammenhang, in dem er gemacht wurde, noch die Resultate, die Byrnes von ihm erhoffte, noch die Aufnahme, die er bei den drei anderen Besatzungsmächten in Deutschland fand. Sie spiegelt nur den fiktiven Bericht, den Byrnes konstruiert hat, nachdem ihn Molotow mit seiner gründlichen und kritischen Analyse des Vertragsentwurfs schockiert und geärgert hatte[3].

Molotow fand, der vorgeschlagene Vertrag sei völlig ungeeignet, die Entwaffnung Deutschlands zu sichern. Er sagte, der Vertrag sei enger gefaßt als die Abkommen von Jalta und Potsdam; als schwere Verfehlung müsse gelten, daß er keine Bestimmungen zur Landreform, zu gesicherten Reparationsleistungen, zur Abschaffung der Monopole und Kartelle, zur Entnazifizierung und Demokratisierung enthalte. Molotows Sprache war hart und schonungslos. Er nannte Teile des Entwurfs „in höchstem Maße unzulänglich." Er stellte fest, der Entwurf „umgeht die Frage" der Entnazifizierung und Demokratisierung; er „umgeht und mißachtet diese außerordentlich wichtigen Voraussetzungen für die Garantie eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit der Nationen"; „er dient seinen Zwecken nicht"; „er widerspricht den früheren gemeinsamen Beschlüssen der Alliierten"; „er ignoriert völlig die Notwendigkeit, Reparationen zu sichern"; er „bedarf der radikalen Revision"[4].

Byrnes' Wut und Erbitterung saßen tief und beeinflußten seine spätere Darstellung des Vertragsvorschlags. Er hatte den Vorschlag streng geheim gehalten, bis er ihn auf der Konferenz des Außenministerrats in Paris am 29. April 1946 zur Sprache brachte. Formell behandelte ihn der Rat am 9. Juli. Vorher, am 28. April, hatte Byrnes mit Molotow informell über die Einwände Molotows gegen den Ent-

---

Russia over Reparations, Ithaca 1972, S. 214–15; und John L. Gaddis, The United States and the Origins of the Cold War, 1941–1947, New York 1972, S. 328–29.

[3] United States, Department of State, Foreign Relations of the United States, [künftig zit.: FRUS], 1946, II, Washington 1970, S. 842–50. Siehe bes. S. 848 für Byrnes' Bemerkungen auf der Sitzung des Außenministerrats am 9. 7. 1946: „Mr. Byrnes wiederholte, was er im April gesagt hatte. Als er seinen Vertragsvorschlag vorgelegt hatte, wußte er, daß die USA etwas taten, das zu tun sie sich vor 20 Jahren geweigert hatten. Er hatte zu helfen versucht. Er bedaure es nun, nachdem ihn Mr. Molotow wegen der Reparationen und aller kleineren Schwierigkeiten, die sich während der Besetzung ergaben, angegriffen hatte." – Siehe auch den Kommentar von Harold Callender in New York Times, 30. 4. 1946: „Was auch immer auf dieser Konferenz geschieht, Byrnes läßt nicht von Versuchen ab, über den konstruktiven Plan [den Vertragsentwurf] jetzt und hier einen Beschluß herbeizuführen. Viele Amerikaner haben heute abend das Gefühl, daß dies der positivste Voschlag der amerikanischen Diplomatie seit mehreren Jahrzehnten ist und ein wirklicher Test der sowjetischen Absichten." – Manuel Gottlieb, der durch seine Tätigkeit in Berlin vermutlich besondere Kenntnisse erworben hat, bezeichnet Byrnes Vertragsvorschlag als Zähmungsplan, in: Gottlieb, a.a.O., S. 161. – Weitere Hinweise auf Byrnes Erstaunen über Molotows Reaktion auf den Vertragsentwurf enthalten: Donnelly, a.a.O., S 220, und Feis, a.a.O., S. 134.

[4] Bohlen, Memorandum of Molotov-Byrnes Conversation, 28. 4. 1946, FRUS 1946, II, S. 146–47; U.S. Delegation Record, CFM, 29. 4. 1946, FRUS, 1946, S.166–73; U.S. Delegation Record, CFM, 9. 7. 1946, FRUS, 1946, II, S. 842–47.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurf gesprochen, und der Rat hatte den Entwurf am 29. April, als Byrnes ihn auf die Tagesordnung setzte, kurz beraten und ihn auch im Mai gelegentlich erörtert[5]. In den Vereinigten Staaten erwähnte Byrnes den Entwurf erstmals öffentlich in zwei Rundfunkreden zur Unterrichtung der amerikanischen Hörer über die Pariser Ratskonferenz: am 20. Mai nach der ersten Sitzung und am 15. Juli nach der letzten Sitzung des Außenministerrats in Paris. Am 20. Mai umriß er den Ursprung und die Entwicklung des Vertragsgedankens. Die Anregung schrieb er der Rede Arthur Vandenbergs vor dem Senat im Januar 1945 zu. Byrnes sagte, er habe das Thema während der Londoner Konferenz des Außenministerrats im September 1945 inoffiziell mit Molotow und am 24. Dezember 1945 in Moskau mit Stalin besprochen. Byrnes zufolge „sagte der Generalissimus, daß, wenn die Vereinigten Staaten einen solchen Vorschlag machen wollten, er ihn voll und ganz unterstützen würde". Byrnes sagte auch, daß ihn der britische Außenminister Ernest Bevin seiner persönlichen Sympathie für den Vertragsgedanken versichert habe, und daß er im Februar 1946 Entwürfe des Vertrags nach Moskau, London und Paris geschickt habe. „Ich wurde von Mr. Bevin und M. Bidault informiert, daß sie dem Vorschlag grundsätzlich zustimmten, doch ihrerseits einige Vorschläge zu machen hätten." Byrnes zufolge hatte Molotow nicht geantwortet. Doch kurz vor der Pariser Konferenz, als Byrnes seine Kollegen wissen ließ, er wolle den Vertrag in Paris zur Sprache bringen, erklärte Molotow sich bereit, ihn informell zu besprechen, sagte aber, es bestünden gegen den Entwurf schwere Bedenken[6].

Am 15. Juli, nachdem der Außenministerrat den Vertragsentwurf formell behandelt hatte, berichtete Byrnes der amerikanischen Öffentlichkeit, daß die Sowjets die Deutschland-Debatte mit einer vorbereiteten Erklärung zu seinem Vertragsentwurf eröffnet hatten. Sie zeige, sagte er, „wie schwer es den Sowjets gefallen ist, ernsthafte Einwände gegen einen Vertrag zu finden, der ihnen die Gewißheit gibt, daß Deutschland ihre Sicherheit und auch die Sicherheit Europas nie wieder bedroht". In einem Resümée der Kritik des sowjetischen Außenministers bemerkte Byrnes, daß Bestimmungen über die Entnazifizierung, die Demokratisierung und die Reparationen – die Molotow im Vertrag vermißt hatte – in der Erklärung der Besatzungsmächte vom 5. Juni 1945 enthalten seien. Er kommentierte Molotows Kritik an der Befristung des Vertrags und betonte, „mit unserem Vertrag für die Dauer von 25 Jahren verfolgen wir die Absicht, dafür zu sorgen, daß Deutschland, wenn es einmal entwaffnet ist, auch entwaffnet bleibt"[7].

Weder die Möglichkeit zu ruhigerer Überlegung, die sich nach seinem Ausscheiden aus dem State Department bot, noch die größere zeitliche Distanz brachten Byrnes dazu, seine ursprüngliche Auffassung und sein Urteil zu ändern. In „Speaking Frankly" spielt Molotow noch immer die Rolle des Bösewichts. Byrnes behandelte die Hintergründe des Vertrags an mehreren Stellen dieses Buchs. Er impli-

[5] FRUS, 1946, II, S. 146–47, 166–73, 426–33.
[6] Byrnes, Our Peace Offensive . . . , S. 487.
[7] Byrnes, The Big Four . . ., S. 612.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zierte, daß er den Vertrag als Angebot an Rußland entworfen habe[8]. Er sagte, er sei von Rußlands Forderung nach Sicherheit und von Stalins Erklärung in Jalta, daß Rußland von Deutschland zweimal überfallen worden sei, beeindruckt gewesen. Er schrieb, er habe Molotow in London unter vier Augen gefragt, wie er über einen für 25 Jahre geschlossenen Vertrag zur Entmilitarisierung Deutschlands denke. Molotow habe geantwortet, er könne der Stellungnahme seiner Regierung nicht vorgreifen, jedoch sein persönliches Interesse bekundet und gemeint, die Sache könne nochmals besprochen werden; inzwischen werde er den Vorschlag nach Moskau weiterleiten. An einer späteren Stelle im Buch bemerkte Byrnes beiläufig, Bidault sei daran gelegen gewesen, auf der Außenministerratskonferenz in Paris über Deutschland zu sprechen, und er (Byrnes) habe den Vertragsentwurf zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands für 25 Jahre vorgelegt. In einer detaillierteren Darstellung an noch späterer Stelle wiederholte Byrnes die Geschichte seines informellen Herantretens an Molotow in London und seines Gesprächs mit Stalin am Weihnachtsabend 1945. (Hier läßt er Stalin sagen: „Wenn Sie sich entschließen, für einen solchen Vertrag zu kämpfen, können Sie sich auf meine Unterstützung verlassen.") Byrnes erinnerte sich an die Zustimmung Trumans und daß er den Vertragsentwurf mit Tom Connally, Arthur Vandenberg und anderen Senatoren besprochen hatte, bevor er Abschriften des Entwurfs im Februar 1946 nach Rußland, Frankreich und Großbritannien schickte. Byrnes schrieb, Bevin und Georges Bidault hätten dem Vertrag sofort zugestimmt (im Mai 1946 hatte er gesagt, sie hätten ihm grundsätzlich zugestimmt, doch ihrerseits einige Vorschläge angekündigt), aber Molotow habe wissen lassen, daß er mehrere Einwände habe. In Paris sei dann der Eindruck entstanden, daß Molotow eine Verzögerungstaktik anwenden und von anderen Dingen reden wollte, u. a. von Reparationen und von Clays Demontagestop. Daraus folgerte Byrnes, das sowjetische Oberkommando oder das Politbüro wünsche während der nächsten 25 Jahre keine amerikanische Mitsprache in europäischen Angelegenheiten. Trotzdem war er davon „überzeugt, daß es Molotow ist, der die Verantwortung für die sowjetische Haltung trägt. Von allem Anfang an stand seine Gleichgültigkeit im Gegensatz zu Stalins Begeisterung"[9].

Byrnes Darstellung zeichnet sich durch bemerkenswerte Verdrehungen, Verfälschungen und Lücken aus. Molotow war in London nicht gleichgültig, wie Byrnes behauptete. Byrnes hatte die Frage des Garantievertrages in London zum erstenmal aufgerollt, und zwar informell. Er selbst hat aber gesagt, Molotow habe für den Gedanken Interesse bekundet, Moskau informieren wollen und gemeint,

---

[8] Siehe Kuklick, a. a. O., S. 215, für die Erklärung, daß auf der Außenministerratskonferenz in Paris im April 1946 „Byrnes den Sowjets öffentlich einen Entmilitarisierungsplan [für Deutschland] für 25 Jahre angeboten" hat. – Siehe auch Gaddis, a. a. O., S. 328–29; Gaddis hatte Zugang zu Vandenbergs Tagebuch.

[9] Byrnes, Speaking . . ., S. 100–101, 124–125, 171–76; und Byrnes, All in One Lifetime, London 1960, S. 337.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Sache könne nochmals besprochen werden[10]. Außerdem ist es unrichtig, daß Bevin und Bidault den Entwurf, den Byrnes ihnen Mitte Februar zugehen ließ, sofort beantwortet hätten, während Molotow geschwiegen habe, bis ihn Byrnes zu einer Antwort drängte. In Wirklichkeit war Molotows Antwort am 20. April 1946 gekommen, vier Tage nachdem Byrnes den amerikanischen Botschafter in Moskau, Walter B. Smith, gebeten hatte, Molotow mitzuteilen, daß Byrnes den Vertragsentwurf in Paris zu besprechen gedenke. Bevins Antwort wurde vom britischen Botschafter, Lord Halifax, am 19. April übergeben, drei Tage nach Byrnes Schreiben an Bevin: „Ich würde mich freuen, wenn Sie die vorgeschlagenen Bestimmungen zur Entwaffnung Deutschlands, die ich Ihnen Mitte Februar geschickt habe, in Paris mit mir informell besprechen wollten." Die Antwort Bidaults war vom 16. April datiert, erreichte das State Department aber bereits am vorhergehenden Abend. Aus den veröffentlichten Akten geht hervor, daß Bidault von Botschafter Jefferson Caffery zu einer Antwort gedrängt worden war, und daß Byrnes von Caffery am 11. April darüber unterrichtet wurde[11].

Die Reihenfolge der Noten läßt darauf schließen, daß Byrnes Schreiben vom 16. April 1946 nach Moskau und London von der am 15. April eingetroffenen Antwort Bidaults ausgelöst worden waren. In der Tat hatte Bidault den Vorschlag gemacht, den Vertragsentwurf auf der am 25. April in Paris beginnenden Konferenz des Außenministerrats zu besprechen, „bei welcher Gelegenheit, wie die französische Regierung hofft, die Probleme der deutschen Zentralverwaltung und des Status der westlichen Teile Deutschlands geprüft werden"[12]. In Bidaults Verknüpfung der beiden Streitfragen mit der Außenministerratskonferenz sahen Byrnes und das State Department offenbar eine Chance, jene Mauer der Vetos zu durchbrechen, die Frankreich um das Potsdamer Abkommen aufgebaut hatte[13], und Byrnes informierte Bevin und Molotow von seiner Absicht, dem ihm von Bidault gegebenen Wink zu folgen[14]. Bevin antwortete drei, Molotow vier Tage später.

Die unbegründeten Hinweise Byrnes auf die sofortigen Antworten Bevins und Bidaults, zusammen mit seiner Behauptung, Molotow habe erst unter Druck geantwortet, scheinen mehr zu sein als einfaches menschliches Versagen eines vielbeschäftigten Mannes. Er verband seine verkehrte Chronologie mit einem falschen Bericht über Bevins und Bidaults (keineswegs sofort gegebene) Antworten. Ob die verdrehte Chronologie eine Funktion im falschen Bericht hat, bleibe dahingestellt.

---

[10] Byrnes, Speaking . . ., S. 100–101, 176. Bohlen, Memorandum of Byrnes-Molotov Conversation, 20. 9. 1945, FRUS, 1945, II, S. 267–68.

[11] Byrnes, Our Peace Offensive . . ., S. 487. Byrnes, Speaking . . ., S. 173. Caffery an SecState, 15. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 56–58, bes. S. 57, Anm. 78. SecState an Smith, 16. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 62–63, bes. S. 62, Anm. 83. Halifax an SecState, 19. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 82. Molotow an SecState, 20. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 83.

[12] Caffery an SecState, 15. 4. 1946, FRUS, 1946, II. S. 57.

[13] Siehe Gimbel, On the Implementation of the Potsdam Agreement: An Essay on U.S. Postwar German Policy, in: Political Science Quarterly, LXXXVIII, Juni 1972, S. 242–69.

[14] Byrnes gab später zu, „der Hauptzweck des vorgeschlagenen Vertrages" sei gewesen, zu gewährleisten, daß das Ruhrgebiet niemals wieder zum deutschen oder europäischen Waffen-

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die Interpretation des Vertragsentwurfs und für das Verständnis der amerikanischen Politik und des amerikanischen Vorgehens in Deutschland wie in Europa während der Jahre 1945 und 1946 ist aber jedenfalls das wesentlich, was Bidault und Bevin tatsächlich sagten, als sie endlich antworteten.

Bidault sagte in seiner Antwort vom 16. April, die französische Regierung studiere den Entwurf mit großer Aufmerksamkeit, und er werde Byrnes in Kenntnis setzen, sobald die Prüfung abgeschlossen sei. Er erklärte, „den Ergebnissen einer gründlicheren Untersuchung nicht vorgreifen" zu wollen, ließ aber die Vorbehalte Frankreichs gegen Byrnes Behandlung der französischen Sicherheitsfragen schon deutlich werden. Er sagte, „die Entwaffnung Deutschlands ist ein Prinzip, das endgültig festgestellt werden muß", fügte aber hinzu, die Entwaffnung an sich biete keinerlei Garantie gegen deutsche Friedensbedrohungen, sobald die Besetzung beendet sei. Die Erfahrung nach dem Ersten Weltkrieg sollte ein warnendes Beispiel sein, daß die Sicherheit wohl am besten durch „territoriale, militärische und wirtschaftliche Bestimmungen" gewährleistet werde. Die Sprache Bidaults war unpräzis, doch seine Meinung ist klar: Frankreich betrachtete seine territorialen, militärischen und wirtschaftlichen Forderungen bezüglich des Saargebiets, des Ruhrgebiets und des Rheinlands als entscheidend für seine Sicherheit und sah in Byrnes Vertragsentwurf keinen Ersatz für diese Forderungen[15]. Bidault zufolge fiel es schwer, in einer befristeten Entwaffnung eine „wirklich wirksame Garantie" zu sehen. Er sagte, die „Entwaffnung muß für immer vorgesehen sein und die Großmächte müssen sich für die Aufrechterhaltung dieses Prinzips verbürgen". Trotzdem erhob Bidault keinen Einwand gegen „eine Vorbesprechung" des Vertragsentwurfs, und er meinte, die Konferenz in Paris sei dafür der geeignete Ort und Zeitpunkt[16].

Bevins Antwort vom 19. April 1946 fiel weniger negativ und konditionell aus als die Antwort Bidaults, blieb aber sicherlich hinter grundsätzlicher Zustimmung oder Bejahung zurück. Bevin sagte, das britische Kabinett begrüße den Vorschlag zur Entwaffnung Deutschlands und betrachte ihn als brauchbare Basis für weitere

---

arsenal werde. Siehe Byrnes, Human Freedom . . ., S. 3; Byrnes, Speaking . . ., S. 193; und New York Times, 4. 10. 1946, in: DNC Clippings, Box 142, Truman Library. – Siehe auch New York Times, 30. 4. 1946 (DNC Clippings, Box 144, Truman Library), für einen Bericht aus Paris mit dem Hinweis auf einen „Kommentar . . ., daß der Entwaffnungsplan die Sicherheit bietet, auf die die Franzosen so lange gedrungen hatten, aber nicht in Form der Abtrennung des Ruhrgebiets und des linksseitigen Rheinlands von Deutschland."

[15] Nach mehr als einem Jahr schrieb André Géraud in seinem Aufsatz, Can France Again be a Great Power, in: Foreign Affairs, 26 (Oktober 1947), S. 32: „Den von Byrnes letztes Jahr angebotenen Vier-Mächte-Sicherheitsvertrag eine Alternative zur internationalen Kontrolle [des Ruhrgebiets] zu nennen, ist ein Ausweichen vor den realen Fragen." – Siehe auch: Two Worlds at Moscow, in: The New Statesman and Nation, 33 (26. 4. 1947), S. 290, für einen kritischen Kommentar zum Vertrag und für die Bemerkung, daß Bidault ihn zwar eine „glänzende Idee" genannt habe, daß aber Franzosen, wenn man allein mit ihnen spreche, ihn mit dem Briand-Kellogg-Pakt und anderen platonischen Erklärungen vergleichen.

[16] Caffery an SecState, 16. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 56–58.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beratungen. Er würde „sich freuen, die Sache mit Ihnen in Paris informell zu besprechen", doch werde er nicht von Militärexperten begleitet sein. Sollten sie gebraucht werden, könnten sie innerhalb kürzester Zeit berufen werden. Andeutungsweise zeigte er seine Präferenz für „nützliche Beratungen im allgemeinen Rahmen Ihrer Vorschläge"[17].

Im Gegensatz zu Byrnes Erklärungen sagten weder Bevin noch Bidault vor der Pariser Konferenz des Außenministerrats irgend etwas von grundsätzlicher Zustimmung oder Bejahung. Bidault hatte einige „Vorschläge zu machen", die aber grundsätzlicherer Natur waren, als Byrnes zu verstehen gab[18]. Bevin war bestenfalls unvorbereitet und unverbindlich. Von grundsätzlicher Zustimmung sprach er erstmals am 29. April und auch dann nur, nachdem Molotow Einwände vorgebracht und stattdessen unverzügliche Inspektionen in Deutschland gefordert hatte, um den gegenwärtigen Stand der Entwaffnung festzustellen – eine Forderung, die schon früher zu verbalen Zusammenstößen zwischen Molotow und Bevin geführt hatte. Byrnes gab einige Erläuterungen, und „Mr. Bevin erinnerte Mr. Byrnes daran, daß dieser Vertrag als streng geheim gekennzeichnet war und nur von einem kleinen Kreis innerhalb der britischen Regierung besprochen wurde. Ganz allgemein könne er sagen, daß die britische Regierung dem Vertrag grundsätzlich zustimme, aber er brauche seine Experten, falls beschlossen würde, den Vertrag auf der jetzigen Konferenz Abschnitt für Abschnitt zu beraten". Bidault folgte der Linie Bevins etwas später in der Debatte mit der Erklärung, daß er „trotz des sehr geheimen Charakters des amerikanischen Vorschlags, den die französische Regierung im einzelnen nicht geprüft habe, sagen könne, daß seine Regierung ihm im großen und ganzen zustimme"[19].

Nachdem Molotow die Einwände der Sowjetunion gegen den Vertragsentwurf dargelegt hatte, war die sogenannte grundsätzliche Zustimmung seitens Bevins und Bidaults nur eine leere Geste. Bidault war außerdem unaufrichtig, wenn er wirklich gemeint hatte, was er knappe zwei Wochen früher gesagt hatte. Möglicherweise wollten sie Byrnes durch diese Gesten beruhigen und sein Bemühen unterstützen, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Jedenfalls dürfen solche Gesten nicht mit der Grundhaltung Frankreichs verwechselt werden. Byrnes und sein engerer Kreis haben das auch nicht getan. Vor dem Senat erklärte Vandenberg in seinem Bericht über die Pariser Konferenz des Außenministerrats, daß das amerikanische Angebot einer langfristigen militärischen Garantie „anscheinend jetzt recht wenig Interesse erweckt, obwohl es der maximale Beweis unserer guten Absichten ist"[20]. Im September 1946 sagte Byrnes zu Bidault, daß er niemals ver-

---

[17] Halifax an SecState, 19. 4. 1946, FRUS, 1946,II, S. 82.

[18] Byrnes, Our Peace Offensive . . ., S. 487.

[19] U.S.Delegation Record, CFM, 29. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 169–71.

[20] Arthur Vandenberg, Peace with Justice the Supreme Necessity, in: Vital Speeches, 12, (1. 8. 1946), S. 618. Siehe auch Memorandum of Conversation, Subj: Relation to United Nations of 25 year draft treaty for German disarmament, 16. 5. 1946, National Archives (NA), Record Group (RG) 59, State Department Decimal Files, 740.00119 EW, Box 3864. Außer-

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

standen habe, warum Bidault „daheim nicht mehr politisches Kapital aus dem amerikanischen Vorschlag eines 20- bis 40jährigen Vertrages zur Entwaffnung Deutschlands geschlagen hat; er könne nicht begreifen, warum Bidault der französischen Öffentlichkeit nicht verkündet hatte, daß er von den Vereinigten Staaten erhalten habe, was Clemenceau von Wilson vergeblich zu erhalten suchte"[21]. Am gleichen Tag beschwerten sich in Washington Beamte des State Department beim französischen Botschaftsrat, „daß die Franzosen unser Sicherheitsangebot nicht ernstgenommen haben, ein Angebot, das angesichts der traditionellen amerikanischen Politik revolutionär war"[22].

Was Byrnes in seiner Geschichte des Vertragsentwurfs wegläßt, ist politisch – wenngleich nicht moralisch und ethisch – wichtiger als seine Verdrehungen und Verfälschungen. Die weggelassenen Tatsachen erhellen nämlich den Zusammenhang seines Vorschlags und enthüllen die Ziele, die Byrnes 1946 zu erreichen hoffte. Sie verweisen regelmäßig auf Frankreich als das wesentlichste Hindernis für die Durchführung des Potsdamer Abkommens und zeigen damit, in welche Art Sackgasse die vier Besatzungsmächte 1945 und 1946 in Deutschland geraten waren. Die Lücken in Byrnes Aussagen bieten überdies Anhaltspunkte für Vermutungen über die möglichen Gründe seiner Verdrehungen und Verfälschungen.

Obschon Byrnes die Tatsache nirgends erwähnt, hatte die Truman-Regierung eine militärische Garantie der europäischen Sicherheit schon mindestens drei Monate vor dem Londoner Gespräch zwischen Byrnes und Molotow im September 1945 erwogen. Präsident Truman hatte das State Department um Stellungnahme zu einem Vorschlag gebeten, den er in Potsdam vielleicht machen werde: den Abschluß eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten, Rußland, Großbritannien, Frankreich und eventuell noch anderen Ländern, der die Durchsetzung und die Aufrechterhaltung der Entmilitarisierung Deutschlands für 25 Jahre sichere[23]. Das State Department gab am 27. Juni 1945 ein Gutachten ab, das Argumente für und

---

dem siehe folgendes: Harold Callender in New York Times, 30. 4. 1946, DCN Clippings, Box 144, Truman Library; Who Failed in Paris?, The New Republic, v. 114, (27. 5. 1946, S. 747–48; und Disillusion at Paris, The Christian Century, v. 63 (15. 5. 1946), S. 615–17, für die Ansicht von Journalisten, daß der Vorschlag von Byrnes wenig Begeisterung erweckte. In ihrem Aufsatz „No Peace in Paris" sagt Freda Kirchwey, „der Vorschlag wurde von der gesamten französischen Presse kühl, beinahe gleichgültig aufgenommen", in: The Nation, v. 162 (11. 5. 1946), S. 557. – Bidault sagte in einem Gespräch mit Marshall am 13. März 1947 n Moskau: „Als Mr. Byrnes seinen Vier-Mächte-Sicherheitsvertrag [zur Entmilitarisierung Deutschlands] vorschlug, schien er von unserer geringen Begeisterung ein wenig überrascht und enttäuscht." Dann erklärte er, „was wir befürchten, ist, daß der Vier-Mächte-Sicherheitsvertrag als eine Art ‚Ersatz' für andere Garantien, die uns notwendig scheinen, betrachtet wird"; Protokoll einer Besprechung Marshall, Bidault und andere, 13. 3. 1947, FRUS, II, S. 247.

[21] Matthews, Memorandum of Byrnes-Bidault Conversation, 24. 9. 1946, FRUS, 1946 V, 607–10. Bidault sagte zu Byrnes, Frankreich würde das Saargebiet einseitig annektieren.

[22] Harris, Memorandum of Bérard-Wallner-Harris Conversation, 24. 9. 1946, FRUS, 1946, V, S. 693–94.

[23] Staff Committee Paper, 22. 6. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 191.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen einen solchen Vertrag aufzählte und die Rede Vandenbergs vom 10. Januar 1945 als Anzeichen für eine mögliche Unterstützung des Vertragsgedankens durch den Kongress erwähnte. Aus der Feststellung, daß man sagen könne, Deutschland bilde keine Bedrohung, solange es militärisch besetzt sei, wurde jedoch der Schluß gezogen, daß es vermutlich das beste wäre, mit einem solchen Vorschlag bis zum Ende der Besetzung Deutschlands zu warten. Das State Department riet Truman daher, „die Sache [in Potsdam] nicht formell vorzubringen, aber die Gelegenheit zu benützen, beim [britischen] Premierminister und bei Stalin in dieser Sache zu sondieren". Das Ministerium hielt es für richtiger, den Vorschlag später durch diplomatische Kanäle und gemeinsam mit dem Senat zu prüfen[24].

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Truman den Vorschlag in Potsdam vorgebracht hat. Aber kurz darauf brachte ihn Byrnes vor – und auch das erwähnt er in seinem späteren Bericht nicht. Äußerer Anlaß war der Besuch Charles de Gaulles und Minister Bidaults in Washington gegen Ende August im Anschluß an die Potsdamer Konferenz. De Gaulle und Bidault beklagten sich bitter über die Potsdamer Beschlüsse und drängten auf amerikanische Unterstützung der Pläne Frankreichs, das Saargebiet zu annektieren und das Ruhrgebiet wie das Rheinland von Deutschland zu trennen. De Gaulle erörterte mit Truman territoriale Garantien für die französische Sicherheit, verwies auf die Durchlöcherung der Zusicherungen, die Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg erhalten hatte, und insistierte, daß die Geschichte sich wiederholen könne, da es keine Garantien gebe[25]. Die gleichen Themen behandelten Bidault und Byrnes während der nächsten beiden Tage, dem 23. und 24. August 1945. Sie sprachen über die deutschen Reparationen, die europäischen Kohlenreserven, die Enttäuschung Frankreichs über die Potsdamer Grenzregelung und die französische Forderung, „daß ein westdeutscher Landesteil abgetrennt wird, ähnlich jenem im Osten Deutschlands", ferner über den französischen Wunsch, die Besetzung des Rheinlands „ohne Einmischung aus Berlin" weiterzuführen, und über die in Potsdam beschlossene deutsche Zentralverwaltung, zu der Bidault sich „genötigt sah, die ausdrücklichsten Vorbehalte anzumelden"[26]. Schließlich faßte Byrnes zusammen, was er für die französischen, amerikanischen und russischen Ziele hinsichtlich des Ruhrgebiets hielt, und gestand, die Amerikaner wüßten keine praktische Lösung der Differenzen. In der Aufzeichnung der Besprechung heißt es sodann: „Mr. Byrnes wiederholt den Plan, der von Senator Vandenberg in einer Rede vor dem Kongreß einige Monate früher befürwortet wurde: eine auf 25 Jahre gegebene Garantie der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der UdSSR und Frankreichs für die Entwaffnung Deutschlands und für die Mindestlieferung von deutscher Kohle an Länder wie Frankreich, deren Interesse an solchen Im-

[24] Briefing Book Paper, 27. 6. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 204.

[25] Memorandum of Truman-DeGaulle Conversation, 22. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 709 bis 710.

[26] Caffery an SecState, 16. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 703–04; Memorandum of Bidault-Byrnes Conversation, 23. 8. 1945, FRUS, 1945, Potsdam II, S. 1557–64; Memorandum of Bidault-Byrnes Conversation, 23. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 711–21.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

porten anerkannt sei. Mr. Bidault läßt durchblicken, daß er einen solchen Plan günstig beurteilt."[27] Es ist daher festzustellen, daß Byrnes erste protokollierte Erwähnung des Gedankens an einen Vertragsentwurf als Reaktion auf die französischen Territorialansprüche, die französischen Klagen über die Potsdamer Beschlüsse und die französischen Vorbehalte gegenüber den deutschen Zentralverwaltungen erfolgte. An Molotow wandte er sich später.

Den Anstoß zu Byrnes Sondierung bei Molotow in London gaben offenbar die freundliche Reaktion Bidaults in Washington und ein französisches Manöver auf der Londoner Ratskonferenz kaum einen Monat danach. Obwohl Deutschland gar nicht auf der Tagesordnung der Londoner Beratungen stand, legte Frankreich am 14. September 1945 ein ausführliches Memorandum vor, das den französischen Standpunkt in der deutschen Frage umriß[28]. Die Denkschrift formulierte Frankreichs Vorbehalte gegen die Potsdamer Beschlüsse über politische Parteien und die deutschen Zentralverwaltungen. Sie verwies auf die Abtrennung deutscher Gebiete im Osten zugunsten Polens und mißbilligte, daß kein analoger Beschluß zugunsten Frankreichs im Westen gefaßt worden war. Sie erklärte, die Franzosen betrachteten die Abtrennung sowohl des Rheinlands als auch Westfalens einschließlich des Ruhrgebiets als „unerläßlich zum Schutz der französischen Grenze und als wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit Europas und der Welt". Dem Memorandum zufolge lehnte Frankreich deutsche Zentralverwaltungen ab, deren Jurisdiktion sich bis in das Rheinland und Westfalen erstrecken würde; die Frage sei wichtig genug, um an die Spitze der ersten Tagesordnung der Außenministerberatungen gestellt zu werden. In Anbetracht der vielen, dem Rat vorliegenden Verhandlungspunkte wolle Frankreich darauf aber nicht bestehen. Es „ist jedoch zu der Erklärung gezwungen, daß die französischen Vertreter in der Alliierten Kontrollkommission in Berlin nicht ermächtigt sein werden, irgendeiner Maßnahme, die einer Vorentscheidung über die Zukunft dieser Gebiete gleichkommt, zuzustimmen, bevor die hier angeschnittene Frage von den fünf Ministern besprochen und vom Rat entschieden worden ist"[29].

An Molotow wandte Byrnes sich eine Woche nach der Drohung Frankreichs, gegen die deutschen Zentralverwaltungen zu stimmen (und damit die Potsdamer Beschlüsse über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wirksam zu blockieren), solange seine Forderungen in bezug auf das Ruhrgebiet und das Rheinland nicht

[27] Memorandum of Bidault-Byrnes Conversation, 24. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 722–24.

[28] FRUS, 1945, II, S. 177–79. Das Memorandum CFM (45) 17 ist vom 13. September datiert, die Konferenzakten zeigen jedoch, daß Bidault es am 14. September in Umlauf gebracht hatte. – Siehe auch FRUS, 1945, III, S. 869–71, und Europa-Archiv, 9. Jg. (20. 7. 1954), S. 6747.

[29] CFM (45) 17, 13. 9. 1945, FRUS, 1945, III, S. 871. Im Zuge der Beratung der französischen Forderungen auf der Außenministerratskonferenz hatte Bidault den zitierten Satz am 26. 9. 1945 nochmals verlesen; zwei Tage später beschloß die Konferenz, die sofortige Prüfung des französischen Memorandums auf diplomatischem Wege zu empfehlen. U.S. Minutes, CFM, 26. 9. 1945, FRUS, 1945, II, S. 407–10; Records of Decisions, CFM, 28. 9. 1945, FRUS, 1945, II, S. 429.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beraten wurden. Die gleichen Probleme hatten Byrnes im August dazu veranlaßt, den Gedanken an einen Vertragsentwurf mit Bidault zu diskutieren. Byrnes erklärte Molotow, er sei zur Besprechung einer Idee gekommen, die ihn seit geraumer Zeit beschäftige. Er sagte, er erinnere sich an Stalins Bemerkung in Jalta, daß Deutschland von Polen aus Rußland zweimal überfallen habe und daß sich die Vereinigten Staaten aus Europa zurückziehen könnten, wie sie es nach dem Ersten Weltkrieg getan hatten. Byrnes wollte wissen, ob die Sowjetregierung an einer Garantie für 20 bis 25 Jahre interessiert wäre. Die Einzelheiten könnten später ausgearbeitet werden. Byrnes sagte, daß Truman dem Gedanken geneigt sei, und wenn die Russen Interesse hätten, könnte man ihn mit den Franzosen und den Briten beraten. Byrnes zeigte sich bereit, dem Präsidenten und dem Kongreß den Vertrag zu empfehlen. Molotow sagte, er könne sich nicht für seine Regierung äussern, werde Moskau jedoch Bericht erstatten und sie könnten dann wieder über die Sache sprechen. Er meinte, es handle sich um etwas, das er wohlwollend betrachten könne[30].

Es gibt keinen Beweis dafür, daß Byrnes und Molotow in London nochmals verhandelten, doch gibt es zahlreiche Beweise für die Entschlossenheit Frankreichs, seine Drohung vom 14. September wahr zu machen. Am 23. September berichtete der politische Berater der USA in Berlin, Botschafter Robert Murphy, drei Fälle französischen Widerstands in der Berliner Alliierten Kontrollbehörde[31]. Vier Tage später kabelte Botschafter Caffery aus Paris, „die Franzosen haben eine geradezu panische Angst vor allem, was nach der Einsetzung einer deutschen Zentralregierung aussieht"[32]. Inzwischen, am 24. September, hatte General Lucius D. Clay, damals stellvertretender amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland, das Kriegsministerium um die Ermächtigung ersucht, Zentralverwaltungen ohne französische Mitwirkung zu schaffen, und Murphy berichtete, daß Clay die Zerstückelung Deutschlands befürchte[33]. Nach weiteren französischen Vetos in Berlin am 1. Oktober teilte Murphy mit, der Beobachter des französischen Außenministeriums, der bei der Sitzung anwesend war, habe ihm privat gesagt, die französische Opposition gegen die deutschen Zentralverwaltungen habe den Zweck, eine Erörterung der Forderung Frankreichs nach Annexion des Saargebiets und der Abtrennung des Ruhrgebiets wie des Rheinlands von Deutschland „zu erzwingen"[34]. Clay verlangte erneut die Ermächtigung zu einem Vorgehen ohne Frankreich. Diese Ermächtigung erhielt er am 20. Oktober. Aber bereits am 12. Oktober war es ihm nicht gelungen, für eine dreizonale Transportverwaltung Unterstützung

[30] Bohlen, Memorandum of Byrnes-Molotov Conversation, 20. 9. 1945, FRUS, 1945, II, S. 267–68.

[31] Murphy an SecState, 23. 9. 1945, FRUS, 1945, III, S. 871–73. Siehe auch Murphy an SecState, FRUS, 1945, III, S. 831 für einen Bericht über den französischen Vorbehalt vom 10. August, begründet mit Frankreichs Abwesenheit von Potsdam und dem Fehlen von Instruktionen.

[32] Caffery an SecState, 27. 9. 1945, FRUS, 1945, III, S. 878.

[33] Murphy an SecState, 29. 9. 1945, FRUS, 1945, III, S. 879.

[34] Murphy an SecState, 1. 10. 1945, FRUS, 1945, III, S. 843–44.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu finden, und so hatte er den Vorschlag am 16. Oktober zurückgezogen[35]. Am 20. Oktober berichtete Murphy, das Politische Direktorium der Alliierten Kontrollbehörde sei mit einem Programm, Daten zu sammeln und Personal zu rekrutieren, um die Errichtung zentraler Verwaltungen vorzubereiten, in eine Sackgasse geraten. „Das französische Mitglied erklärte, daß seine Regierung auf der Londoner Konferenz ein Memorandum über ihren Standpunkt vorgelegt habe. Da in der Angelegenheit kein Beschluß gefaßt worden sei, habe die französische Regierung ihren Vertretern in Berlin die Weisung gegeben, von *allen Verhandlungen* über die Angelegenheit *abzusehen.* Die Frage wurde folglich vertagt."[36]

Clay und Murphy, die im September in London mit Byrnes Rücksprache gehalten hatten[37], brachten Anfang November 1945 ihre Probleme in Washington vor. In ausführlichen Diskussionen über zahlreiche Fragen gingen beide mit Frankreich hart ins Gericht und vertraten die Meinung, die „französische Weigerung, in die Errichtung zentraler Verwaltungsstellen [in Deutschland] einzuwilligen, droht die Bestimmungen des Berlin-Protokolls hinsichtlich der Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit hinfällig zu machen"[38]. Eine unvollständige Aufzeichnung der Besprechung zwischen den Ministern für Äußeres, Krieg und Marine am 6. November 1945 zeigt, daß Clay zu Byrnes gesagt hatte, die Franzosen würden in Berlin alles blockieren. Kriegsminister Robert Patterson meinte, man müsse Druck auf Frankreich ausüben, aber Byrnes erklärte, wie empfindlich die Franzosen seien, weil sie zur Potsdamer Konferenz nicht eingeladen worden waren. „Er stimmte jedoch zu, daß irgend etwas getan werden müsse"[39].

Minister Patterson drang in Washington auf Unterstützung Clays in Berlin und suchte Byrnes auf seine Erklärung, daß etwas getan werden müsse, festzulegen. Er schrieb Byrnes am 21. November 1945, bezog sich auf ihre Zusammenkunft am

[35] Murphy an SecState, 13. 10. 1945 und 18. 10. 1945, FRUS, 1945, III, S. 882–84; War Department an OMGUS, 20. 10. 1945, NA, RG 218, Box 125, CCAC 014 Germany, Sec. 9.

[36] Murphy an SecState, 20. 10. 1945, FRUS, 1945, III, S. 884–85. (Hervorhebung durch den Verfasser.)

[37] Lucius D. Clay, Decision in Germany, Garden City 1950, S. 72; Robert Murphy, Diplomat Among Warriors, Garden City 1964, S. 285.

[38] J. H. Hilldring, War Department, CAD, Memorandum November 10, 1945, NA, RG 165, Box 175, WDSCA 014 Germany, Sec. III; Hilldring an AsstSecWar, Subj: Subjects Discussed with General Clay in Washington (1. 11. bis 5. 11. 1945) November 7, 1945, NA, RG 165, Box 175, WDSCA 014 Germany, Sec. III; Hilldring, Resumé of Meeting at State Department, November 3, 1945, NA, RG 165, Box 175, WDSCA 014, Germany, Sec. III; Department of State, Memorandum of Conversation, November 3, 1945, NA, OMGUS Papers, Box 5–1/1, AG 091. 3. Fußnote 55 in: FRUS, 1945, III, S. 892–93, besagend, daß sich über diese Gespräche keine Belege in den Archiven des State Department befinden. Das ist unglaubwürdig in Anbetracht der Unmenge von Belegen in den Archiven der Armee sowie der Tatsache, daß William Clayton, Willard L. Thorp, H. Freeman Matthews, James W. Riddleberger und andere an diesen Gesprächen als Vertreter des State Department teilgenommen haben, und der weiteren Tatsache, daß ein Beleg des State Department über mindestens eine der Besprechungen in den OMGUS-Papieren enthalten ist.

[39] Extract from Minutes of Meeting of Secretaries of State, War and Navy, November 6, 1945, FRUS, 1945, III, S. 892–93.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. November, umriß die französischen Widerstände gegen die deutschen Zentralverwaltungen und sagte, wenn diese Widerstände fortgesetzt würden, „kann die gesamte Grundlage der Viermächteverwaltung in Deutschland leicht in die Brüche gehen". Er drängte das Außenministerium, „die französische Regierung unter jede Art Druck zu setzen, die notwendig ist, um den Auftrag des Berlin-Protokolls zu erfüllen"[40]. Patterson, dem Byron Prices Bericht vom 9. November 1945 an Präsident Truman zu Hilfe kam[41], setzte seine Warnungen und sein Drängen im November, Dezember und im neuen Jahr fort. Das gleiche taten Clay, Murphy und Caffery. Die wichtigsten Punkte ihrer Vorhaltungen habe ich an anderer Stelle zusammengefaßt[42]; hier möchte ich nur anführen, daß Murphy, kurz bevor sich Byrnes entschloß, den Vertragsentwurf in Paris zur Sprache zu bringen, einen weiteren Bericht über das Andauern des Stillstands in Berlin geschickt und darin den Stillstand mit der „französischen Sabotage der Potsdamer Beschlüsse" begründet hatte[43].

Sooft die Armee diplomatischen Druck oder wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Frankreich verlangte, hatte das State Department gezögert, sich gesträubt oder behauptet, Anzeichen für eine Änderung der französischen Haltung entdeckt zu haben. Von dieser Schablone wich Byrnes im Dezember 1945 widerstrebend ab, dann aber nicht mehr bis zum September 1946, als er mit seiner Stuttgarter Rede eine neue Taktik versuchte. Im November 1945 erklärte er Couve de Murville in Washington, wenn die Franzosen bei den deutschen Zentralverwaltungen nicht mitwirken wollten, würden die Vereinigten Staaten vermutlich zustimmen, sie mit den Briten und den Russen auf dreizonaler Basis zu bilden[44]. Kurz darauf, am 6. Dezember, instruierte er Caffery, Bidault zu sagen, daß die Vereinigten Staaten „zur Einhaltung [der Potsdamer Beschlüsse über deutsche Zentralverwaltungen] entschlossen" seien und „daß wir uns, wenn die Beschlüsse auf keine andere Weise erfüllt werden können, mit großem Bedauern bereit erklären werden,

---

[40] Patterson an SecState, 21. 11. 1945, FRUS, 1945, III, S. 908–09. Siehe auch Murphy an SecState, 17. 11. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1390–92, für einen Bericht über die Drohung Clays, sich eine Entscheidung betreffend die Rückgabe geraubten Eigentums, an der Frankreich besonders interessiert war, so lange vorzubehalten wie Frankreich sich seine Einstellung zu den Zentralverwaltungen vorbehält.

[41] United States, Department of State, Bulletin, 13, (2. 12. 1945), S. 885–92.

[42] Siehe Gimbel, The American Occupation of Germany: Politics and the Military, 1945–1949, Stanford 1968; Gimbel, On the Implementation of the Potsdam Agreement, und The American Reparations Stop in Germany: An Essay on the Political Uses of History (zur Veröffentlichung in The Historian vorges. Ms.). Siehe auch Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift, 18 (1970), S. 510–28; Ernst Deuerlein, Frankreichs Obstruktion deutscher Zentralverwaltungen 1945, in: Deutschland-Archiv, 4, 1971, S. 466 bis 491; und Walter Vogel, Deutschland, Europa und die Umgestaltung der amerikanischen Sicherheitspolitik 1945–1949, in dieser Zeitschrift, 19 (1971), S. 64–82.

[43] Murphy an SecState, 4. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 536–37.

[44] Memorandum of Byrnes-Couve de Murville Conversation, 20 11. 1945, FRUS, 1945, III, S. 907–08.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die in Frage kommenden Dienststellen in den Zonen der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA einzurichten. Wir hoffen, dies wird nicht notwendig sein"[45]. Zwei Tage später berichtete Caffery, die einzige Reaktion Bidaults sei gewesen, „Betrübnis an den Tag zu legen" und frühere französische Warnungen zu wiederholen, daß ein solches Vorgehen zu einer „von den Sowjets beherrschten Zentralregierung in Deutschland" führen würde. Wenig später trat Byrnes in Moskau an Stalin heran. Vielleicht dachte er – wie er es, seinen eigenen Worten zufolge, Stalin andeutete –, daß Molotow sein in London gegebenes Versprechen, die Sache nach Moskau weiterzuleiten, nicht gehalten habe. Vielleicht aber hatte sich Byrnes entschlossen, den Garantievertrag als Weg zur Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses und dadurch zur französischen Mitarbeit in Berlin zu erproben, statt eine Lösung des Problems zu erzwingen. Die Franzosen hatten allen Überredungsversuchen widerstanden und bei der sanften Drohung nur Betrübnis gezeigt. Bidault aber schien dem Vertrag geneigt, als er ihm von Byrnes erstmals am 24. August 1945 vorgeschlagen worden war. Jedenfalls war das State Department nicht bereit, jene Art von diplomatischem, wirtschaftlichem und politischem Druck anzuwenden, der notwendig gewesen wäre, um Frankreich umzustimmen, und den die Armee verlangt hatte. Die Rücksichten und Erwägungen, die das Zaudern des State Departments bewirkt hatten, sind für das amerikanische Vorgehen in Deutschland und für die Entwicklung im Jahre 1946, die schließlich zur Teilung Deutschlands führten, von großer Bedeutung.

Ein stabiles und wiedererstarktes Frankreich war für die Vereinigten Staaten zumindest aus zwei offenkundigen Gründen wichtig. Ein starkes Frankreich mußte dazu beitragen, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa aufrechtzuerhalten, und ein stabiles Frankreich bedrohte weder die Sicherheit noch die Nachschub- und Verbindungslinien der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland. Diese praktischen und vernünftigen Gründe für ein Wiedererstarken Frankreichs fanden im State Department eine Stütze in einer dort allgegenwärtigen Sympathie für die französische Republik und die Franzosen, in einer eingewurzelten, tiefsitzenden und wohlgepflegten Zuneigung, die leichter zu spüren als zu zeigen ist. Die Beamten des State Department – wie ihre damaligen Kollegen außerhalb dieses Ministeriums – waren im Glauben an ein europäisches Erbe erzogen worden, das von den Pariser Salons im 18. Jahrhundert ausgegangen war. Sie waren verwurzelt – und geschult – in den von Frankreich so stark beeinflußten Traditionen und Methoden des diplomatischen Umgangs. Vor ihren Augen stand ein Geschichtsbild, das viele Beispiele franko-amerikanischer Freundschaft aufwies und in dem Frankreich als Opfer wiederholter deutscher Angriffe erschien[46]. Gegen Ende des Krieges waren

---

[45] SecState an Caffery, 6. 12. 1945, FRUS, 1945, III, S. 916.

[46] Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Memoiren von Robert Murphy. Er erörtert die französischen Forderungen nach Sicherheit, nach dem Ruhrgebiet und dem Rheinland und bemerkt, wie sehr sie den amerikanischen Zielen in Deutschland und in Europa zuwiderliefen. Die Vereinigten Staaten, sagte er, hätten die französischen Vorschläge jedoch we-

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie außerdem von den „neuen Tartaren" verwirrt, die auf Stahlrossen in das Herz Europas geritten kamen, und sie waren in politischer Hinsicht besorgt und in beruflicher Hinsicht unsicher, was die Zukunft jenem Europa, wie sie es kannten, wohl bringen würde. Daher tendierten sie zu einer konservativen Haltung. Auf alle Fälle wollten sie die Wiederherstellung Frankreichs „als Bollwerk der Demokratie auf dem Kontinent Europa"[47].

Im Jahre 1945 gaben die Vereinigten Staaten dem Wiederaufbau und Wiedererstarken Frankreichs die höchste Priorität, und 1945 und 1946 hatte diese Priorität auf die amerikanische Deutschlandpolitik stärkeren Einfluß als die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Anfang 1945 empfahl das State Department – und Präsident Roosevelt stimmte grundsätzlich zu –, „Frankreich zu helfen, seine frühere Stellung in der Weltpolitik zurückzugewinnen", dem „französischen Prestige Konzessionen" zu machen und „Frankreich unter dem Gesichtspunkt seiner potentiellen Macht und seines potentiellen Einflusses" statt „unter dem Gesichtspunkt seiner gegenwärtigen Stärke" zu behandeln. Anlaß dieser politischen Empfehlung war die von Frankreich vor der European Advisory Commission in London erhobene Forderung nach französischer Beteiligung an der Besetzung Deutschlands, nach Umwandlung der dreizonalen in vierzonale Organe des Kontrollapparats für Deutschland, nach Authentizität des französischen Textes der Kapitulationsurkunde und nach französischer Teilnahme an ihrer Unterzeichnung. Außenminister E. R. Stettinius gab zu, daß „die französischen Forderungen in gar keinem Verhältnis zur französischen Macht stehen" und die Beteiligung „eines vierten Landes auf der Basis der Gleichberechtigung" an der Besetzung Deutschlands „ein bereits kompliziertes Problem noch mehr komplizieren" könne. Nichtsdestoweniger empfahl er, daß Roosevelt die französischen Forderungen erfüllen solle, und zwar noch „bevor die spezifizierten französischen Vorschläge nach ihrem Eintreffen mit den Ministern für Krieg und für Marine im Einzelnen beraten werden". Seine Empfehlung begründete er damit, daß eine solche Politik den Beitrag Frankreichs zum Krieg und zum Frieden steigern, Frankreichs vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands befriedigen und außerdem helfen würde, „bei den Franzosen einen Geist der Zusammenarbeit zu wecken, so daß sie weniger dazu neigen werden, gegen manche Vereinbarungen, die wir bereits getroffen haben, Einspruch zu erheben"[48].

Aus Stettinius dringender Bitte um Zustimmung des Präsidenten zu seinem Konzept ohne vorherige Beratung und Empfehlung des Koordinationsausschusses der Ministerien für Äusseres, Krieg und Marine ist zu ersehen, welche Bedeutung das State Department seiner Frankreichpolitik beimaß. Diese Priorität zeigt sich aber auch noch in anderen Dingen. Ein für die Jalta-Konferenz verfaßtes Infor-

gen der Nazi-Greueltaten, des langen Krieges und der französischen Angst vor Deutschland nicht einfach ablehnen können. Murphy, a.a.O., S. 302.

[47] Memorandum, Hickerson an SWNCC, 29. 11. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1432–35.

[48] SecState an President, 4. 1. 1945, FRUS, 1945, Yalta, S. 293–94, und 5. 1. 1945, FRUS, 1945, Yalta, S. 295; Matthews an SecState, 19. 1. 1945, FRUS, 1945, Yalta, S. 297–98.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mationspapier wiederholte die wesentlichsten Punkte der von Stettinius vorgelegten Empfehlung: „Die Eigeninteressen der Vereinigten Staaten verlangen, daß diese Regierung jede Anstrengung unternimmt, Frankreich sowohl moralisch wie physisch zu helfen, seine Stärke und seinen Einfluß zurückzugewinnen." Die Franzosen seien „besessen . . . von Fragen des nationalen Prestiges. Sie haben daher von Zeit zu Zeit Forderungen gestellt, die in überhaupt keinem Verhältnis zu ihrer jetzigen Stärke stehen". Die Vereinigten Staaten sollten „diesem psychologischen Faktor voll Rechnung tragen" und „Frankreich in jeder Beziehung unter dem Gesichtspunkt seiner potentiellen Macht und seines potentiellen Einflusses statt unter dem Gesichtspunkt seiner gegenwärtigen Stärke behandeln"[49]. Ein anderes, am 23. Juni 1945 für die Potsdamer Konferenz vorbereitetes Informationspapier übernahm Stettinius Empfehlung fast Wort für Wort: „Unsere Politik der Behandlung [Frankreichs] unter dem Gesichtspunkt seiner potentiellen Macht statt seiner gegenwärtigen Stärke war berechtigt und sollte fortgesetzt werden." Dem Papier zufolge hatte Frankreich „große Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung seines früheren Einflusses in der Weltpolitik gemacht". Seine „etwas intransigente Haltung in bezug auf . . . Reparationen und Wiedergutmachung kommt großenteils daher, daß es auf Betreiben der Sowjetunion aus der Reparationskommission ausgeschlossen wurde"[50].

Die amerikanische Politik gegenüber Frankreich wurde auch nach der Potsdamer Konferenz fortgesetzt, obgleich die Vorbehalte und Ressentiments der nicht nach Potsdam eingeladenen Franzosen die früheren Hoffnungen Stettinius', in Frankreich einen Geist der Zusammenarbeit zu wecken und französische Einsprüche gegen bereits getroffene Vereinbarungen zu mildern, eigentlich enttäuscht haben müßten. Die amerikanische Regierung empfing de Gaulle und Bidault unmittelbar nach dem Abschluß der Potsdamer Konferenz und ließ sie ihre Ansichten über die Zukunft Deutschlands darlegen. Die Einladung allein war symbolisch für die Einstellung der Vereinigten Staaten zu Frankreich. Byrnes aber ging über Symbolik hinaus. Er machte den Vorschlag einer möglichen Garantie der französischen Sicherheit für 25 Jahre[51] – ein Vorschlag, den er und das State Department später als revolutionären Umschwung der amerikanischen Politik bezeichneten, als eine Verpflichtung, die nicht einmal Clemenceau von Wilson erreichen konnte[52].

Welche überragende Bedeutung das State Department 1945 und 1946 seiner Politik gegenüber Frankreich beimaß, zeigt sich vielleicht am deutlichsten in seiner

[49] Briefing Book Paper, France, FRUS, 1945, Yalta, S. 300–04.

[50] Briefing Book Paper (Ausz.), 23. 6. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 251–53.

[51] Memorandum of Bidault-Byrnes Conversation, 24. 8. 1945, FRUS, 1945, IV, S. 724.

[52] Matthews, Memorandum of Byrnes-Bidault Conversation, 24. 9. 1946, FRUS, 1946, V, S. 607–10; Harris, Memorandum of Bérard-Wallner-Harris Conversation, 24. 9. 1946, FRUS, 1946, V S. 693-94. Byrnes' Vergleich ist ein subtiler, aber bedeutungsvoller Hinweis auf die amerikanische Politik gegenüber Frankreich. Unter Clemenceau war Frankreich zweifellos eine Großmacht, doch die Vereinigten Staaten waren bereit, es nach 1945, als es das nicht war, mit noch größerer Hochachtung und Distinktion – als einen gleichwertigen Partner – zu behandeln, als Wilson dies nach 1919 tat.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Behandlung der europäischen Kohlenfrage. Trotz der britischen Einwände und der fast offenen Ablehnung durch General Montgomery in Deutschland, trotz des von Botschafter Edwin Pauley (dem amerikanischen Vertreter in der Moskauer Reparationskommission) ausgedrückten Befremdens drängte das State Department erfolgreich auf den Beschluß, der im Juli 1945 zur Kohlendirektive Präsident Trumans führte[53]. Es umging eine britische Forderung nach vorherigen Absprachen mit Rußland und Frankreich und nach Koordination der Direktive im Alliierten Kontrollrat. Es widersetzte sich den Bemühungen Großbritanniens um weitgehende administrative Freiheiten für General Montgomery bei der Anwendung der Direktive in den Kohlengruben Deutschlands[54], und es bestand darauf, daß die Prioritäten der Direktive „nur den Erfordernissen der Sicherheit und der Gesundheit der Besatzungstruppen und der beschleunigten Umgruppierung der Alliierten Streitkräfte hintangestellt" werden[55]. Auch duldete es keine Störung durch Reparationsvereinbarungen. „Die Frage, ob mit diesen Exporten die Reparations- oder die Handelskonten der Empfangsländer belastet werden sollen, bleibt offen . . ."[56]

Die Haltung und die Handlungen des State Department in Zusammenhang mit der Kohlendirektive beruhten auf der Überzeugung, das befreite Europa müsse vor der US-Armee in Deutschland geschützt werden. H. Freeman Matthews sagte das freimütig in einem Schreiben vom 15. Juni 1945 an John J. McCloy, damals enger Mitarbeiter des Kriegsministers: „Sie werden sich daran erinnern, daß heute nachmittag auf der Sitzung des Combined Civil Affairs Committee wir alle einig gewesen sind, daß auf allen Seiten die äußersten Anstrengungen gemacht werden müssen, um dem natürlichen menschlichen Hang unserer überaus energischen Leute in Deutschland entgegenzuarbeiten, dem Land durch die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft auf die Beine zu helfen und den lebenswichtigen Bedarf der befreiten Nordwestgebiete in Europa ganz außer acht zu lassen."[57]

Die volle Bedeutung der Kohlendirektive für Frankreich wurde klar, als 1946 der sogenannte Meader-Ausschuß des Senats versuchte, die amerikanische Militär-

---

[53] Rundschreiben Byrnes, 11. 8. 1945, NA, RG 165, Box 221, WDSCA 463. 3, Sec. I; FRUS, 1945, Potsdam II, Document 1046, S. 1028–30; Pauley an SecState, 7. 7. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 630; BrEmbassy an State Department, 3. 7. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 624–25; Pauley an SecState, 10. 8. 1945, NA, RG 59, State Department Decimal Files, Box C-241. Die Direktive verlangte für 1945 einen deutschen Export von mindestens 10 Millionen Tonnen Steinkohle und von weiteren 15 Millionen Tonnen bis Ende April 1946, außerdem die vorrangige Produktion und Ausfuhr von Braunkohlebriketts und anderer Kohle.

[54] BrEmbassy an State Department, 3. 7. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 624–25; SecState an BrEmbassy, 11. 7. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 636–38; SecState an Winant, 25. 8. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1524–26; F.S.V. Donnison, Civil Affairs and Military Government, North-West Europe, 1944–1946, London 1961, S. 414–15.

[55] SecState an Pauley, 3. 7. 1945, FRUS, 1945, Potsdam I, S. 623.

[56] Clayton an Blaisdell, 4. 7. 1945. FRUS, 1945, Potsdam I, S. 626–28.

[57] Matthews an McCloy, 15. 6. 1945, NA, RG 59, H. Freeman Matthews Files, Box 1, Folder M.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

regierung in Deutschland zu überprüfen[58]. Sobald das State Department die Reichweite der Ausschuß-Untersuchungen erkannt hatte, hielt es Berichte zurück und weigerte sich, dem Ausschuß und seinen Mitgliedern Informationen zu geben. Schließlich erreichte es eine Intervention des Präsidenten Truman beim amtierenden Vorsitzenden des Ausschußes, Harley M. Kilgore, der offenbar einverstanden war, daß der Ausschuß die Hintergründe der französischen Beteiligung an der Besetzung Deutschlands nicht untersucht. General John H. Hilldring, 1945 Leiter der Abteilung für zivile Angelegenheiten im Kriegsministerium und Anfang 1946 Vertreter des Außenministers in Fragen der besetzten Gebiete, erläuterte einem Mitglied des Meader-Ausschusses den Widerstand des State Department. Er sagte, „eine der ersten Tatsachen, die Sie erfahren werden ... ist, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden ‚jede zusätzliche Tonne Kohle', die in Deutschland gefördert wird, nach Frankreich schicken. Diese Exporte haben im Sommer 1945 begonnen ..."[59].

Die Zuweisung deutscher Kohle an Frankreich war aber nur ein Teil der Frankreichpolitik des State Departments. Im November 1945 plädierte der Vertreter des State Departments im Koordinationsausschuß der Ministerien für Äußeres, Krieg und Marine während der Diskussionen über die Verwendung des erbeuteten feindlichen Kriegsmaterials, das sich in amerikanischer Hand befand, für eine Abkehr von der früheren amerikanischen Absicht, dieses Material zu zerstören. Er wollte, daß es Frankreich gegeben werde, das darum angesucht hatte. Denn, sagte er, „es ist die Politik der amerikanischen Regierung, beim Wiederaufbau eines starken Frankreich mitzuhelfen, damit dieses Land zum Bollwerk der Demokratie auf dem europäischen Kontinent wird und allmählich in die Lage kommt, einen immer

---

[58] Es handelt sich um den Sonderausschuß, den der US-Senat 1946 unter dem Vorsitz des New Yorker Senators James M. Mead eingesetzt hatte. Mead war am 26. 9. 1946 zurückgetreten, und Harley M. Kilgore, Senator für West Virginia, wurde amtierender Vorsitzender. Der Ausschuß wird im allgemeinen nach seinem Chefberater George Meader als der Meader-Ausschuß bezeichnet.

[59] Memorandum [Wilbur D.] Sparks an Meader, 25. 10. 1946, in: NA, RG 46, SEN 79 A-F30, National Defense Committee, Box 994. Am 28. Oktober schrieb Hilldring persönlich an Meader: „Ich weiß, daß Ihnen die internationalen politischen Probleme bekannt sind, die durch die Übereinkunft entstanden, Frankreich zur Teilahme an der Besetzung Deutschlands aufzufordern." In: NA, RG 46, SEN 79 A-F30, Box 1011. Für diesbezügliche Erklärungen Byrnes' siehe Byrnes an Truman, 30. 10. 1946, NA, RG 59, State Department Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box 3741. Siehe dazu auch George Meader, Memorandum of Conversation with James Byrnes in Paris, 13.10. 1946, NA, RG 46, SEN 79 A-F30, Box 1010; Donald Russell an Robert Murphy, 15. 10. 1946, Byrnes Papers, Folder 611 (1), Clemson University Library; und Minutes of ... National Advisory Council on International Monetary and Financial Problems, 25. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 431–34. Letzteres enthält die beiden folgenden Aussagen William Claytons, der im State Department für Wirtschaftsfragen verantwortlich war: „Aus politischen Gründen ist das State Department dafür, Frankreich derzeit so großzügige Hilfe zu leisten, wie nur irgend möglich." Und: „Kohle ist derart lebenswichtig, daß davon ausgegangen werden muß, Frankreich werde die Kohle, die es braucht, bekommen." Ebenda, S. 432–33.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

größeren Teil der Verantwortung für die Besetzung Deutschlands und die Aufrechterhaltung des Friedens zu übernehmen"[60]. Gleichzeitig wurde Präsident Truman vom State Department informiert – ohne daß sich das Ministerium auf Dokumente oder Tatsachen stützen konnte –, Byron Prices Bericht vom 9. November sei weder akkurat noch vernünftig: „Es ist nicht ganz richtig, wenn Mr. Price die Verantwortung für das Scheitern der Einrichtung zentraler Verwaltungen zur Leitung gesamtdeutscher Aktivitäten den Franzosen zuschreibt, und die französische Regierung und Öffentlichkeit werden zweifellos ungünstig reagieren"[61].

Clay, Murphy und die Armee stellten solche Behauptungen nicht auf und täuschten sich auch nicht darüber, wo das Hindernis lag. In seinem Brief vom 10. Dezember an Byrnes wiederholte Patterson seine Forderung vom 21. November, das State Department solle Druck auf Frankreich ausüben, verwies auf die Empfehlung von Byron Price an Truman, die Vereinigten Staaten müßten zur Überwindung des toten Punkts in Berlin „das ganze Gewicht und das Prestige der amerikanischen Diplomatie" einsetzen, verlangte politische und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen Frankreich und riet, „diesem Vorgehen die größte Publicity zu geben, um die amerikanische und internationale Öffentlichkeit zur Unterstützung dieses Vorgehens zu mobilisieren"[62]. Am gleichen Tag ließ Clay das Kriegsministerium wissen, daß er zur Durchführung seiner Absichten Hilfe in Washington brauche und daß „Änderungen der Direktiven jetzt nicht so wichtig sind wie die Errichtung des Zentralverwaltungsapparats, [dessen Fehlen] jeden wirklichen Fortschritt verhindert"[63]. Ende Dezember reagierte Clay verzweifelt auf eine Beschwerde, die die Franzosen in Washington über seinen Standpunkt zur Wiedergutmachung vorgebracht hatten. Er sagte, daß er in Wahrheit einen Kompromiß zwischen den Standpunkten der Russen und der Franzosen angeregt habe, daß die Russen einer Verständigung weit entgegengekommen seien, daß aber die Fran-

---

[60] Hickerson an Koordinationsausschuß der Ministerien für Äußeres, Krieg und Marine, Memorandum v. 29. 11. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1432–35.

[61] State Department an Präsidenten, 24. 11. 1945, Memorandum Subj: Byron Price's report on Germany, in: State Department Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box 3727. Andererseits hatte Caffery am 8. 11. berichtet, die deutschen Zentralverwaltungen seien keine Frage, in der die Franzosen „jetzt nachzugeben bereit" wären, FRUS, 1945, III, S. 1540–41. Gleiches besagten die Berichte aus Berlin (OMGUS, Monthly Report of the Military Governor, Civil Administration, Nr. 2 v. 20. 9. 1945, S. 1, und OMGUS, Monthly Report of the Military Governor, Nr. 3 v. 20. 10. 1945, S. 1. Anfang November 1945 hatte in Washington Clay persönlich ähnliches berichtet (siehe Hilldring, CAD, Memorandum, November 10, 1945, NA, RG 165, Box 175, WDSCA 014 Germany, Sec. III), und drei Tage vor der Übersendung des oben zit. Memorandums an Truman hatte Patterson an Byrnes geschrieben, die Franzosen würden die deutsche Wirtschaftseinheit gefährden und dadurch könnte die Viermächteverwaltung in Deutschland leicht in die Brüche gehen. In: SecWar an SecState, 21. 11. 1945, FRUS, 1945, III, S. 908–09.

[62] SecWar an SecState, 10. 12. 1945, FRUS, 1945, III. S. 917.

[63] Clay an Hilldring, 10. 12. 1945, NA, OMGUS Papers, S. 358–2/5, nachgedruckt bei John H. Backer, Priming the German Economy: American Occupational Policies, 1945–1948, Durham 1971, S. 28.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zosen „in ihrer Abneigung gegen irgendeinen Kompromiß absolut störrisch sind. Die französische Haltung in der Viermächteregierung ist mir ganz und gar unverständlich. Ihr einziger Beitrag bis heute war, auf der Annahme ihrer Wiedergutmachungspolitik zu bestehen und gegen Zentralverwaltungen zu opponieren". Die Franzosen, fuhr er fort, hätten zu der Viermächteregierung noch keinen konstruktiven Beitrag geleistet. Die Vereinigten Staaten gingen auf einer Einbahnstraße: Sie hätten Frankreich unterstützt und dafür nichts bekommen[64].

Das Kriegsministerium, das sich um eine Übernahme der finanziellen und budgetären Verantwortung für das politische Europaprogramm des State Department gedrückt hatte, bis es im Sommer 1945 von Truman zu dieser Übernahme gezwungen wurde, forderte 1946 immer energischer Schritte des State Departments zur Überwindung des toten Punkts in Berlin. Die Armee wollte die deutsche Wirtschaft so weit wiederaufgebaut sehen, daß sie „dem deutschen Volk ein Auskommen ohne Hilfe von außen ermöglicht"[65], und wollte dadurch ihre Besatzungskosten senken. In einem Schreiben an Dean Acheson vom 28. Dezember 1945 wiederholte Patterson die Hauptpunkte seiner beiden Briefe an Byrnes und sagte, „das Kriegsministerium ist ernstlich durch die Gefahr beunruhigt, daß die dauernde Weigerung der französischen Regierung, der Einrichtung des Zentralverwaltungsapparats in Deutschland zuzustimmen, zum Zusammenbruch des Berlin-Protokolls hinsichtlich der Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit führt"[66]. In seinem Monatsbericht für Januar 1946 schrieb der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, die französische Delegation in Berlin opponiere weiterhin gegen die Einrichtung der zentralen Dienststellen und die französische Regierung beharre weiterhin darauf, daß solche Dienststellen erst eingerichtet werden könnten, nachdem die deutsche Westgrenze festgelegt ist. „Es ist evident geworden, daß *nur eine Lösung* dieser umfassenderen Frage *auf höchster Ebene* einen weiteren Fortschritt zur Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen ermöglichen wird."[67]

Im Februar 1946 versuchten Clay und die Armee eine neue Taktik. Sie verlangten vom State Department eine baldige Überprüfung der Haltung hinsichtlich

---

[64] Clay an Hilldring, 29.12. 1945, NA, RG 316, Clay Papers, Box 3. Die Franzosen hatten dem State Department am 17. Dezember eine Beschwerde geschickt. Der Vertreter der französischen Botschaft soll bei der Übergabe der Note gesagt haben: „Die Franzosen sind sich der Schwierigkeiten des Umgangs mit Generälen aus eigener Erfahrung bewußt, aber sie können nicht darüber hinwegsehen, daß das State Department eine Erklärung abgibt und General Clay das Gegenteil sagt oder tut." In: Schreiben Bonbright an Riddleberger v. 19. 12. 1945, NA, RG 59, State Department Decimal Files, 740.00119, Control (Germany), Box 3729. Im französischen Aide Memoire heißt es u. a., daß die Franzosen „die Haltung, die sie im Kontrollrat bei General Clay besonders in Wiedergutmachungsfragen beobachten, sehr übel vermerken". Das State Department wandte sich am 21. Dezember in dieser Angelegenheit an das Kriegsministerium, das sich mit Clay in Verbindung setzte.

[65] Potsdam Protocol, II, B, 19.

[66] SecWar an ActgSecState, 28. 12. 1945, FRUS, 1945, III, S. 922–23.

[67] OMGUS, Monthly Report of the Military Governor, No. 7, 20. 2. 1946, S. 1. – Hervorhebung d. Verf.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischer Diskussionen unter Deutschen. Die Armee wollte damit erreichen, daß Deutsche die französische Politik öffentlich kritisieren. Clay berichtete am 22. Februar 1946, die Meldungen über Frankreichs jüngste Bekräftigung seines Standpunktes bezüglich des Ruhrgebiets und der Zentralverwaltungen hätten in Deutschland heftige politische Reaktionen ausgelöst. Clay zufolge hatten die Kommunisten „ein vereinigtes Deutschland, abgesehen von Schlesien" gefordert, während die Sozialisten und Christdemokraten sich einer öffentlichen Stellungnahme zu dieser Frage nur enthalten hätten, weil die Alliierten den Deutschen jede Kritik an den Besatzungsmächten verboten hatten. Clay sagte, dieser Zustand werde der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion zugute kommen und den Sozialdemokraten, den Christdemokraten, den Vereinigten Staaten und dem Westen schaden. Clay gab zu, daß eine Politik, die es Deutschen gestattet, über die deutsche Einheit zu sprechen, das Verhältnis zu Frankreich verschlechtern würde, aber er sagte, solche Gespräche nicht zu gestatten, würde die Ziele der amerikanischen Besetzung gefährden[68].

Ähnliches berichtete Murphy dem State Department am 24. Februar 1946. Er schloß sich zwar der Empfehlung Clays nicht an, sagte aber, „hier wächst die Überzeugung, daß es hoch an der Zeit sei, hinsichtlich eines der Hauptpunkte der Potsdamer Beschlüsse, nämlich der Einrichtung der deutschen Zentralverwaltungen, eine festere und aggressivere Haltung anzunehmen". Auch warf er die Frage auf, „ob es nicht ratsam wäre, die Zusammenarbeit mit Frankreich auf anderen Gebieten vorübergehend einzustellen, bis sich [bezüglich der Verwaltungsstellen] eine positivere Einstellung entwickelt hat"[69].

Das State Department reagierte auf das immer stärkere Drängen der Armee in jener Weise, die ihm vermutlich die Bezeichnung „Fälscherwerkstatt" eingetragen hat. Am 1. März 1946 unterrichtete Byrnes den Botschafter Caffery, Frankreich dürfe „nicht soweit getrieben werden, daß die ernste Gefahr eines Rücktritts Bidaults und einer Spaltung der Koalitionsregierung entstünde . . ."[70]. Der politische

---

[68] SecWar to SecState, 25. 2. 1946, NA, War Department Papers, WDSCA 014. Germany, Sec. VI.

[69] Murphy an SecState, 24. 2. 1946, FRUS, 1946, V, S. 505–07. Das State Department schickte die Empfehlung der Armee später an Murphy mit dem Ersuchen um einen Kommentar (siehe FRUS, 1946, V, 12. 3. 1946, S. 524–25). Murphy riet davon ab, den Deutschen eine Kritik der Besatzungsmächte zu erlauben, bedauerte aber den Zeitverlust und den Verlust politischer Vorteile, die durch den Aufschub der Errichtung deutscher Zentralverwaltungen entstanden sind. Siehe Murphy an SecState, 19. 3. 1946, FRUS, 1946, V, S. 527–28.

[70] Ebenda, S. 511, Anmerkung 50. Der volle Text der Instruktion lautet: „Ich bin sicher, daß Sie alles getan haben, was getan werden konnte, um die Franzosen zu einer [positiven] Haltung bezüglich der Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen zu überreden. Ich stimme [Ihnen] voll und ganz zu, daß sie [die Franzosen] nicht so weit getrieben werden sollten, daß die ernste Gefahr eines Rücktritts Bidaults und einer Spaltung der Koalitionsregierung entstünde, die zu Recht oder Unrecht unserer Intervention zugeschrieben und in Frankreich vielschichtige politische Auswirkungen haben würde." In: Byrnes an Caffery, 2. 3. 1946, NA, RG 59, State Department Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box C-154.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenhang dieser Instruktion ist bezeichnend. Byrnes hatte Bidault im Februar gebeten, die französische Stellungnahme zu den deutschen Zentralverwaltungen zu überdenken, und gleichzeitig Caffery ermächtigt, „mündlich und taktvoll den Gedanken anklingen zu lassen", daß eine offene Unterstützung der amerikanischen Ziele durch Frankreich „helfen würde, die wichtigen Finanz- und Wirtschaftsgespräche, die sie [die Franzosen] einzuleiten beabsichtigen, in einer freundlichen Atmosphäre zu führen"[71]. Die Antwort Bidaults, die am 2. März 1946 eintraf, bewies jedoch, daß die Haltung Frankreichs so fest war wie nur eh und je. Botschafter Caffery zufolge verlangte Frankreich als Garantie seiner Sicherheit territoriale Veränderungen im westlichen Deutschland. („Die Erfahrung der letzten 25 Jahre hat deutlich gezeigt, daß territoriale Bestimmungen das letzte sind, was revisionistische Staaten in Frage stellen"). Frankreich „kann einer Einbeziehung des Ruhrgebiets und des Rheinlands, geschweige des Saargebiets, in die Jurisdiktion der [deutschen Zentral-] Verwaltungen unter keinen Umständen zustimmen". Bidault verwies gegenüber Caffery auf das Memorandum, das Frankreich auf der Pariser Außenministerratskonferenz am 13. September 1945 vorgelegt hatte. Er bemerkte, die interessierten Regierungen hätten genügend Zeit gehabt, es zu prüfen, und schlug eine Viermächte-Beratung über die deutschen Zentralverwaltungen und die Westgrenze Deutschlands vor; der Außenministerrat wäre für eine solche Konferenz der gegebene Rahmen[72].

Byrnes verband nun verbale Beschwörungen mit einer partiellen Konzession, und Acheson bemühte sich, eine Intervention des Präsidenten zu verhindern. Am 22. März 1946 unterrichtete Byrnes den französischen Botschafter Henri Bonnet, er habe „beunruhigende Nachrichten über die jüngsten Entwicklungen in Deutschland" erhalten. Er beleuchtete die „chaotischen Beziehungen, die zwischen den vier Besatzungszonen in Deutschland bestehen", und sagte, er könne „kein Hehl aus seiner Überzeugung machen, daß die Lösung dieses Problems die vordringlichste Aufgabe ist, vor der die Besatzungsmächte stehen". Dann machte er eine Teilkonzession: „Sobald dieses Problem gelöst ist", werde er eine „sofortige Prüfung und Beratung des französischen Antrags [zur dauernden Annexion des Saargebiets] durch die vier Mächte aktiv unterstützen". Vier Tage später schrieb Acheson dem Präsidenten, daß es „wegen der unsicheren politischen Lage in Frankreich" nicht ratsam gewesen sei, den französischen Widerstand gegen deutsche Zentralverwaltungen und die Bemühungen der Vereinigten Staaten, Frankreich zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen, publik zu machen. Ohne in den Fakten eine Grundlage zu haben, fuhr Acheson fort: „Neueste Anzeichen sprechen dafür, daß die Franzosen jetzt von ihrer hartnäckigen Opposition [gegen deutsche Zentralver-

---

[71] SecState an Caffery, 1.2. 1946, FRUS, 1946, V, S. 496–98. Auch in: United States, Department of State, Bulletin, 14, (17. 3. 1946), S. 441.

[72] Caffery an SecState, 2. 3. 1946, FRUS, 1946, V, S. 512–15. Auch in: United States, State Department, Bulletin, 14, (17. 3. 1946), S. 441–43.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waltungen] abgehen, und es scheint, als ob sie in diesem Punkt nachgeben würden"[73].

Achesons Hoffnung war trügerisch, und Byrnes Konzession bezüglich des Saargebiets genügte den Franzosen nicht. Sie führte nicht zur Überwindung des toten Punkts in Deutschland, was noch frustrierender war, nachdem der Kontrollrat im März eine Verständigung über einen Plan für die deutschen Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegsindustrie erreicht hatte. Außerdem zerstreute Byrnes Konzession nicht die Sorgen derer, die die Haltung Frankreichs aus unmittelbarer Erfahrung kannten und das Vertrauen in die Frankreichpolitik des State Department verloren hatten[74]. Murphy berichtete am 4. April, daß die Franzosen in Berlin einen amerikanischen Vorschlag zur Einrichtung eines Export-Import-Büros blockiert hatten, und verwies auf die „französische Sabotage der Potsdamer Beschlüsse" über deutsche Zentralverwaltungen. Er sagte, die erste Auswirkung des dadurch entstandenen Stillstands werde eine Erhöhung der amerikanischen Besatzungskosten sein. „Wir werden also doch die [deutschen] Reparationen bezahlen – ein Ansinnen, das wir meiner Erinnerung nach [im letzten Sommer] ausdrücklich abgelehnt haben."[75]

Während Murphy sich mit Protesten begnügte, forderte die amerikanische Militärregierung (OMGUS) Sanktionen. Sie versuchte auch, das Ministerium für Landwirtschaft in ihren Streit mit dem State Department hineinzuziehen. Am 11. April verlangte sie, alle Weizenlieferungen nach Frankreich und der französischen Zone einzustellen, bis Frankreich den Zentralverwaltungen zugestimmt habe, und sie schickte ihr Schreiben nicht nur an Clinton Anderson, damals Land-

---

[73] SecState an Botschafter Bonnet, 22. 3. 1946, FRUS, 1946,V, S. 528–29; Schreiben Acheson an den Präsidenten, 26. 3. 1946, NA, RG 59, State Department Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box C-135.

[74] Siehe Clay, a. a. O., S. 72. Clay erinnert sich an seinen und Murphys Optimismus bezüglich der Vier-Mächte-Regierung in Deutschland im September 1945 und stellt fest, daß „bis zum Frühling 1946 viel von diesem Optimismus geschwunden" war. Siehe auch Schreiben Murphy an Matthews v. 29. 1. 1946 (NA, RG 59, State Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box C-132) für die Erklärung, „wir haben hier jedes uns zur Verfügung stehende Argument verschlissen", und für die Frage, ob das State Department wohl irgendwelche Ideen für „einen Ausweg aus der Sackgasse" habe.

[75] Murphy an SecState, 4. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 536–37. Das State Department konnte Murphys Hinweis kaum übersehen haben, daß die USA bei ihren Verhandlungen mit den Russen in Potsdam alles abgelehnt hatten, was die Besatzungskosten erhöhen könnte, und jetzt, 1946, einen Kurs verfolgen, der den Franzosen de facto zugesteht, was mit den Russen auch nur zu beraten sie sich geweigert hatten. Siehe auch W. W. Rostow an C. P. Kindleberger, Subj.: Coal and Other Matters, 10. 6. 1946 (NA, RG 59, State Department Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box 5735) für die Bemerkung, die Vertreter der USA in Berlin hätten das Gefühl, „die amerikanische Regierung hat ihnen den Auftrag gegeben, mit den Sowjets [ein Übereinkommen] auszuhandeln, und ihnen dann die Hände gebunden, indem sie die Bedingungen des Übereinkommens den Franzosen gegenüber offen gelassen hat."

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirtschaftsminister, sondern auch an Byrnes und das Kriegsministerium[76]. Das State Department reagierte zweifach: H. Freeman Matthews schrieb am 17. April an Howard C. Petersen, der als Nachfolger von John J. McCloy im Kriegsministerium für die besetzten Gebiete verantwortlich war, daß die Vereinigten Staaten während den bevorstehenden Finanz- und Wirtschaftsverhandlungen Frankreich unter Druck setzen würden, daß die Beamten des State Department ihre täglichen Kontakte mit der französischen Botschaft ausgenützt hätten, um den Franzosen die tiefe Sorge der Vereinigten Staaten über den Aufschub der Einrichtung von Zentralverwaltungen eindringlich vor Augen zu stellen, und daß dem französischen Botschafter Henri Bonnet gesagt worden sei, die französischen Wünsche nach zusätzlichen Lieferungen von Weizen und Kohle aus Deutschland „seien mit dem Problem der deutschen Zentralverwaltungen eng verknüpft"[77]. Eine Woche später, am 24. April, schrieb der amtierende Außenminister Dean Acheson an Patterson, es wäre unklug, die von Berlin am 11. April verlangten Sanktionen anzuwenden, weil auf der am 25. April in Paris beginnenden Konferenz des Außenministerrats „Deutschland besprochen werden soll"[78].

Inzwischen, am 10. April, war Patterson von Byrnes informiert worden, daß das State Department das politische Problem sehr wohl erkenne, das die Franzosen in Deutschland geschaffen hatten, daß es jedoch einem politischen Kurswechsel nicht zustimmen könne, der es Deutschen erlauben würde, die Besatzungsmächte zu kritisieren. Doch versicherte er Patterson: „Das Außenministerium hat die französische Regierung weiterhin unter Druck gesetzt, ihre hartnäckige Opposition gegen die Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen aufzugeben, und wir haben einigen Grund zu glauben, daß die französische Regierung bereit ist, ihre Haltung zu modifizieren." Byrnes sagte auch, Frankreich habe für die nächste Zukunft Viermächteverhandlungen über die deutschen Grenzen und Zentralverwaltungen vorgeschlagen, und er hoffe auf eine baldige Vereinbarung der Zusammenkunft. Schließlich ließ er Patterson wissen, der Koordinationsausschuß der Ministerien für Äußeres, Krieg und Marine habe die Überprüfung der Direktiven für Deutschland „gebilligt", und das State Department werde Empfehlungen bezüglich der künftigen amerikanischen Deutschlandpolitik vorlegen[79]. Das Kriegsministerium unterrichtete Clay am 19. April über Byrnes Schreiben und erklärte am folgenden Tag in einer Nachschrift, daß die Verhandlungen mit Frankreich noch anhängig seien und daß die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten überprüft werde[80].

---

[76] OMGUS, Clay an SecState und SecAgr, 11. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 540; OMGUS an War Department, 11. 4. 1946, NA, RG 319, Army CAD Messages, CM-IN'S 1946, Box 19.

[77] Matthews an Petersen, 17. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 540, Anmerkung 86. Das Schreiben befindet sich in NA, RG 59, State Department Decimal Files, 740.00119 Control (Germany), Box C-137.

[78] Acheson an Patterson, 24. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 540, Anmerkung 86.

[79] SecState an SecWar, 10. 4. 1946, FRUS, 1946, V, S. 539–40.

[80] War Department, CAD, an OMGUS für Clay, 19. 4. 1946, NA, OMGUS Papers, Box 177–1/3; O. P. Echols an Clay, 20. 4. 1946, NA, War Department Papers, WDSCA 014 Germany, Sec. VIII.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der historische Zusammenhang, in dem Byrnes seinen Entschluß faßte, eine Erörterung seines Vertragsentwurfs auf der Außenministerratskonferenz in Paris vorzuschlagen, ist mithin klar. Bidault hatte am 16. April in seiner Antwort auf den Vorschlag des Garantievertrags durchblicken lassen, Frankreich sei zu einer Beratung des Vertrags, der deutschen Zentralverwaltungen und der westdeutschen Grenze als Paket bereit[81]. Byrnes, dem es nie an Vertrauen auf seine Geschicklichkeit in solchen Situationen mangelte, hatte gehofft, er werde einen Kompromiß aushandeln können, der (1) das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs befriedigt, (2) die deutsche Westgrenze festlegt, ohne Deutschland die wirtschaftliche Lebensbasis zu entziehen, (3) die Schaffung deutscher Zentralverwaltungen zuläßt, (4) die in Potsdam festgelegte Absicht verwirklicht, Deutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln, (5) den vom Alliierten Kontrollrat entsprechend den Potsdamer Beschlüssen ausgearbeiteten Plan für die deutschen Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegsindustrie realisiert und (6) vielleicht auch Forderungen dämpft, die auf der Friedenskonferenz von den Russen und Polen in bezug auf eine Oder-Neisse-Grenze erhoben werden mochten. Kurz, Byrnes' Vertragsentwurf von 1946 war im wesentlichen als Hebel gedacht, Frankreich zu einer Annahme der Viermächteverpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen zu bewegen. Auf der Außenministerratskonferenz am 16. Mai 1946 erklärte Byrnes, sein Vorschlag sei nur ein „Mechanismus" zur Erleichterung einer „allgemeinen Verständigung der Alliierten über die spätere Regelung [des Friedens] mit Deutschland"[82].

Aus der historischen Perspektive von Mitte 1946 gesehen, war Byrnes Vorschlag kein amerikanisches Manöver im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion. Er war ein Schachzug, mit dem erreicht werden sollte, daß Frankreich auf seine Pläne verzichtete, das Rheinland und das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen (das Saargebiet hatte Byrnes im Grunde schon abgeschrieben), mit dem die Franzosen ferner bewogen werden sollten, im Kontrollrat die Verwirklichung der Wirtschaftseinheit Deutschlands und die Schaffung der deutschen Zentralverwaltungen nicht länger durch ihre Vetos zu blockieren, und mit dem alles das erreicht werden sollte, ohne jene Art politischen Druck anzuwenden, der zum Rücktritt Bidaults oder zu einer allgemeinen politischen Krise in Frankreich führen konnte[83].

Historiker, die den Vertragsentwurf im Licht des Kalten Krieges interpretiert haben, waren durch den Mangel an Quellen ernstlich behindert. Sie wurden daher von Molotows harter Kritik an dem Entwurf und von Byrnes späteren Verdrehungen, Verfälschungen und Auslassungen irregeführt. Die Frage ist: Warum tat Byrnes,

---

[81] Caffery an SecState, 15. 4. 1946, FRUS, 1946, II, S. 56–58.

[82] U. S. Delegation Record, CFM, 16. 5. 1946, FRUS, 1946, II, S. 430–31.

[83] Byrnes Erläuterungen seines Vorschlags in Paris am 3. Oktober 1946 sind in diesem Zusammenhang aufschlußreich. Er sagte, „solange ein solcher Vertrag in Kraft bleibt, kann das Ruhrgebiet niemals zum deutschen oder europäischen Waffenarsenal werden. *Das ist der Hauptzweck des vorgeschlagenen Vertrages.*" In: Byrnes, Human Freedom . . ., S. 2–4. (Hervorhebung d. d. Verf.) Siehe auch Byrnes, Speaking Frankly, S. 193, und ebenso New York Times, 4. 10. 1946, DNC Clippings, Box 142, Truman Library.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

was er tat, statt die Wahrheit zu sagen? Die Byrnes-Papiere geben keine schlüssige Auskunft darüber, und wir werden es möglicherweise nie mit Sicherheit wissen. Soviel scheint jedoch klar: Byrnes stand unter dem Einfluß der Tendenz des State Department, Frankreich wiederaufzubauen und zu stärken, und ebenso unter dem Einfluß der daraus folgenden Neigung, die Verantwortung Frankreichs für den Zusammenbruch der Viermächtekontrolle in Deutschland „zu bagatellisieren, wenn nicht zu leugnen"[84]. Auch war Byrnes nicht frei von persönlichen Ressentiments, die Molotows harte Sprache und seine scharfsinnige Analyse der Mängel des Vertragsentwurfs hinterließen. Er war auf den Angriff Molotows in Paris schlecht vorbereitet gewesen. Weder das State Department noch die Briten und die Franzosen hatten die verschiedenen Aspekte und die Implikationen des Vertrags genauer studiert und sich nicht auf ausführliche Besprechungen, Beratungen und Verhandlungen vorbereitet. Vor der Pariser Konferenz hatten keine Konsultationen stattgefunden[85]. Als Molotow seine detaillierte und kritische Analyse vortrug, geriet Byrnes daher ins Schwimmen. Später suchte er krampfhaft nach einer scheinbar rationalen Erklärung seines Mißerfolgs, statt einzugestehen, was er getan hatte und was ihm nicht gelungen war. Auf dieser Suche nach einer Erklärung war Byrnes auch von Berichten antisowjetischer Beamter des State Department beeinflußt, die sich Molotows undiplomatisches Vorgehen, Byrnes Ärger und Ressentiment, sein Herumsuchen und seine Verwirrung zunutze machten, um ihre eigene Politik zu fördern.

George Kennan hatte angefangen, die in seinem Brieftelegramm vom 22. Februar 1946 enthaltene Analyse der russischen Politik auf die im März 1946 im besetzten Deutschland bestehende Lage anzuwenden. Er reagierte damit auf Murphys Telegramm vom 24. Februar, in dem Murphy angesichts der französischen Opposition gegen die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse eine festere und aggressivere Haltung verlangt hatte[86]. H. Freeman Matthews, den Kennans Telegramm begeistert hatte – „eine so hervorragende Darstellung und eine so glänzende Analyse . . . wie sie der auswärtige Dienst nur je geliefert hat"[87] –, bat Kennan am 27. Februar um einen Kommentar zu Murphys Telegramm[88]. Kennan verbreitete sich ausführlich über die Hintergründe des sowjetischen Vorgehens in Deutschland und schrieb, er „würde es keinenfalls als ausgemachte Sache ansehen, daß die Russen bisher wirklich darauf erpicht waren, deutsche Zentral-

---

[84] Siehe SecState an Murphy, 19. 7. 1946, für ein aufschlußreiches Eingeständnis, FRUS, 1946, V, S. 579–80.

[85] Eine Äußerung Bevins im Jahre 1947, „daß die Amerikaner dieses [den Vier-Mächte-Vertrag] in Paris ohne viel Nachdenken vorgelegt haben", zitiert Francis Williams, A Prime Minister Remembers: The War and Post-War Memoirs of the Rt. Hon. Earl Attlee . . ., London 1961, S. 157.

[86] Murphy an SecState, 24. 2. 1946, FRUS, 1946, V, S. 505–07.

[87] Matthews an Caffery, 26. 2. 1946, NA, RG 59, H. Freeman Matthews Files, Box 1, Folder C.

[88] FRUS, 1946, V, S. 516, Anmerkung 57.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwaltungen errichtet zu sehen."[89] Zwei Wochen später gab er seiner „Betroffenheit und Beunruhigung" über die Annahme Ausdruck, daß das russische Mißtrauen „durch persönliche Kontakte, rationale Argumente oder offizielle Zusicherungen zerstreut oder beschwichtigt werden könnte". Diese Annahme, erklärte Kennan, „zeigt ein ernstes Mißverstehen der sowjetischen Wirklichkeit und ist, unserer Meinung nach, der schlimmste und gefährlichste Irrtum, dem sich Amerikaner in ihrem Urteil über dieses Land hingeben können". Er erläuterte: Die offizielle sowjetische Lesart lautet, „daß die Umwelt feindlich und voller Drohungen ist". Er warnte: „Mißtrauen ist für die Sowjetregierung bestimmend. Es bezieht sich auf alles und jeden." Dann mahnte er: „An dieser Atmosphäre und nicht an Wunschträumen müssen wir unsere Politik orientieren."[90] Im Mai 1946 sagte Kennan bereits: „Wir müssen uns von den Potsdamer Beschlüssen unabhängig erklären." Seiner Meinung nach sollten die Vereinigten Staaten sagen, daß sie durch Potsdam nicht länger gebunden seien, und vorschlagen, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands innerhalb seiner alten Grenzen, ausgenommen Ostpreußen, zu verwirklichen. Ein solches Vorgehen, meinte Kennan, würde die Franzosen entwaffnen „und die Russen zu einer klaren Haltung nötigen"[91].

Das Mißlingen des Versuch, eine Einigung über den von Byrnes vorgelegten Vertragsentwurf zu erzielen, und der gleichzeitige Entschluß Clays in Berlin, die Reparationslieferungen zu stoppen und das State Department dadurch zu zwingen, seine Begünstigung Frankreichs aufzugeben oder offen einzugestehen, war die Gelegenheit, „die Russen zu einer klaren Haltung zu nötigen". In zwei Schreiben, die am 9. Mai 1946 an Byrnes gingen, der in Paris war, umrissen Acheson und Hilldring einen Plan, wie dies zu erreichen sei. Ihren eigenen Worten zufolge sollte der Plan dazu „dienen, die angedrohte Auflösung des Alliierten Kontrollrats zu vermeiden, die wesentlichsten Hindernisse für das Reparationsprogramm zu beseitigen und vor allem die Loyalitätsbeteuerungen der Sowjets bezüglich Potsdams auf eine letzte Probe zu stellen, in der ihre Bereitschaft geprüft wird, Potsdam sowohl dem Geist wie dem Buchstaben nach zu erfüllen, und die die Sowjets für den Bruch von Potsdam verantwortlich macht, wenn sie nicht bestehen"[92]. Daß

---

[89] Kennan an SecState, 6. 3. 1946, FRUS, 1946, V, S. 516–20. Siehe auch George Kennan, Memoirs, 1925–1950, Boston 1967, S. 179–80, 247 ff. und 532 ff. für ähnliche Stellungnahmen in den Jahren 1944 und 1945.

[90] Kennan an SecState, 20. 3. 1946, FRUS, 1946, VI, S. 721–23.

[91] Memorandum v. 10. 5. 1946, FRUS, 1946, V, S. 555–556. Siehe auch Kennan, An Historian of Potsdam and His Readers, in: The American Slavic and East European Review, 20, April 1961, S. 289–94, für Kennans Aussagen über das gleiche Thema fünfzehn Jahre später.

[92] Acheson an SecState, 9. 5. 1946, FRUS, 1946, V, S. 549–55, bes. S. 549 und S. 552. Bezeichnend ist, daß Acheson und Hilldring auch die Wiederaufnahme der Reparationslieferungen aus der amerikanischen Besatzungszone für 60–90 Tage empfohlen hatten, angeblich um Zeit für die Probe zu gewinnen, aber möglicherweise, um die Wirkung abzuschwächen, die das energische Vorgehen von Clay auf das State Department ausgeübt hatte.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Byrnes sich den Grundgedanken dieser Empfehlung – wenn auch nicht ihre komplizierten Details, ihre verwickelten, ineinander verwobenen und aufeinander bezogenen Manöver – zu eigen gemacht hatte, bewies seine zweite Rundfunkrede zur Information der amerikanischen Öffentlichkeit über die Außenministerratskonferenz in Paris. Nach seiner bereits erwähnten Erwiderung auf die vorbereitete Erklärung der Sowjets zum Vertragsentwurf, sprach Byrnes über das Versagen der Viermächtekontrolle in Deutschland. Er sagte, daß die vier deutschen Zonen zu luftdicht abgeschlossenen Räumen geworden seien, daß dieser Zustand die Vereinigten Staaten Jahr für Jahr 200 Millionen Dollar koste und daß dies nicht so weitergehen könne. Er teilte mit, die Vereinigten Staaten hätten in Paris die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen, die Wirtschaftseinheit und ein ausgewogenes Ein- und Ausfuhrprogramm für Deutschland vorgeschlagen. „Die französische Regierung, die sich früher der Errichtung von Zentralverwaltungen widersetzt hat, ließ erkennen, daß sie zur Annahme unseres Antrags [den Kontrollrat mit ihrer Errichtung zu beauftragen] neigt, nachdem wir vorgeschlagen hatten, das Saargebiet von der Jurisdiktion dieser Behörden auszunehmen. Die Briten waren einverstanden."[93] Hingegen wollten die Sowjets „der Herausnahme des Saargebiets nicht ohne weitere Prüfung [der Implikationen] zustimmen, und daher war an Ort und Stelle ein Fortschritt nicht möglich". Dann sprach Byrnes von seiner Einladung an die drei anderen Besatzungsmächte, ihre Zonen mit der amerikanischen Zone zu einer Wirtschaftseinheit zu verbinden, und schloß: „Wir werden entweder die zonale Zusammenarbeit in den Wirtschaftsbereichen durchsetzen oder *die Verantwortung für den Bruch des Potsdamer Abkommens von uns abwälzen.*"[94]

---

[93] Byrnes, The Big Four . . ., Vital Speeches, a. a. O., S. 613. Clay und Murphy, die von der Absicht, die Russen auf die Probe zu stellen, anscheinend nichts wußten (oder sie mißbilligten), hatten damals die Richtigkeit von Byrnes öffentlicher Erklärung bestritten. Murphy gab Beispiele französischen Vorgehens und französischer Erklärungen, aus denen hervorging, daß die Haltung Frankreichs sich nicht geändert hatte (Murphy an SecState, 18. 7. 1946, FRUS, 1946, V, S. 577–78.). Benjamin Cohen telegraphierte Murphy sofort, daß „die Meinungen vielleicht nicht ganz übereinstimmen", doch daß er glaube, es sollten Bemühungen unternommen werden, diese Meinungsverschiedenheiten auf ein Minimum zu reduzieren, wenn nicht auszuschalten". Byrnes „hofft, wir werden mit den Franzosen zu einem modus vivendi kommen, wenn wir Zusammenstöße wegen verbaler Differenzen vermeiden, denen sie infolge ihrer politischen Lage übertriebene Wichtigkeit beimessen" (Cohen an Murphy, 19. 7. 1946, FRUS, V, S. 579–80). Clay und Murphy betrachteten diese Differenzen keineswegs als verbal. In einem Schreiben an das Kriegsministerium erklärte Clay, die jüngste Haltung der Franzosen sei ein Rückschritt, und er begründete diese Auffassung (OMGUS, from Clay to AGWAR, Subj: US and French Position re Central Administrative Agencies, 18. 7. 1946, NA, OMGUS Papers, Box 166–1/3.).

[94] Byrnes, The Big Four . . ., a. a. O., S. 613. (Hervorhebung d. d. Verf.) Siehe Clay, a. a. O., S. 130, für eine Erwähnung von Byrnes Entschluß, „die Absicht der Sowjets [zu] beweisen, Deutschland – oder zumindest ihre Zone – in ihre Einflußsphäre einzubeziehen". Im April 1946 sprach Clay davon, die Russen über ihre Stellungnahme zu einem Import-Export-Programm und zu Reparationen anszuhorchen (Clay an AGWAR für Echols, 8. 4. 1946, CC2693, NA, RG 316, Clay Papers, Box 3). Clay sagte, er sei wegen der russischen Einstellung zur

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Verantwortung für den Bruch des Potsdamer Abkommens abzuwälzen, die Loyalitätsbeteuerungen der Sowjets bezüglich Potsdams auf die Probe zu stellen und ihnen die Schuld am Bruch von Potsdam zu geben, wenn sie die Probe nicht bestehen sollten – dies alles erwies sich als schwieriges Unterfangen. Es war umso schwieriger, als die Franzosen bereits auf diese Probe gestellt worden und „glatt durchgefallen" waren. Was konnte also das State Department anderes tun, als die Tatsache zu verschleiern, daß Byrnes seinen Vertragsentwurf zunächst als Hebel anbot, um Frankreich zur Mitarbeit zu bewegen, und dann – als die Lage es verlangte – die Politik und das Vorgehen Frankreichs in Deutschland zu verharmlosen, zu rechtfertigen, wegzuerklären, zu leugnen oder darüber falsche Darstellungen zu geben[95]? Das mag, im Rahmen der Politik und der Prioritäten des State Department, gute politische Taktik gewesen sein, aber es ist schlechte Geschichtsschreibung.

Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit, falls die Franzosen ihr einmal zustimmen würden, immer besorgt gewesen. Die Sowjets, sagte Clay, hätten im Alliierten Kontrollrat die Vorschläge zur Errichtung der deutschen Zentralverwaltungen jedoch stets unterstützt, und die Verantwortung für ihr Scheitern liege daher bei den Franzosen. Er glaubte, aus Bemerkungen, die das russische Mitglied des Wirtschaftsdirektoriums am 5. April 1946 gemacht hatte, auf die sowjetische Politik schließen zu können, und informierte das Kriegsministerium und das State Department von seinen Vorhaben auf der Sitzung des Koordinationsausschusses am 8. April. Er hoffte, „die sowjetische Stellungnahme jetzt herauszukriegen". Clay hatte Erfolg und erhielt eine sowjetische Erklärung, die seiner damaligen Auffassung der amerikanischen Deutschlandpolitik auffallend ähnlich war. Siehe dazu Murphy an SecState, NA, RG 59, State Department Decimal Files 740.00119 Control (Germany), Box C-137. Siehe auch Gimbel, The American Reparations Stop in Germany . . . (unveröff.).

[95] Für Byrnes Äußerung gegenüber Bidault am 23. September 1945, daß „er Frankreich nicht beschuldigt hat, die Errichtung der Zentralverwaltungen zu verhindern, *obwohl dies natürlich Tatsache ist, und es ist nichts darüber veröffentlicht worden*" (FRUS, 1946, V, S. 609. Hervorhebung d. d. Verf.). Siehe auch Schreiben W. W. Rostow an P. C. Kindleberger v. 10. 6. 1946, NA, RG 59, State Department Decimal Files 740.00119 Control (Germany), Box 3735, für den folgenden interessanten Privatbericht über einen Besuch in Berlin: „Die Franzosen haben – oder richtiger Frankreich hat – bei den Amerikanern in Berlin einen außerordentlich schlechten Ruf. Sie haben das Gefühl, die amerikanische Regierung habe ihnen den Auftrag gegeben, mit den Sowjets [ein Übereinkommen] auszuhandeln, und ihnen dann die Hände gebunden, indem sie die Bedingungen des Übereinkommens den Franzosen gegenüber offenließ. Galbraith und ich haben eines Abends beim Dinner ungefähr eine Stunde lang den advocatus diaboli für die Franzosen gespielt. Aber wir haben schließlich gefunden, was man hätte voraussehen können, nämlich daß man zugeben muß, daß das Ministerium sie insoferne im Stich gelassen hat, als wir versäumt haben, eine rechtzeitige und endgültige Lösung der Rhein-Ruhr-Frage zu erzwingen." – Clay hatte offenbar einem Journalisten einmal gesagt, er „könnte an jedem beliebigen Tag auf den Titelseiten der amerikanischen Presse mit Lob überschüttet werden. Alles, was ich tun müßte, wäre, gegen die Russen Sturm zu laufen"; zit. von Edd Johnson, Cold War: The ‚German Problem' Is Easy, in: The New Republic, v. 117, (15. 9. 1947), S. 17.– Eine Erörterung der Versuche des State Department, den von Clay verfügten Demontagestop als antirussische Maßnahme zu interpretieren, obwohl Clay und Murphy in wiederholten Stellungnahmen und Erklärungen das Gegenteil versicherten, enthält Gimbel, The American Reparations Stop . . .

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

MARTIN BROSZAT

ZEITGESCHICHTE IN JAPAN

Durch eine Reihe ausgezeichneter, vor allem englischsprachiger Darstellungen kann sich auch der der japanischen Sprache Unkundige über die jüngste Geschichte Japans zwischen den beiden Weltkriegen sehr gut informieren[1]. Unter der in englischer, französischer oder deutscher Sprache zugänglichen Literatur zur japanischen Zeitgeschichte – die deutsche Japanologie fällt dabei mit eigenen Beiträgen fast ganz aus[2] – befinden sich jedoch – wenn man von einzelnen Memoiren, wie denen des japanischen Kriegs-Außenministers Shigemitsu oder des Nachkriegs-Premiers Yoshida absieht[3] – nur relativ wenige Übersetzungen japanischer Arbeiten. Zu ihnen gehört z. B. die 1963 von der Oxford University-Press herausgebrachte Essay-Sammlung über die ideologischen und sozialen Grundlagen der japanischen Politik der Vorkriegszeit von Masao Maruyama[4], des von der deutschen Philosophie und Soziologie (Hegel, Max Weber, Karl Mannheim) stark beeinflußten großen alten Mannes der japanischen Soziologie und Politikwissenschaft in Tokio. Sie sind schon im ersten Jahrzehnt nach 1945 entstanden, haben aber als Maßstab der japanischen kritischen Reflexion über die eigene Vergangenheit bis heute hervorragende Bedeutung behalten[5]. Von größeren japanischen Untersuchungen zur

[1] Erwähnt seien hier nur folgende zusammenfassende Darstellungen: W. G. Beasley, The modern History of Japan, London 1963; Richard Storry, A History of modern Japan (Penguin), letzte veränderte Ausgabe 1972 (dt. Ausgabe: München 1962); Edwin O. Reischauer, Japan, The story of a Nation, Vermont u. Tokio 1970; Hugh Borton, Japan's modern century, From Perry to 1970, N. Y. 1970. In diesen Gesamtdarstellungen zahlreiche Hinweise auf die in den letzten 20 Jahren, vor allem in den USA, entstandene reichhaltige Spezialliteratur zur politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Japans seit der mit der Meiji-Restauration (1868) beginnenden modernen Geschichte Japans.

[2] Eine der ganz wenigen Ausnahmen bildet die kürzlich erschienene, auf gründlicher Kenntnis der japanischen Sprache und Auswertung der japanischen Quellen und Informationen beruhende Studie von Karl F. Zahl (z. Z. Legationsrat an der deutschen Botschaft in Tokio), Die politische Elite Japans nach dem 2. Weltkrieg (1945–1965), Wiesbaden 1973. Aufgrund ihrer zahlreichen Hinweise über die Kontinuität der japanischen politischen Elite vor und nach 1945 ist sie auch ein gewichtiger Beitrag zur japanischen Zwischenkriegszeit.

[3] Mamoru Shigemitsu, Die Schicksalsjahre Japans, Vom ersten bis zum Ende des zweiten Weltkrieges 1920–1945, Denkwürdigkeiten des letzten japanischen Außenministers im 2. Weltkrieg, Frankfurt 1959 (die deutsche Übersetzung folgte – bezeichnenderweise – nicht dem 1952 veröffentlichten japanischen Original, sondern der 1958 in London erschienenen englischen Ausgabe "Japan and her Destiny"); Shigeru Yoshida, Japan im Wiederaufstieg, Die Yoshida-Memoiren, Düsseldorf 1963.

[4] Masao Maruyama, Thought and Behaviour in Japanese Politics, London 1963. Die japanische Erstauflage des Werkes (Gendai Seijo no Shisō to Kōdō) erschien 1956 in Tokio. Zur Faschismusthese Maruyamas vgl. auch die Kritik bei Hugh Seton-Watson, Fascism Right and Left, in: Journal of Contemporary History I (1966), S. 195.

[5] Das gilt insbesondere von dem in der Sammlung (S. 25–83) enthaltenen Beitrag "The Ideology and Dynamics of Japanese Fascism", der die Zusammenfassung der wichtigsten

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Außenpolitik Japans in den entscheidenden eineinhalb Jahrzehnten vor 1945 liegen in englischer Sprache die Darstellungen von Akira Iriye vor; unter den wenigen übersetzten japanischen Quellenpublikationen zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges ist besonders wichtig die von Nobutake Ike besorgte Teilübertragung der Aufzeichnungen des ehemaligen Generalstabschefs Sugiyama (1940–1944) über die sog. Verbindungskonferenzen, das damalige höchste kaiserliche Entscheidungsgremium, aus dem Jahre 1941[6].

Abgesehen von solchen einzelnen hervorragenden Beispielen gibt die für den Nicht-Japanologen sprachlich zugängliche Literatur nur wenige, sehr unzulängliche Einblicke in die japanische wissenschaftliche Behandlung der eigenen Zeitgeschichte vor 1945.

Englisch-sprachige Bibliographien über japanische wissenschaftliche Studien, wie sie, z. T. mit Inhalts-Annotationen, seit einigen Jahren von der *Japanischen Gesellschaft für Kultur* und der *Japanischen Gesellschaft für Politische Wissenschaften* herausgegeben werden[7], vermögen nur einen allgemeinen Titel-Überblick zu verschaffen. Und einzelne Zeitschriften, die durch Auswahl und Übersetzung bedeutende Aufsätze japanischer Gelehrter im Ausland bekannt zu machen suchen, wie das seit 1963 in Tokio herausgegebene *Journal of Social and Political Ideas in Japan*, die Zeitschrift *Japan Quarterly* oder die von der Sophia Universität in Tokio seit 1945 veröffentlichten *Monumenta Nipponica* und andere Hilfsmittel[8] zeigen zwar den hohen Stand der aktualitätsbezogenen japanischen politischen Wissenschaft, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, berühren aber nur am Rande die japanische Zeitgeschichte vor 1945.

Ausgehend von der weitgehend konstitutiven Bedeutung, die die kritische Untersuchung und Dokumentation der nationalsozialistischen Zeit nach 1945 für die

Elemente einer 1947 von Maruyama an der Tokio Staats-Universität gehaltenen Vorlesung über das gleiche Thema darstellt.

[6] Akira Iriye, After Imperialism, The Search for a New Order in the Far East, Cambridge/Mass. 1965; derselbe, Across the Pacific: An Inner-History of America-East Asian Relations, N. Y. 1967. – Nobutake Ike, Japan's Decision for war, Records of the 1941 Policy Conferences. Stanford 1967. Die vollständige Veröffentlichung des sog. Sugiyama Memo aus den Jahren 1940–1944 liegt in 2 Bänden nur in japanischer Sprache vor. Zur Genesis und Bewertung der Quelle siehe Masaki Miyake, Die Achse Berlin–Rom im Spiegel der japanischen Quellen, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Bd. 21 (1968), Wien 1969, insbesondere S. 409–413.

[7] Für den Bereich der japanischen Zeitgeschichte besonders wichtig der von der Japanischen Gesellschaft für Kultur (Kokusai Bunka Shinkokai – K. B. S.) im Rahmen der Serie K. B. S.-Bibliography of Standard Reference Books for Japanese Studies 1970 herausgegebene Band IX – A (Politics), die angekündigten Bände "History and Biography" waren mir bisher nicht zugänglich. Auch in der von der Japanischen Gesellschaft für Politische Wissenschaften (Nihon Seiji Gakkai) seit 1965 jährlich herausgegebenen Bibliographie "Publications on Political Science in Japan" sind zahlreiche zeitgeschichtliche japanische Studien und Dokumentationen verzeichnet.

[8] Darunter auch der in Tokio seit 1962 herausgegebene deutschsprachige japanische Zeitschriftenspiegel Kagami sowie die bedeutenden amerikanischen Spezialzeitschriften Contemporary Japan, Pacific Affairs, Journal of Asian Studies, Far Eastern Quarterly.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wissenschaftliche Zeitgeschichte in der Bundesrepublik gehabt hat, liegt dem deutschen Zeitgeschichtler die Frage besonders nahe, wie es in Japan mit der historischen Bestandsaufnahme jener Zeit steht, in der das Inselreich, beginnend mit der Unterwerfung der Mandschurei (1931), durch seine kriegerische und aggressive Politik nach außen und die Beseitigung demokratischer Liberalität im Innern einer ähnlichen Politik nationalistischer Verirrungen gefolgt war wie Deutschland in den Jahren 1933–1945. So klar schon die vorgenannten Informationsmittel die pauschale Behauptung widerlegen, die japanische Geschichtswissenschaft vernachlässige gänzlich das Studium der eigenen jüngsten Vergangenheit[9], so schwierig, ja unmöglich bleibt es für den der japanischen Sprache nicht mächtigen deutschen Historiker, ein sicheres und differenziertes Urteil über diesen Bereich der japanischen zeitgeschichtlichen Bestandsaufnahme zu gewinnen. Die Sprachbarriere macht trotz der genannten Hilfsmittel die japanische Auseinandersetzung mit der eigenen Vorkriegs- und Kriegsgeschichte zu einer den Historikern anderer Länder weitgehend verborgenen japanischen Binnen-Diskussion und -Publizistik. Nur dieser Umstand vermag es zu begründen und zu rechtfertigen, wenn im Folgenden der methodisch sehr anfechtbare Versuch gemacht wird, fragmentarische Eindrücke und Informationen über die Zeitgeschichte in Japan wiederzugeben, die während eines fünfwöchigen Aufenthaltes vor allem in Tokio, Kyoto, Osaka und Hiroshima im April/Mai dieses Jahres anläßlich einer Serie von zeitgeschichtlichen Vortragsveranstaltungen und Expertenseminaren in Gesprächen mit japanischen Kollegen verschiedener Universitäten und anderen gut informierten Gewährsleuten sowie aufgrund sonstiger Informationsquellen gewonnen wurden.

Die rege Beteiligung von jeweils rund 20 japanischen Professoren und Dozenten an einer Folge von Sitzungen über Spezialprobleme der politischen und gesellschaftlichen Verfassung Deutschlands zwischen 1870 und 1945, die sowohl in Tokio wie in Kyoto/Osaka an den dortigen Goethe-Instituten stattfanden, gab nicht nur Gelegenheit, den hohen Stand und Spezialisierungsgrad der japanischen Geschichtswissenschaft im Hinblick auf die deutsche neueste Geschichte kennenzulernen und zu bewundern. Sie gab auch die Möglichkeit, diesen Fundus zu nutzen und die aus dem Studium der deutschen politischen und sozialen Verfassung vor 1945 zu gewinnenden Perspektiven in Beziehung zu setzen zu Problemen der gleichzeitigen japanischen Entwicklung. So wenig intensiv solche Ansätze vergleichender deutscher und japanischer Zeitgeschichtsbetrachtung vorangetrieben werden konnten, sie zeigten ihre Ergiebigkeit, z. B. beim Thema deutscher und japanischer Faschis-

[9] Vgl. Eberhard Jäckel, Beobachtungen zur japanischen Zeitgeschichtsforschung, in GWU 18. Jg. (1967) insbes. S. 552. – Allein schon die in der K. B. S.-Bibliography (vgl. Anm. 7), Bd. IX – A aufgeführten zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur japanischen Zwischenkriegszeit, z. B. zur Geschichte der japanischen Parteien und Gewerkschaften, zur Analyse der politischen Ideengeschichte und des politischen Systems des japanischen Kaiserreiches vor 1945, vereinzelt auch, neben den zahlreichen kriegs- und diplomatiegeschichtlichen Dokumentationen, zur japanischen Besatzung und wirtschaftlichen Ausbeutung der eroberten Länder Ostasiens während des Pazifischen Krieges, machen eine Korrektur der zu voreiligen Behauptung Jäckels notwendig.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus, gerade auch dort, wo sich hinter dem Oberflächen-Schein der Ähnlichkeit und der Bündnis-Partnerschaft des Dreimächtepakts von 1940 ganz andere soziokulturelle und verfassungsmäßige Strukturen enthüllten. Dabei stellten sich auch die durch die andersartige Vergangenheit bedingten Unterschiede der Voraussetzungen zeitgeschichtlicher Selbstreflexion vielfach heraus.

Zu ihnen gehört nicht zuletzt die unterschiedliche Quellenlage. Die exzeptionell günstige Situation, die in der Bundesrepublik schon seit den 50er Jahren für die Erforschung der Weimarer und nationalsozialistischen Zeit dadurch gegeben ist, daß die Masse des erhalten gebliebenen und aus alliierter Beschlagnahme zurückgekommenen amtlichen Quellenmaterials der wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung steht – ein Umstand, der erheblich mit dazu beigetragen hat, die Erforschung der deutschen Zeitgeschichte auch für japanische Historiker attraktiv zu machen –, ist in dieser Form für die Erforschung der japanischen Kriegs- und Vorkriegsgeschichte nicht gegeben. Nicht nur, daß wichtige Aktenkomplexe, z. B. aus der Provenienz des japanischen Auswärtigen Amtes für die 30er und frühen 40er Jahre, vor Ankunft der amerikanischen Besatzungstruppen vernichtet wurden. Auch die anschließende amerikanische Beschlagnahme, Sammlung, Sichtung und Zusammenstellung von amtlichem Beweismaterial für den Tokioer Fernost-Prozeß gegen die japanischen Hauptkriegsverbrecher ist weit weniger systematisch geschehen als im Zusammenhang der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse in Deutschland. Als Ergebnis des Fernost-Prozesses wurden nicht, wie aufgrund des Nürnberger Prozesses, umfangreiche vollständige Reihen der Verhandlungsprotokolle und Anklage-Dokumente, sondern lediglich sehr begrenzte Teilveröffentlichungen des State Department herausgegeben[10]. Vollständige Protokolle der Verhandlungen und der in den Prozeß eingeführten Dokumente liegen nur hektographiert oder in Mikrofilm in wenigen Bibliotheken in den USA und Japan[11]. Auch wurden die von den Amerikanern beschlagnahmten umfangreichen japanischen Aktenbestände anders als die beschlagnahmten deutschen Akten nur in begrenztem Maße verfilmt und systematisch verzeichnet[12]. Dies ist um so schwerwiegender, als in Japan bis vor

---

[10] Trials of Japanese War Criminals, Washington 1946, und: International Military Tribunal for the Far East, Washington 1947. Vgl. dazu vor allem Solis Horwitz, The Tokyo Trial, International Concilation, 1950 und Richard H. Minear, Victor's Justice, The Tokyo War Crimes Trial, Princetown University Press 1971 und (Taschenbuchausgabe) Tokio 1972.

[11] So in der Library of Congress und den National Archives in Washington sowie dem Hoover Institute in Stanford. In Japan besitzt, laut mündlicher Auskunft von Dr. Jun Tsunoda (Abteilungsleiter der Reichstagsbibliothek in Tokio), die Bibliothek des japanischen Justizministeriums und die Bibliothek des japanischen Obersten Gerichtshofes einen vollständigen Satz.

[12] Eine Entsprechung zu den von den National Archives (Washington) herausgegebenen zahlreichen hektographierten Guides to Captured German Documents existiert für die beschlagnahmten japanischen Akten nicht. Nur die in die Auswahlverfilmung einbezogenen Dokumente wurden grob erfaßt in der von John Young zusammengestellten Checklist of Microfilm Reproduction of Selected Archives of the Japanese Army, Navy and other Government Agencies (Georgetown University Press 1959). Daneben existierte für 2.116 Film-

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenigen Jahren kein Nationalarchiv bestand und die seit Ende der 50er Jahre aus den USA zurückkommenden Akten in die Registraturen der staatlichen Ressorts gingen, ohne daß bis heute für die Forschung ein systematischer Überblick möglich wurde, um welche Aktenkomplexe es sich dabei gehandelt hat.

Erst aufgrund von drängenden Empfehlungen des japanischen Wissenschafts-Rates (Nihon Gakujutsu Kaigi) im Jahre 1959 und einer japanischen UNESCO-Kommission im Jahre 1960 entstanden Pläne zur Errichtung eines Nationalarchivs, die schließlich 1971 verwirklicht wurden[13]. Das dem japanischen Innenministerium unterstellte, in einem zweckmäßigen modernen Gebäude im Zentrum Tokios in der Nähe des Regierungsviertels errichtete Nationalarchiv, das jetzt auch die berühmte alte Kabinettsbibliothek (Naikaku Bunko) beherbergt[14], ist das bisher einzige öffentliche Staatsarchiv in Japan. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf alle zentralen Regierungsakten seit Beginn der Meiji-Zeit (1868), mit Ausnahme der Akten des japanischen Auswärtigen Amtes, die in der Archivabteilung des Amtes verwaltet werden, und der Akten des früheren Kriegsministeriums, der Armee und Marine, die sich in der kriegsgeschichtlichen Abteilung der japanischen Verteidigungsbehörde (BOEICHO) befinden (Leiter: Oberst a. D. Takenaru Shimanuki). Es hat keine nachgeordneten Archive – bei den regionalen Präfekturen bestehen nach wie vor nur Behördenarchivabteilungen –, und es gibt bisher auch keine staatliche Archivausbildung. Die leitenden Beamten rekrutieren sich aus den Ressorts des Ministerpräsidenten (so der Direktor des Nationalarchivs) und der Ministerien, aus denen die Akten stammen. Insofern scheint personell noch immer die Struktur eines Behördenarchivs und wohl auch eine entsprechend starke amtliche Abhängigkeit oder Rücksichtnahme bei der Freigabe von Akten für die Forschung wirksam zu sein.

Von den inzwischen übernommenen Akten aus der Zeit von 1868–1945, insges. rd. 230000 Aktenbände, darunter auch die Mehrzahl der von den USA rückerstatteten Bestände[15], sind bisher erst 5 Prozent repertorisiert[16]. Die Verbindung solcher technischen Gründe mit amtlichen Bedenken wird noch lange verhindern, daß

---

rollen (ca. 2 Millionen Dokumente) von Akten des japanischen Auswärtigen Amtes aus der Zeit von 1868—1945, die sich bei der Library of Congress befinden, eine dort 1949–1951 vervielfältigte "Checklist of Archives of the Japanese Ministry of Foreign Affairs 1868–1945".

[13] Vgl. hierzu den Artikel "The National Archives of Japan" in: National Diet Library Newsletter (Tokio), Nr. 33 (Dez. 1971), S. 4–7.

[14] Für die Möglichkeit der eingehenden Besichtigung am 18. 4. 74 und die bereitwillige und geduldige Beantwortung meiner Fragen schulde ich dem Direktor des japanischen Nationalarchivs, Herrn Norio Iwakura, besonderen Dank. Die Adresse des japanischen Nationalarchivs: 3–2, Kitanomaru Park, Chiyoda-ku, Tokio.

[15] Die Rückgabe ist noch immer nicht ganz abgeschlossen. Bei meinem Besuch wurde mir ein Bestand von rd. 1000 Aktenkonvoluten verschiedener Provenienz gezeigt, die erst einige Wochen zuvor von der Library of Congress übersandt worden waren.

[16] Die Repertorisierung besteht im wesentlichen darin, daß die z. T. schon in den Behördenregistraturen angelegten Inhaltsverzeichnisse der einzelnen Aktenbestände nach sachlicher und chronologischer Ordnung zusammengefaßt werden.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wichtige Bestände aus der Zeit vor 1945, z. B. die ziemlich vollständig erhalten gebliebenen Kabinettsmaterialien oder der ca. 70 laufende Meter umfassende Bestand des Geheimen Staatsrates, für die japanischen Zeitgeschichtler zugänglich werden. Auch die Gespräche mit verschiedenen japanischen Kollegen bestätigen, daß die im Nationalarchiv liegenden Akten aus der Taisho- und Showa-Zeit, d. h. ab 1912, noch keineswegs generell von den japanischen Historikern benutzt werden können. Ausnahmeregelungen für personae gratae und die daraus entstehende Praxis eines Benutzungsmonopols für einzelne bevorzugte Forscher, wie sie offenbar auch in der kriegsgeschichtlichen Abteilung der Verteidigungsbehörde wie in der Archiv- und Forschungsabteilung des japanischen Außenministeriums bestehen, sind Anzeichen mangelnder Freizügigkeit und Chancengleichheit der zeitgeschichtlichen Forschung[17]. Erst für die Quellen der Meiji-Zeit (1868–1912) scheint diese Freizügigkeit zu bestehen. Es nimmt deshalb nicht wunder, wenn man auch aus den annotierten Bibliographien über japanische historische Studien auf dem Gebiet der neuesten Geschichte den Eindruck gewinnt, daß diese Phase, die der bismarckisch-wilhelminischen Zeit in Deutschland entspricht, noch immer das primäre Forschungsfeld der neuzeitlichen japanischen Historie ausmacht und hier ihre eigentlichen, großen Ergebnisse liegen. Dem entspricht z. B. auch die Tatsache, daß in Japan nach 1945 nicht der Versuch gemacht wurde, eine der Vorgeschichte des Pazifischen Krieges gewidmete große Edition der Akten des Auswärtigen Amtes, wie sie für die deutsche, amerikanische, britische und italienische Außenpolitik der 30er Jahre vorliegt, zu veranstalten. Die von der Forschungsabteilung des japanischen Außenministeriums schon in den 30er Jahren begonnene chronologische Edition der „Diplomatischen Dokumente Japans" (Nihon Gaiko Bunsho), die mit dem Jahre 1867 einsetzte und bis zum Jahre 1876 gedieh, wurde in den 50er Jahren wieder aufgenommen. Bisher liegen über 60 Bände vor, die die Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges umfassen.

Um so mehr Bedeutung haben zwei großangelegte Darstellungs- bzw. Dokumentationsserien zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges, die unter Leitung von Jun Tsunoda in den 60er Jahren von einem japanischen Forscher-Team aus den Akten des japanischen Auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, der Armee und Marine sowie zahlreichen privaten Nachlässen oder Aufzeichnungen erarbeitet worden sind. Die erste Serie, unter dem Titel „Gendaishi Shiro" („Dokumente zur Zeitgeschichte") seit 1961 im Verlag Misuzu-Shobo in Tokio in laufender Folge heraus-

[17] Zu den besonders begünstigten Wissenschaftlern gehört zweifellos Dr. Jun Tsunoda, der schon vor 1945 mit Studien zur internationalen Politik hervorgetreten war und als leitender staatlicher Bibliotheksbeamter (in der Reichstagsbibliothek) sowie in seiner Eigenschaft als wissenschaftlicher Berater der kriegsgeschichtlichen Abteilung der Verteidigungsbehörde und maßgebliches Mitglied der japanischen Gesellschaft für Auswärtige Beziehungen, die ihrerseits mit der Forschungs- und Archivabteilung des Außenministeriums kooperiert, für die großen zeitgeschichtlichen Dokumentationen zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges wegen seines sozusagen uneinholbaren Vorsprunges der Aktenkenntnis und des Aktenzuganges unentbehrlich gewesen ist. Unter seiner Herausgeber-Leitung entstanden die im Folgenden genannten Serien: „Dokumente zur Zeitgeschichte" und „Der Weg in den Pazifischen Krieg".

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegeben, präsentiert unter jeweils systematischen Gesichtspunkten eine außerordentlich dichte Auswahl meist amtlichen Quellenmaterials, vor allem zur japanischen Außen- und Kriegspolitik zwischen den beiden Weltkriegen[17a]. Die zweite Reihe, von einer Forschungskommission im Rahmen der japanischen Gesellschaft für Internationale Beziehungen 1962/63 im Zeitungs-Verlag Asahi-Shimbun in sieben Bänden herausgegeben, behandelt unter dem Titel „Taiheiyō sensō e no michi" („Der Weg in den Pazifischen Krieg") schwerpunktmäßig ebenfalls den Zeitraum von 1931–1941. Obwohl es sich bei der letztgenannten Serie um Darstellungen verschiedener Autoren handelt, ist auch hier die Anlehnung an die Dokumente sehr eng, und das Prinzip des Aktenreferats überwiegt. Die Folge ist, daß die Perspektive und das Bewußtsein der japanischen Verantwortlichen, vor allem der Militärs, weitgehend auch die Grundlage der Darstellung bilden und bezeichnende Fehleinschätzungen, die ihre Entschlüsse leiteten, nicht kritisch genug erfaßt werden. Die vielfach minutiös rekonstruierte Genesis einzelner Entscheidungen, so wertvoll sie für die Erkenntnis der Struktur des Entscheidungsprozesses, z. B. des Einflusses der Stabsoffiziere auf die Außenpolitik, ist, bleibt zu stark dem inside-Aspekt entweder des japanischen Auswärtigen Amtes, der Armee oder Marine verhaftet und wird nicht genügend vom Gesamtgefüge sowohl der internationalen Beziehungen wie des internen Herrschaftssystems her in Frage gestellt.

Das gilt gewiß in noch höherem Maße von einer weiteren großangelegten zeitgeschichtlichen Reihe: der von der kriegsgeschichtlichen Abteilung der japanischen Verteidigungsbehörde seit längerem herausgegebenen Darstellung des militärischen Verlaufs des Pazifischen Krieges, von der bisher 68 Bände (!) fertiggestellt wurden. So wenig es infolge der Sprachbarriere möglich ist, ein Urteil über diese Art amtlicher japanischer Kriegsgeschichtsschreibung zu fällen, so spricht doch vieles dafür, daß sie schon wegen der weitgehenden Beschränkung auf die militärtechnische Seite des Krieges kein ausreichender Beitrag zur kritischen Rechenschaftslegung sein kann.

Nimmt man zu den vorgenannten, von amtlichen Stellen mehr oder weniger geförderten umfassenden Dokumentationen die große Zahl von Memoiren und Biographien hinzu, die von ehemaligen führenden japanischen Militärs und Diplomaten oder ihnen nahestehenden Personen verfaßt wurden[18], während es gedruckte Erinnerungen liberaler oder sozialistischer Politiker aus den 30er und 40er Jahren kaum zu geben scheint, so drängt sich der Eindruck auf, daß zumindest rein quantitativ innerhalb der in Japan erschienenen zeitgeschichtlichen Darstellungen zur Periode des japanischen „Militär-Faschismus" die Militär- und Diplomatiegeschichte

[17a] Vgl. – auch zu den folgenden Bemerkungen – die Besprechung beider Serien durch Akira Iriye in: The Journal of Asian Studies 23 (1963/64) und 26 (1966/67); auch wiedergegeben in E. M. Robertson (Hg.), The Origins of the Second World War, Historical Interpretations, London 1971, S. 242–271.

[18] Vgl. die schon nach dem damaligen Stande von dem Tokioer Historiker Kentarō Hayashi in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 201–207 aufgeführten Werke. Im Hinblick auf neuere Quellen dieses Typs vgl. Masaki Miyake, a. a. O. (siehe oben, Anm. 6).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in starkem Maße überwiegt und dabei die Perspektive der ehemals Verantwortlichen eine weit überproportionale Rolle spielt.

Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn man die populäre Literatur zur Zeitgeschichte berücksichtigt, wie sie in den Regalen von MARUZEN, des führenden Buch-Kommissärs in Tokio, ausliegt. Auch hier überwiegen kleine und große Kriegsgeschichten, daneben vor allem Darstellungen jener Vorkommnisse aus den 30er Jahren, die anscheinend das Erinnerungs- oder Sensationsverlangen heutiger japanischer Durchschnitts-Leser besonders zu fesseln vermögen, z. B. des blutigen nationalistischen Offiziersputsches vom Februar 1936[19].

Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch die zeitgeschichtliche Artikel-Serie über die Geschichte der Tenno-Zeit vom Mandschurei-Krieg (1931) bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, die unter dem Titel Showa-shi no Tennō (Tenno in der Showa-Zeit) seit 1967 täglich in YOMIURI SHIMBUN, einem der drei großen 6-Millionen-Blätter Tokios, erscheint[20].

Die Serie kann als eines der Anzeichen jener zeitgeschichtlichen Nostalgie-Phase gewertet werden, die in Japan seit den späten 60er Jahren in Gang gekommen ist und in mancher Hinsicht der Hitler-Welle in Deutschland zu entsprechen scheint. Zustandegekommen auf Empfehlung des Vizepräsidenten des YOMIURI-Verlages[21], der wie die anderen großen Presse-Verlage Tokios bei der Herausgabe zeitgeschichtlicher Memoiren z. T. schon aufgrund von persönlichen Beziehungen zur alten politischen Elite Japans eine bedeutende Rolle gespielt hat, basiert die Serie auf Interviews der Redakteure mit bisher rd. 10000 Personen, vor allem ehemaligen Offizieren, Beamten, Diplomaten, deren Aussagen zu bestimmten Zeitereignissen sämtlich auf Tonband aufgenommen und in den Artikeln inhaltlich (nicht wörtlich) und meist ohne Kommentar wiedergegeben werden[22]. Der bewundernswerte technische und redaktionelle Aufwand dieses enormen oral-history-Projekts, für das die Redakteure mit dem Kikuchi-Preis der japanischen Presse ausgezeichnet wur-

[19] Über diese Affäre konnte ich bei meinem Besuch bei MARUZEN (16. 4. 74) mit Hilfe einer japanischen Dolmetscherin vier populäre Neuerscheinungen ausfindig machen: ein seit 1972 bereits in 9 Auflagen im Taiheh Verlag (Tokio) erschienenes Buch von Yoshiro Shoji, eine 1974 in 2. Aufl. erschienene Schrift des Journalisten Masayasu Hosaka mit ausführlichen Biographien der Attentäter (Soshisha-Verlag, Tokio); eine Darstellung von Noriyaki Ashizawa (Hara-Shoho-Verlag, 1974) und schließlich eine von dem auch als Verfasser von Kriminalromanen bekannten Seicho Matsumoto in 7 Bänden ausgebreitete Erzählung der Februar-Ereignisse von 1936 (8. Aufl. Tokio 1973).

[20] Nach der Veröffentlichung in der Zeitung werden die Artikel in Buchbänden zusammengefaßt. Der YOMIURI-Verlag hat bis zum Frühjahr 1974 22 Buchbände der Serie mit je 20000 Exemplaren Erstauflage zu dem billigen Preis von 800 Yen (= unter 8 DM) pro Band herausgebracht.

[21] Das Folgende aufgrund von Informationen, die ich bei einem ausführlichen Interview mit den Mitgliedern des für die Artikelserie verantwortlichen Redaktionsteams am 19. 4. 1974 im YOMIURI-Verlag Tokio erhielt. Für Vermittlungs- und Dolmetscherdienste hierbei habe ich Herrn Prof. Masaki Miyake besonders zu danken.

[22] Die Tonbänder befinden sich im Archiv der Redaktion und sollen später der historischen Forschung zugänglich gemacht werden.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, kontrastiert dabei mit einem fast gänzlichen Mangel quellenkritischer Methoden und Vorüberlegungen. Eine Überprüfung der veröffentlichten Selbstzeugnisse durch schriftliche Quellen findet nicht statt, und die Gegenseitigkeitskritik kontroverser Aussagen bedeutet wenig angesichts der Tatsache, daß von vornherein nur die ehemals Führenden, Befehlenden und Verantwortlichen zu Wort kommen, nicht dagegen die, die zu dulden und zu gehorchen hatten oder verfolgt wurden. So wenig es dem Redaktionsteam an dem aufrichtigen Willen fehlt, einen gewichtigen Beitrag zur Objektivierung der japanischen Vorkriegs- und Kriegsgeschichte und damit zur Korrektur der japanischen vaterländischen Presse-Berichterstattung der Kriegszeit zu leisten, so sehr ist es an die von der Verlagsleitung vorgegebene Marschroute und an die zwangsläufig überwiegend apologetische oder verharmlosende Tendenz seiner Interview-Partner gebunden. Daraus folgt auch, daß in dieser von der Perspektive der japanischen Akteure bestimmten Zeitgeschichtsdokumentation die systematische Darlegung des geschehenen Unrechts, der moralischen und materiellen Schäden, die im militärischen, zivilen und wirtschaftlichen Bereich im Inland und in den Okkupationsgebieten verursacht wurden, eher diskret behandelt werden. Umfassende Darstellungen der japanischen Kriegs- und Vorkriegsgeschichte unter diesem Aspekt, unter dem Gesichtspunkt der irregeleiteten, mißbrauchten anonymen Masse des eigenen Volkes oder der ausgebeuteten, diskriminierten oder verfolgten politischen Gegner und unterworfenen fremdnationalen Opfer, stehen bisher, soweit ich sehe, in Japan noch aus.

In der Serie des YOMIURI-Verlages wie in vergleichbaren von privater[23] oder amtlicher Seite geförderten umfangreichen Dokumentationen zur Kriegs- und Diplomatie-Geschichte herrscht die auf die japanischen Akteure bezogene positivistische Fakten-Historie vor. Die Diskussion und Interpretation verengt sich dabei vielfach auf die vorsichtige Erörterung des Anteils an Schuld, Verantwortung und Einfluß, der diesem oder jenem General oder Minister, der Armee, der Marine oder dem Außenministerium bei einzelnen Entscheidungen, z. B. beim Beitritt Japans zum Dreimächtepakt, zuzuschreiben ist, ohne daß die Struktur und Verlagerung der Machtverhältnisse und Entscheidungsprozesse, der Zusammenhang zwischen der inneren (politischen, sozialen und ideologischen) Verfassung des Landes und seiner Politik nach außen selbst in vollem Maße in die Betrachtung einbezogen wird. Ganz allgemein wird man sagen können, daß die Untersuchung des politischen und sozialen Systems des japanischen Kaiserreiches in den für seine imperialistische Politik entscheidenden 15 Jahren vor 1945 hinter der Beschreibung der Außen- und Kriegspolitik stark zurücksteht. Eine große zusammenfassende Darstellung der inneren Geschichte Japans in dieser Zeit aus der Feder japanischer Historiker liegt, soweit mir bekannt, noch nicht vor. Dabei fehlt es weder bei der japanischen Geistes-

[23] Private Unternehmer, große Verlage u. a. Privatinitiativen spielen in Japan bei der Herausgabe zeitgeschichtlicher Dokumentationen und der Errichtung von Editions- und Forschungskommissionen offenbar eine ebenso große wie undurchsichtige Rolle. Großzügiges Mäzenatentum scheint sich dabei oft mit persönlicher Interessiertheit und unvermeidlichem Dilettantismus zu verbinden.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschichte noch bei der Politikwissenschaft oder Soziologie[24] an fruchtbaren Beiträgen und Fragestellungen. Solche Beiträge sind aber, wie mir scheint, in Japan noch weniger als in der Bundesrepublik in die Zeitgeschichtsschreibung integriert, sondern stehen der reflexionsarmen breitwandigen Ereignishistorie meist beziehungslos gegenüber. Da sie außerdem, ebenso wie diejenigen der kritischen intellektuellen Linken innerhalb der Geschichtswissenschaft[25], kaum über den akademischen Bereich hinauswirken, vermögen sie zum allgemeinen zeitgeschichtlichen Bewußtsein der japanischen Gegenwartsgesellschaft nicht übermäßig viel beizutragen.

Mir scheint, daß die vorgenannten Desiderata nicht zufälliger Natur sind, sondern eng zusammenhängen mit der auch im politischen Bereich im Vergleich zu Deutschland spürbar geringeren Distanzierung von der Politik und Gesellschaft der Zeit vor 1945. Die Periode des autoritären Militarismus und Nationalismus unter der Oberhoheit des Tenno hat in Japan weit weniger als die Erfahrung des Nationalsozialismus in Deutschland eine Revolutionierung des Geschichtsbewußtseins bewirkt. Dem entspricht es auch, daß in Japan nach 1945 von Regierungsseite, Parteien und Gewerkschaften keine ähnlichen Anstrengungen unternommen wurden, um die kritische zeitgeschichtliche Rechenschaftslegung bewußt als Mittel der politischen Erziehung, des notwendigen Umdenkens zu nutzen, und daß auch im Schulunterricht nur eine zaghafte Revision der alten Geschichtsbilder einsetzte[26].

Der qualitative Unterschied des Regimes und der Politik vor 1945, auf die sich Zeitgeschichte in Japan und in der Bundesrepublik jeweils beziehen, kann dabei gerade auch von deutscher Seite nicht übersehen werden.

Das Verhältnis zur Kriegs- und Vorkriegszeit in Japan ist – so erklärte mir ein japanischer Gesprächspartner selbst – in mancher Hinsicht vergleichbar mit der Art, wie die Deutschen auf den verlorenen Ersten Weltkrieg reagierten. Tatsächlich lassen sich die wechselnden autoritären Regime der Konoye, Matsuoka und

---

[24] Ich verweise hier nur auf die auch unter zeitgeschichtlicher Perspektive außerordentlich wertvolle und anregende Darstellung der Soziologin Chie Nakane, The Japanese Society, London 1973.

[25] Die Historiker Japans sind verbandsmäßig gespalten. Der konservativen mitgliederstärkeren Historischen Gesellschaft Japans steht die linksgerichtete japanische Gesellschaft der Historischen Wissenschaft mit ca. 2000 Mitgliedern gegenüber.

[26] Im Rahmen der traditionellen nationalen Moralerziehung, die seit dem kaiserlichen Erziehungs-Reskript von 1890 eine zentrale Stellung in der japanischen Schulerziehung einnahm und erst 1945 auf Veranlassung der amerikanischen Besatzungsmacht abgeschafft wurde, spielte im Zusammenhang mit der Tenno-Mythologie auch der nationale Geschichtsunterricht eine wichtige Rolle. Die vom japanischen Unterrichtsministerium und den Schulbehörden ausgeübte Überwachung und Zensur der Geschichtsbücher ist auch heute noch Gegenstand verschiedener Auseinandersetzungen, so z. B. eines gegenwärtig in der 2. Instanz laufenden Prozesses zwischen einem Tokioer Geschichtsbuchautor und der Schulbehörde, der auf Klage des Autors dadurch zustande kam, daß die Schulbehörde die in dem Schulbuch enthaltene Klassifizierung der japanischen Politik im Japanisch-Russischen Krieg von 1904 als „imperialistisch" nicht gelten ließ.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tojo, die seit 1937 Japan erst in den Krieg mit China, dann in den Pazifischen Krieg führten, trotz aller Härte, Unmenschlichkeit und Ausbeutung, die auch die japanische Besatzungspolitik in Ostasien und die japanische Diktatur im eigenen Lande kennzeichneten, nicht mit dem ideologischen und totalitären Perfektionismus der nationalsozialistischen Herrschaft gleichsetzen. Sie haben mehr gemeinsam mit dem Ludendorff-Regime im Ersten Weltkrieg oder den halbfaschistischen Diktaturen, wie sie, z. B. unter Horthy in Ungarn, auch bei anderen Bündnispartnern des Dritten Reiches anzutreffen waren.

Von den radikalen Brüchen des politischen Systems, die in Deutschland durch die Jahre 1918, 1933 und 1945 markiert sind, blieb Japan in seiner neueren Geschichte verschont. Radikalnationalistische und faschistische Strömungen fehlten zwar nicht, sondern trugen erheblich bei zu der durch Attentate und Putschversuche in den 20er und 30er Jahren vorangetriebenen Zerstörung des labilen Gleichgewichts zwischen parteienstaatlich-demokratischen, autoritären und konstitutionellen Verfassungselementen, die sich unter der Oberhoheit des japanischen Kaisers seit der Meiji-Restauration als Verbindung japanischer und westlicher Verfassungstradition herausgebildet hatten. Im Gegensatz zu Deutschland, wo sich parlamentarische Demokratie und zivile Kontrolle der militärischen Gewalt verfassungsmäßig schon 1918 gegen die Militärmonarchie durchgesetzt hatten und der Nationalsozialismus nach der Zerstörung der Demokratie auch die antidemokratische Resistenzkraft der alten aristokratisch-militärischen und bürokratischen Führungsschicht zerbrach, die ihm lange Zeit Steigbügeldienste geleistet hatte, war in Japan die Herrschaft der alten konservativen politischen Elite und die Immediatstellung der militärischen Führung weder durch die in den 20er Jahren stärker werdenden demokratisch-parlamentarischen Kräfte noch durch die seit der Wirtschaftskrise der 30er Jahre verstärkten nationalistischen Strömungen im mittleren Offizierskorps und in den zahlreichen halbfaschistischen Verschwörergruppen und Gesellschaften bis 1945 beseitigt worden. Sofern man überhaupt von japanischem Faschismus sprechen kann, zeigte er sich vor allem darin, daß das Denken und Handeln der konservativen Elite, vor allem der Militärs, im Zeichen zunehmend nationalistischen Erwartungsdrucks und auch durch die Fernwirkung der faschistischen Erfolge in Europa mehr und mehr zu irrationalen aggressiven Kurzschlüssen verleitet wurde.

Es mag gewiß irritieren, daß die japanische Regierung nach der Wiederherstellung der japanischen Souveränität infolge des Friedensvertrages und Sicherheitspaktes von San Francisco (8. 9. 1951) gar nicht auf den Gedanken kam, Prozesse gegen japanische Kriegsverbrecher zu eröffnen, und es muß befremdlich erscheinen, daß in Japan die Kontinuität der alten sozialen und politischen Elite auch über das Jahr 1945 hinaus in weit höherem Maße als in Deutschland erhalten geblieben ist. Nur wäre es pharisäisch, daraus moralische Vorwürfe ableiten zu wollen. Distanzierungen von der Vergangenheit, wie sie sich im Geschichts- und Rechtsbewußtsein äußern, sind selbst Teil und Ergebnis der größeren oder geringeren Stärke gesamtgesellschaftlicher und politischer Veränderungen. Die andere Lage und das andere Bewußtsein der Zeitgeschichte in Japan spiegeln insofern auch

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das höhere Maß von Kontinuität, die geringeren Brüche und Pendelschläge wider, die die japanische Geschichte seit der Meiji-Restauration von 1868 im Gegensatz zur deutschen Geschichte im vergangenen Jahrhundert kennzeichnen.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

PAPST PIUS XII., DIE BRITISCHE REGIERUNG UND DIE DEUTSCHE OPPOSITION IM WINTER 1939/40

Es stellt eine gewisse Überraschung dar, daß in den britischen Archiven doch Dokumente liegen, die sich auf die im ersten Kriegswinter unternommenen Bemühungen deutscher Oppositionsgruppen beziehen, über den Vatikan mit der britischen Regierung in Verbindung zu treten[1]. Nach dem Zeugnis einiger Beteiligter hat der Papst selbst im Juni 1940, als eine Invasion Großbritanniens unmittelbar bevorzustehen schien, die britische Regierung gebeten, das Material zu vernichten. Zwar hat niemand im Foreign Office je bestätigt, daß eine solche Bitte tatsächlich gestellt worden ist, da aber eine Suche, die Mitarbeiter der Bibliothek des Foreign Office auf Wunsch von Professor Harold Deutsch veranstalteten, keine Ergebnisse zeitigte, mußte es immerhin als sehr wahrscheinlich gelten, daß die Bitte des Papstes erfüllt worden war. Nachdem jetzt die Archive für die Historiker geöffnet wurden, sehen die Dinge jedoch ganz anders aus. Es gibt nun eine Fülle von Belegen für die deutschen Fühler, aber noch immer keinen Beweis für die Bitte des Papstes.

Indes machen die britischen Dokumente, so willkommen sie auch sind, die Rekonstruierung der Geschichte jener deutschen Friedensfühler noch nicht zu einer leichten Aufgabe. Einmal sind sie keineswegs ohne Unklarheiten und Doppeldeutigkeiten. Die Atmosphäre im Vatikan erinnerte, um eine Wendung D'Arcy Osbornes zu gebrauchen, „sehr an Phillips Oppenheim"[2], und einige wichtige Aspekte der Geschichte sind heute, da wir über die Dokumente verfügen, eher noch mysteriöser als zuvor. Ferner zerstören die Dokumente das chronologische Gerippe aller Nachkriegsberichte[3], ohne jedoch für die Vorgänge während des größeren Teils der in Frage stehenden Monate mehr als andeutende Hinweise zu liefern. Da die Dokumente problematischer und kontroverser Natur sind, werden die einleitenden Bemerkungen zu ihrer Veröffentlichung mehr Raum beanspruchen,

---

Diese Einführung wurde Anfang 1972 abgeschlossen und nicht revidiert, obwohl der Verfasser inzwischen über andere Friedensfühler aus dem gleichen Zeitraum auch an anderer Stelle geschrieben hat: P. W. Ludlow, Scandinavia between the Great Powers, in: Historisk Tidskrift, 1974, S. 1–58.

[1] Zum folgenden vgl. Harold Deutsch, The Conspiracy against Hitler in the Twilight War, University of Minnesota Press 1968, S. VIII f.

[2] Vgl. Dokument IX. Edward Phillips Oppenheim, 1866-1946, Autor zahlreicher Kriminal- und Agentenromane.

[3] Hierzu vor allem Deutsch, a. a. O., ferner Erich Kosthorst, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Bonn 1957, und Kurt Sendtner, Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr, in: Die Vollmacht des Gewissens, München 1956. Andere Versionen der Episode haben sich weitgehend auf das eine oder andere der drei genannten Werke gestützt.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als das bei einer „Dokumentation" üblich ist. Die Einführung gliedert sich in drei Abschnitte: zunächst werden jene Dokumente behandelt, die sich auf die Zeit zwischen Dr. Josef Müllers Ankunft in Rom im September oder Oktober 1939 und der ersten Sondierung des Papstes bei den Briten am 12. Januar 1940 beziehen; dann folgt eine Erörterung der Rolle des Papstes; der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der britischen Politik und mit der Aufnahme der britischen Antwort in Rom wie in Berlin.

Die Zeit zwischen der ersten Romreise, die Müller vor Mitte November im Auftrag der Abwehr unternahm, und der ersten päpstlichen Sondierung bei der britischen Regierung war stets am schwierigsten zu rekonstruieren. Die britischen Dokumente erschweren die Aufgabe noch mehr. So zeigen sie etwa, daß diese Zeitspanne erheblich länger war, als die überlebenden Zeugen nach dem Kriege glaubten und als die Historiker annehmen konnten. Wir haben es auch nicht mit einem Winter langwieriger Verhandlungen zu tun, vielmehr war der Winter schon halb vorbei, ehe der Papst seinen ersten, vorsichtigen und erfolglosen Versuch machte, das Interesse des Kabinetts Chamberlain zu wecken. Ferner läßt sich den Dokumenten entnehmen, daß der ehemalige Zentrumsführer Monsignore Kaas sowohl eine mehr zentrale wie eine dunklere Rolle spielte, als aus den bisherigen Darstellungen der Ereignisse ersichtlich ist. Werden noch die spezifischen Schwierigkeiten berücksichtigt, die sich bei der Interpretation der Dokumente ergeben, so ist wohl verständlich, daß auch die hier versuchte Rekonstruierung dieser Periode zwangsläufig einen mehr hypothetischen Charakter besitzt als die beiden folgenden Abschnitte.

Für die Rekonstruierung sind die Dokumente I bis V am wichtigsten. Bei den ersten zwei Dokumenten handelt es sich um Antworten Osbornes, des britischen Vertreters beim Vatikan, auf eine Anfrage des Foreign Office zu einem der vielen Berichte, die im Herbst 1939 über Görings private Friedensoffensive eingingen. In diesem Fall kam die Information von einem amerikanischen Geschäftsmann, Mr. James Mooney, der mit Göring am 19. Oktober gesprochen hatte[4]. Im Laufe einer langen Unterhaltung hatte Göring zu Mooney gesagt, ihm liege „sehr viel daran, die Möglichkeiten einer Beilegung festzustellen, . . . [und er habe] dem Vatikan bereits mitgeteilt, was seine Gruppe in der katholischen Frage zu tun bereit sei". Der Feldmarschall habe offenbar „eine hohe Meinung vom derzeitigen Papst und könnte mit ihm ins politische Geschäft kommen". Ein Telegramm des Foreign Office informierte Osborne über den Inhalt des Gesprächs und wies ihn an, dis-

[4] FO 371, C 17419/13005/18. (1939). Alle hier zitierten Dokumente aus dem Foreign Office sind zugänglich im Public Record Office, London. Die jeweils gegebene Signatur ist in jedem Falle die des Foreign Office. Die erste Zahl benennt den Akt, der, wie im Falle von C 1137/89/18 (1940), mehrere Dokumente enthalten kann. Die hier abgedruckten Dokumente VI, VII und VIII finden sich alle in dem genannten Akt. Die zweite Zahl bezeichnet das allgemeine Schlagwort, unter dem der Akt abgelegt wurde: Frieden oder Friedensziele oder „Verhältnisse in Deutschland". Die letzte Zahl bezieht sich auf das Land. So tragen fast alle hier zitierten Akten die Schlußzahl 18, weil diese für Deutschland steht. Der Buchstabe C am Beginn der Signatur weist auf Central Department hin. Diese Abteilung beschäftigte sich mit Deutschland.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

krete Erkundigungen über den Wahrheitsgehalt des Berichts anzustellen. Osbornes erste Antwort, die sich auf Informationen stützte, die von „einem sehr hochgestellten, gut informierten und in enger Verbindung mit dem Vatikan stehenden Gewährsmann" stammten, ist als Dokument I abgedruckt und wird im zweiten Abschnitt eingehender behandelt. Seine zweite Antwort (Dokument II), die am 30. Oktober 1939 chiffriert abging, ist für das Thema des ersten Abschnitts noch interessanter. Sie ist, wie ein Beamter der Zentralabteilung bemerkte, „sehr dunkel", aber heute drängt sich doch der Schluß auf, daß unter der Person oder Personengruppe, deren Identität die Dechiffrierungsbeamten in London nicht feststellen konnten, entweder Josef Müller selbst oder der von ihm repräsentierte Kreis zu verstehen ist. (Es braucht kaum betont zu werden, daß Osbornes Informant weder den Namen Müllers noch den der Berliner Auftraggeber genannt hat). Die erwähnte Person oder Personengruppe stand offensichtlich in Opposition zur Politik der deutschen Regierung, und ebenso offensichtlich war der Zweck, den der Emissär mit seinem Besuch verfolgte, dem „Vatikan-Gewährsmann aus der engsten Umgebung des Papstes" – der Pater Leiber gewesen sein muß – bekannt. Da Müller eine oppositionelle Gruppe vertrat und da sein Fühler der einzige Fühler einer solchen Gruppe war, von dem Pater Leiber nach seinem eigenen Zeugnis jemals Kenntnis hatte, kann über die Identität des deutschen Emissärs kaum ein Zweifel bestehen. Anders verhält es sich bei Osbornes hochgestelltem Informanten. Der britische Diplomat erhielt im Winter 1939/40 von mehreren Würdenträgern im Vatikan Informationen über deutsche Angelegenheiten[5], normalerweise bezog er aber seine Nachrichten von Monsignore Kaas, dem früheren Zentrumsführer, und da Kaas neben Leiber die einzige wichtigere Persönlichkeit im Vatikan war, die den Zweck der Mission Müllers zweifellos kannte, scheint die Annahme gerechtfertigt zu sein, daß Osborne von Kaas über Müllers Aktivitäten informiert wurde.

Unterstellt man, daß es sich bei den Personen, die in der zweiten Hälfte des Dokuments II erwähnt sind, tatsächlich um Müller (oder seine Gruppe), Kaas und Leiber handelt, dürfen wohl die folgenden Schlüsse gezogen werden: 1). Am 30. Oktober 1939 hielt sich Müller bereits in Rom auf, und zwar mit der Absicht, den Papst selbst in einen Friedensfühler der deutschen Opposition einzuschalten[6]. 2.) Kaas und Leiber wußten schon, daß Müller diese Absicht verfolgte. 3.) Zumindest Kaas reagierte auf die Mission positiv und sagte zu Osborne, daß sich etwaige Fühler dieser Seite „jedenfalls von der Unseriosität" der in dem früheren Telegramm erwähnten Personen oder Gruppen unterscheiden würden. 4.) Müller hatte Leiber noch nicht gedrängt, die Angelegenheit dem Papst vorzutragen, da er das, wie Kaas vermutete, noch immer für „schwierig und gefährlich" hielt.

---

[5] Zu Osbornes Informanten gehörten Jesuitengeneral Pater Ledochowski, Kardinalstaatssekretär Luigi Maglione, die Kardinäle Tardini und Montini, Magliones engste Mitarbeiter, und Kollegen wie der ungarische Gesandte.

[6] Kosthorsts These (a.a.O., S. 128), Müller sei zunächst nach Rom gegangen, um zu „beobachten", ist daher nicht haltbar, wenngleich Müller, wie hier gezeigt wird, in den ersten beiden Monaten genau das tat.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Bedeutung dieser vier Schlüsse wird klarer, wenn wir uns den Dokumenten III bis V zuwenden. Hier ist Dokument IV besonders aufschlußreich, Osbornes Bericht über eine Unterhaltung mit Kaas in der letzten Novemberwoche. Der Bericht ist aus mindestens drei Gründen wichtig. Einmal enthält er den – in den britischen Quellen – ersten ausdrücklichen und detaillierten Hinweis auf die Mission Müllers. Daß Kaas, aus welchen Gründen auch immer, es jetzt als nützlich oder notwendig ansah, ausführlicher über eine Mission zu sprechen, die er einen Monat zuvor nur beiläufig erwähnt hatte – hätte er im Oktober mehr gesagt, wäre Osborne verpflichtet gewesen, darüber zu berichten –, deutet zweitens darauf hin, daß zumindest Kaas der Sache im November größere unmittelbare Bedeutung beimaß als im Oktober. Drittens zeigt der Bericht eine so nicht zu erwartende Einstellung Kaas' zu der Mission.

Die beiden letzten Punkte erfordern eine nähere Erklärung. Die Annahme, Kaas' Behandlung der Mission Müllers in der November-Unterhaltung impliziere, daß Müllers Wunsch, von der britischen Regierung feste Zusagen über einen „gerechten und ehrenhaften Frieden" zu erhalten, in der zweiten Novemberhälfte dringlicher gewesen sei als im Oktober, kann natürlich nicht allein mit diesem Dokument schlüssig bewiesen werden. Indes besteht doch wohl ein Unterschied zwischen einem Vorhaben, das im Laufe eines von Osborne herbeigeführten Gesprächs nebenbei erwähnt wurde, und einem Vorhaben, das Kaas, offenbar aus eigenem Antrieb, in einiger Ausführlichkeit darstellte und erörterte. Wird das Dokument in Kenntnis bestimmten anderen Beweismaterials gelesen, erscheint die Auffassung noch plausibler, daß es eine neue Dringlichkeit der oppositionellen Friedensfühler verrät. Drei Quellen sind in diesem Zusammenhang von Belang: die mündlichen Auskünfte, die Frau v. Dohnanyi und Josef Müller gegeben haben; das Tagebuch Ulrich v. Hassells; die Gesamtheit der Hinweise auf Friedensfühler der deutschen Opposition, die in den britischen Dokumenten zu finden sind.

Frau v. Dohnanyi hat zu den ersten gehört, die nach dem Kriege ihre Kenntnisse zur Verfügung stellten, und daher ist es vielleicht nicht überraschend, daß sich ihr Gedächtnis in einigen zentralen Fragen zuverlässiger zeigte als das Gedächtnis der meisten übrigen Zeugen[7]. Folgende Passage in ihren Nachkriegsaufzeichnungen ist für Dokument IV besonders relevant: „Als die ersten Berichte [aus Rom] darüber kamen, die im Grunde bereits so lauteten, daß sie die Generale zum Handeln verpflichtet hätten, zogen sie sich hinter die Behauptung zurück, wer garantiert uns, daß diese Bedingungen eingehalten und nicht wieder wie 1918 die 14 Punkte gebrochen werden. Daraufhin erklärte mein Mann, er werde versuchen, daß Dr. Müller erreiche, daß der Papst persönlich diese Friedensbedingungen garantieren würde."[8]

Die in dieser Passage enthaltene Information ist auf einem Treffen des Witzleben-Kreises, bei dem sowohl Josef Müller wie Frau v. Dohnanyi anwesend waren,

[7] „Aufzeichnungen von Frau Christine von Dohnanyi", 1945/46. Ich bin Pastor Eberhard Bethge sehr dankbar, der mir eine Kopie dieses Dokuments zugänglich machte.

[8] A.a.O., S. 2.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch verdichtet worden[9]. Es handelte sich um ein wichtiges Treffen, da allein damals, soweit man sehen kann, das mündliche Zeugnis der an der Episode Beteiligten einen deutlichen Hinweis auf den jetzt von den britischen Dokumenten als richtig erwiesenen chronologischen Ablauf gab. An anderer Stelle werden noch weitere Teile der Diskussion eine Rolle spielen; hier genügen die folgenden Sätze. Frau v. D.: „Wir haben im November etwas aufgesetzt, ohne daß der Papst eine Garantie gegeben hatte." Dr. M.: „Die Garantie wurde erst später gegeben. Nach meiner Erinnerung wurde sie erst nach Venlo gegeben."[10]

Hält man die beiden Nachkriegsaussagen zusammen, so deuten sie darauf hin, daß selbst dann, wenn der eigentliche Zweck der römischen Mission – wie Müller immer erklärt hat und wie Osbornes Telegramm vom 30. Oktober zu bestätigen scheint – stets darin bestand, durch die persönliche Vermittlung des Papstes mit den Briten in Verbindung zu treten, Müller doch vor dem „Venlo-Zwischenfall" diesen speziellen Aspekt seines Auftrags nicht energischer verfolgte oder verfolgen konnte. Zwei Gründe für die Verzögerung bieten sich an. Einmal[11] ließ das „Gentleman's Agreement", das er mit seinen Vorgesetzten in der Berliner Abwehrzentrale geschlossen hatte, Müller die Freiheit, nur das zu tun, was er „verantworten konnte", und im Anfangsstadium seiner Mission mag er es sehr wohl für unverantwortlich, „schwierig und gefährlich" gehalten haben, den Papst schon vor der Erschöpfung anderer Möglichkeiten persönlich einzuschalten. Außerdem mochten die Informationen, die er auf normaleren Wegen sammelte, in den Ende Oktober und Anfang November gegebenen Umständen durchaus ausreichend erschienen sein. Dohnanyi hat offenbar so gedacht, und wenn man den einzigen Bericht Müllers prüft, der aus jener Zeit noch existiert, so wird das auch verständlich[12]. Am 6. November ist Müller von Pater Leiber versichert worden, der Papst sei bereit, bei den Bemühungen um einen ehrenhaften Frieden sein ganzes Ansehen aufs Spiel zu setzen, wenn „die Voraussetzungen dafür gegeben sind", während in den folgenden Gesprächen fast alle, deren Auffassungen Müller mitteilte, bekräftigten, daß – nach den Informationen, die von den diplomatischen Kreisen am Vatikan zu bekommen seien – die Westmächte bereit wären, mit einer neuen deutschen Regierung einen ehrenhaften Frieden auszuhandeln. Derartige Versicherungen aus so wertvoller Quelle haben Anfang November, als die Hoffnungen auf einen Staatsstreich noch groß waren, Dohnanyi und Gisevius genügt, um ihr Memorandum für die Generäle zu stützen, die vielleicht „1918" als Ausrede für Passivität gebrauchen wollten[13].

---

[9] Protokoll der Sitzung vom 1. 12. 1952, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ZS 603.

[10] A.a.O., S. 10.

[11] So Josef Müller selbst am 2. 9. 1954, Archiv des IfZ, ZS 659/I., S. 9.

[12] Der größere Teil des Berichts ist veröffentlicht: Helmut Krausnick und Harold Deutsch (Hrsg.), Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, 1938–40, Stuttgart 1970, S. 506 ff.

[13] Vgl. H. B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende, Hamburg o. J., S. 415. Müllers Material sei eingefügt worden, „um Halders etwaige Rückzugslinie abzuschneiden, es gäbe keine Friedensbereitschaft auf der Gegenseite mehr".

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während Müller in Rom sein Material sammelte, kam es jedoch in Berlin[14], München[15] und Venlo[16] zu Vorfällen, aus denen sich eine Änderung der Voraussetzungen seines Vorgehens ergab. In der Unterhaltung mit Frau v. Dohnanyi[17] faßte er alle diese Vorfälle unter dem Stichwort „Venlo" zusammen, doch hat er sich bei einer anderen Gelegenheit richtiger erinnert und gesagt, daß die Kapitulation Brauchitschs und das Münchner Attentat seine Mission noch negativer beeinflußten[18]. Auf der ersten Zusammenkunft des Witzleben-Kreises erzählte Müller, daß er gerade in Rom war, als die Meldung über den Bombenanschlag auf Hitler kam, und er habe sich sofort gefragt, ob das Attentat nicht das Werk der Berliner Abwehr gewesen sei. Er kehrte so rasch wie möglich nach Berlin zurück, wo er jedoch feststellen mußte, daß der Anschlag zwar nichts mit der Militäropposition zu tun gehabt, trotzdem aber zu einer gefährlichen Situation geführt hatte, die ihren Ausdruck auch in einer allgemeinen Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen fand - was wiederum, wie Oster meinte, die Chancen für die „Wiederherstellung des Friedens" erheblich verringerte. Ferner erfuhr er, daß Brauchitsch – und das war noch gravierender – vor Hitler kapituliert hatte. Auf Weisung Becks ging er wieder nach Rom, um dort seine Verbindungsleute darüber zu informieren, was Brauchitsch gesagt hatte, um sie vor einer unmittelbar bevorstehenden Offensive im Westen zu warnen[19] und um sie zu drängen, der britischen Regierung noch bessere Garantien zu entlocken; das sollte „uns eine stärkere Aktivierung zur Opposition neigender Militärkreise" erleichtern. Als er, während dieses Berichts, die irrige Ansicht äußerte, der Kontakt zur britischen Regierung sei damals durch den Papst bereits hergestellt gewesen, meinte er auch, die neue Dringlichkeit seines Auftrags sei sowohl dem Papst wie der britischen Regierung klargemacht worden. Selbst wenn sich die Dinge, wie wir jetzt aus den britischen Dokumenten wissen, etwas anders verhielten, liefern die Aussagen Frau v. Dohnanyis und Müllers doch eine weitere Bestätigung des Eindrucks, den Dokument IV vermittelt.

Die Eintragung im Hassell-Tagebuch[20] betrifft Unterhaltungen mit Goerdeler in Berlin, die Ende November stattfanden, als die Hoffnungen auf einen Staatsstreich noch schwächer waren als am 12. November. Als ein Ausweg aus der verfahrenen Situation ist bezeichnenderweise vorgeschlagen worden, über Gessler an den Vatikan heranzutreten, „um eine Äußerung des Papstes in dem Sinne, daß er sich noch immer für einen anständigen Frieden einsetzen werde,

[14] Vgl. besonders Deutsch, S. 226 ff.

[15] Vgl. Anton Hoch, Das Attentat auf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller 1939, in dieser Zeitschrift 17 (1969), S. 383ff.

[16] Vgl. besonders Walter Schellenberg, The Schellenberg memoirs, London 1956, und Staten Generaal, Enquetekommissie, Den Haag 1949. – Die Akten des Foreign Office enthalten viele Hinweise auf Venlo, doch sind die Dokumente selbst, wie alle Akten, die unmittelbar mit dem Secret Service zu tun haben, für die Historiker noch bis zum Jahre 2015 gesperrt.

[17] Vgl. Anm. 9.

[18] Dazu die Aussage Müllers vom 4. 6. 1952, Archiv des IfZ, ZS 659/II, bes. S 11.

[19] H. Deutsch, S. 144.

[20] Ulrich v. Hassell, Vom andern Deutschland, Frankfurt/Hamburg 1964, S. 94.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herzubringen". Die Bedeutung dieses Vorschlags liegt nicht allein im Bestimmungsort der erwogenen Mission; er ist überdies ein weiterer Beweis dafür, daß, nach dem Scheitern der in den letzten Oktoberwochen und in der ersten Novemberwoche geschmiedeten Pläne, diejenigen, die nach wie vor einen baldigen Frieden wünschten, ihre Hoffnungen zunehmend auf einen dramatischen Beweis ausländischen Vertrauens in die Opposition setzten. Das gleiche Bild ergibt sich aus der Gesamtheit der britischen Dokumente. Von mindestens fünfzehn – nicht von Göring lancierten – deutschen Friedensfühlern des ersten Kriegswinters liegen fast alle in den Monaten, die dem Fehlschlag der Novemberpläne folgten[21].

Was die Charakteristika und die Entwicklung der Mission Müllers angeht, führt also eine Analyse der britischen Dokumente und des Materials, das den Historikern schon bisher zur Verfügung stand, zu dem ersten allgemeinen Schluß, daß Mitte November, als die Versuche, Brauchitsch und Halder zum Handeln zu bewegen, endgültig gescheitert waren, die erste Phase der Mission, in der die Versicherungen kirchlicher Würdenträger in Rom ausreichend schienen, endete und eine zweite Phase begann, in der es notwendig wurde, eine direkte Verbindung zur britischen Regierung anzuknüpfen, wenn irgend möglich durch den Papst.

An diesem Punkt muß der zweite Aspekt von Dokument IV erörtert werden, der überraschend und möglicherweise sehr bedeutungsvoll ist: die Rolle, die Monsignore Kaas gespielt hat. Auf den ersten Blick scheint aus Osbornes Bericht vom 1. Dezember[22], erst recht aus dem negativeren Schreiben vom 9. Januar (Dokument V), hervorzugehen, daß Kaas nicht allein die Aussichten für einen Staatsstreich in Deutschland sehr skeptisch beurteilte, sondern auch Müllers Gedanken, den Vatikan als Vermittler einzuschalten, ablehnte, und zwar so schroff, daß er den ungewöhnlichen Schritt unternahm, Osborne vor dem Fühler zu warnen, noch ehe Müller – laut Kaas – überhaupt an den Papst herangetreten war, von einer Zusage der Vermittlung ganz zu schweigen.

Es ist natürlich möglich, daß man dem ersten Blick vertrauen darf. In diesem Falle hätten wir eine bequeme Erklärung für die lange Frist, die zwischen Müllers Rückkehr nach Rom am 13. oder 14. November und der ersten Aktion des Papstes im Sinne des Müllerschen Auftrags verstrich. Wenn schon der langjährige Freund Kaas so skeptisch war, wie Osborne zu verstehen gibt, dann kann es kaum überraschen, daß Müller auch bei Leiber auf Skepsis stieß, sofern er die Sache überhaupt zur Sprache brachte. Man könnte annehmen, daß die Reserve der römischen Gesprächspartner erst unter der Wirkung der im Januar herrschenden Furcht vor einem deutschen Angriff im Westen schwand; nach Dokument III zu urteilen,

[21] Zwei wichtige Ausnahmen waren Fühlungnahmen durch Goerdeler und Kordt. Zu Goerdeler vgl. FO 371, C 15792, 16893/15/18. (1939), zu Kordt vgl. FO 371, C 17753/13005/18. (1939); daraus geht auch hervor, daß der „K.", den Cadogan am 28. 10. 1939 in seinem Tagebuch erwähnt, Kordt gewesen sein muß, vgl. David Dilks (Hrsg.), The Diaries of Sir Alexander Cadogan, 1938 – 45, London 1971, S. 227 f.

[22] Vgl. Dokument IV.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte sie ja Müllers düsterer Bericht über die Lage in Deutschland, den er nach dem Venlo-Zwischenfall erstattete, tief beeindruckt.

Diese klare Hypothese hat, wie zugegeben werden muß, eine gewisse Anziehungskraft, und sei es nur deshalb, weil sie es dem Historiker einmal erspart, eine versteckte Bedeutung in ein Dokument hineinzulesen. Wenngleich aber die Hypothese partiell haltbar sein mag, ist sie am Ende doch nicht überzeugend, und zwar nicht deshalb, weil es in Müllers Nachkriegserinnerungen keine Spur einer Dissonanz zwischen ihm und Kaas gibt; vielmehr liefert die Hypothese keine befriedigende Antwort auf die wichtigste Frage, die aus dem Dokument folgt: Warum hat Kaas, wenn er die Pläne Müllers mit solcher Skepsis betrachtete, Osborne überhaupt und überdies so ausführlich informiert? Die Annahme, man habe es lediglich mit Diplomatenklatsch an einem römischen Frühstückstisch zu tun, scheidet wohl aus. Kaas, den Osborne (Dokument XV) als „entschiedenen Anti-Nazi, doch guten Patrioten" ansah, war nicht der Mann, sich sinnlose Spötteleien auf Kosten seiner antinationalsozialistischen Landsleute zu gestatten. Was hat er also zu tun versucht? Es scheint nur zwei plausible Antworten zu geben. Entweder wollte Kaas den britischen Diplomaten vor einer Sondierung warnen, die er entschieden mißbilligte, die er aber nicht verhindern zu können fürchtete – oberflächlich gesehen, legen die Dokumente IV und V diese Interpretation nahe. Oder Kaas benützte das Frühstücksgespräch mit Osborne zu einem ersten und noch sehr vorsichtigen Test, um eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Briten auf den deutschen Fühler reagieren würden, wenn bei einer späteren Gelegenheit der Papst persönlich als Vermittler in Erscheinung träte. Die erste Alternative hält einer näheren Prüfung nicht stand, und zwar auch deshalb, weil sich aus ihr ein etwas merkwürdiges Bild vom politischen Urteil des Papstes ergäbe. Wenn Müllers Mission so inopportun war, wie Kaas andeutete, bedurfte es der Warnung gar nicht, es sei denn, Kaas fürchtete, der Papst werde sich in einem schwachen Augenblick von dem oberflächlichen Reiz der Mission verleiten lassen.

Mithin muß die zweite Alternative vorgezogen werden. Das Gespräch Kaas – Osborne, das Ende November stattfand, war also die erste bestimmte und direkte Sondierung der britischen Reaktion im Rahmen der Müllerschen Mission. Diese These, die unterstellt, daß Kaas und Müller noch immer eng zusammenwirkten, ist mit allen anderen Informationen, die wir über das damalige Verhältnis zwischen Kaas und Müller besitzen, sehr gut zu vereinbaren[23], aber auch mit dem Inhalt des Dokuments. Die negativen Töne können durchaus erklärt werden. Drei Faktoren, die sich nicht gegenseitig ausschließen, sind möglicherweise verantwortlich gewesen. Osborne selbst stand „Fühlern der Opposition" sehr skeptisch gegenüber; seine Skepsis gehört zu den auffallenden Merkmalen aller seiner Berichte – sogar jener Berichte, die abgingen, als der Papst schon persönlich eingegriffen hatte – und dürfte seine Berichterstattung auch etwas gefärbt haben. Zweitens müssen die Einwände,

[23] Hierzu Müllers Aussagen vom 4. 6. 1952 (Archiv d. IfZ, ZS 659/II) und vom 2. 9. 1954 (Archiv d. IfZ, ZS 659/I).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Kaas gegen ein sofortiges Herantreten an den Papst geltend machte und die er nach seiner Behauptung Müller nicht vorenthielt, nicht gänzlich vorgetäuscht gewesen sein. Schließlich wußte er ja, und zwar gerade aus der Schilderung Müllers, daß die Chancen für einen Staatsstreich in Deutschland sehr gesunken waren, und auch wenn er zur Unterstützung Müllers durch einen eigenen Vorstoß bei den Briten bereit sein mochte, kann er andererseits sehr wohl von einer Einschaltung des Papstes abgeraten haben. Es ist aber – drittens – auch möglich, daß die negativen Elemente in der Reaktion Osbornes für Kaas und Müller taktisch nützlich gewesen und deshalb von Kaas bewußt provoziert worden sind. Müllers Bericht an seine Berliner Auftraggeber konnte dann nämlich drei Punkte enthalten, die alle „ermutigend" – im weitesten Sinne des Wortes – waren. Osborne zitierend, konnte Müller mitteilen, daß die Briten „die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme über den Vatikan oder doch über Kreise im Vatikan nicht ausschließen". Ferner konnte er, abermals Osborne zitierend, hinzufügen, daß der britische Diplomat ausdrücklich erklärt hatte, er sei „daran interessiert zu erfahren, ob Kaas noch mehr von der Sache hört". Auch konnte er – und das war ein Punkt, der sich in Unterhaltungen mit bestimmten Generälen verwenden ließ – feststellen, daß die Briten zwar noch immer eine positive Haltung gegenüber der deutschen Opposition einnähmen, daß aber das Gespräch Kaas – Osborne deutliche Hinweise auf wachsende Ungeduld und Skepsis geliefert habe.

Auch in diesem Falle findet die Interpretation des Dokuments ein Echo in der mündlichen Überlieferung. So hat Müller, als er einmal die Funktion der Gespräche zwischen Kaas und Osborne beschreiben wollte, den Ausdruck „sondieren" gebraucht[24]. Bei mindestens zwei Gelegenheiten erinnerte er sich ferner daran, daß die Briten Kaas benutzten, um ihre wachsende Ungeduld zum Ausdruck zu bringen[25]. „Auf englischer Seite", so sagte er 1945, „wuchs die Ungeduld, je näher der Frühling rückte. Doch wurde diese nur auf dem Wege über Kaas zum Ausdruck gebracht."

Es muß noch geprüft werden, ob die Dokumente III und V der skizzierten Interpretation Schwierigkeiten machen und welches Licht sie auf den Gang der ganzen Friedensaktion werfen. Dokument III ist vor allem wegen der düsteren Stimmung bemerkenswert, die es vermittelt. Das Foreign Office in London zeigte sich davon genügend beeindruckt, um eine Zirkulation des Berichts im Kabinett vorzuschlagen; so sollte der Wirkung optimistischer Informationen, die London seit Kriegsbeginn erreichten, begegnet werden[26]. Kaas' Depression kann in gewisser Hinsicht nicht überraschen, da in jenen Wochen die Befürworter eines Staatsstreichs, wie schon erwähnt, in einem Stimmungstief lebten. Trotzdem ist die Frage berechtigt, warum Kaas sich bemüßigt fühlte, Osborne einen Begriff von jener Stimmung zu geben,

---

[24] Archiv d. IfZ, ZS 659/II, S. 16.
[25] Archiv d. IfZ, ZS 659/I, S. 9.
[26] FO 371, C 19186/13005/18 (1939).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne bei dieser Gelegenheit eine positivere Andeutung über die Mission Müllers zu machen.

Das Dokument weist auf zwei Hauptmotive hin. Einmal galt es, auf britischer Seite keinen ungebührlichen Optimismus zu wecken und gegen die gefährlicheren und weiter hergeholten Spekulationen in der westlichen Presse anzugehen. Diese Sorge ist deutlich zu erkennen, wenn Osborne schreibt: „Er warnte mich vor jeder Erwartung einer inneren Revolution oder eines Zusammenbruchs in Deutschland und hielt es für sehr schädlich, daß die alliierte Presse über eine so unwahrscheinliche Entwicklung so großzügige Spekulationen anstellt." Wiederum sind Müllers Erinnerungen an die Situation nach dem Venlo-Zwischenfall hilfreich[27]. Zum Beispiel rief er sich ins Gedächtnis zurück, daß im Zusammenhang mit der Venlo-Episode Canaris' Name aufgetaucht sei und daß dafür wahrscheinlich einige Berichte der britischen Presse über deutsche Gegner des Hitlerkriegs verantwortlich zeichneten, in denen der Abwehrchef genannt worden sei. Ob sich Müller genau erinnert, ist im gegebenen Zusammenhang irrelevant. Der Kernpunkt seiner Aussage, daß nämlich die oppositionellen Kreise in Berlin mit großer Besorgnis auf westliche Presseberichte reagierten, namentlich in der Atmosphäre nach Venlo, ist sowohl glaubwürdig[28] wie offensichtlich von Belang für Kaas' Unterhaltung mit Osborne am 20. November.

Das zweite Motiv ist aus Osbornes Kommentar zu erschließen. Kaas und sein ungarischer Informant hätten darin übereingestimmt, „daß eine Regelung mit Deutschland, sofern und sobald die Zeit dafür reif ist, sehr wohl durch Göring geschehen kann, möglicherweise in Verbindung mit dem Oberkommando der deutschen Armee". Dieser Hinweis hielt nicht nur die Möglichkeit eines Regimewechsels im Spiel, trotz der düsteren Stimmung, er machte auch darauf aufmerksam, daß die Briten, angesichts der trüben Aussichten, vielleicht mit Göring zufrieden sein mußten, wenn sie Frieden haben wollten. Kaas hat wahrscheinlich, wie auch bei anderen Gelegenheiten, nicht bloß zu Osbornes Unterhaltung oder Belehrung die Zeitläufte erörtert, sondern die Reaktion des Briten auf eine Eventualität getestet, die, wie zeitgenössische Tagebücher zeigen[29], ein häufigeres Gesprächsthema in Berlin war. Diese Annahme wird dadurch erhärtet, daß Kaas seinen „Wink" einige Tage später wiederholte, als er (Dokument IV) die erste genauere Darstellung der Mission Müllers gab. Zwar hat Müller später bestritten, daß die Gruppe in der Abwehr ein von Göring geführtes Regime jemals ernsthaft in Betracht zog[30], doch ist kaum ein Zweifel möglich, daß die Gruppe – wie alle

[27] Archiv d. IfZ, ZS 659/II, S. 11.

[28] Eine Erwähnung von Canaris war in der britischen Presse nicht festzustellen, doch ist der Bericht von N. P. MacDonald, der am 29. 10. 1939 im „Sunday Express" erschien, nicht untypisch gewesen. Die Schlagzeile lautete: „Hitlers schwacher Punkt. Seine Generäle können jeden Augenblick revoltieren". Der Verfasser gab dann einen Bericht über Verschwörungen in Berlin.

[29] Vgl. Krausnick – Deutsch, S. 226, 232, 236; es handelt sich um Eintragungen Groscurths in seinem Privattagebuch vom 7. 11. 1939 und 10. 12. 1939.

[30] Archiv d. IfZ, ZS 659/II, S. 3f.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anderen, die ein rasches Ende des Krieges wünschten – eine Lösung erwägen mußte, die in der Gesellschaftsschicht, zu der ihre Angehörigen zählten, offenbar in aller Munde war[31]. Ferner war es nur natürlich, daß sie die britische Haltung gegenüber Göring feststellen oder den Briten doch zu verstehen geben wollte, unter Umständen müsse Göring als letzte Hoffnung für die Sache des Friedens angesehen werden.

Das dritte und letzte Dokument, das in diesen Zusammenhang gehört, Dokument V, ist schwerer zu interpretieren. Wenn Müllers Mission, wie behauptet, in der zweiten Novemberhälfte in eine neue Phase eintrat, wenn ferner Kaas in der letzten Novemberwoche erstmals im Interesse der Müller-Mission bei den Briten sondierte, warum ist dann zwischen dem ersten Fühler und der nächsten Erwähnung des Vorhabens gegenüber Osborne mehr als ein Monat verstrichen? Warum hat außerdem Osborne aus seiner Unterhaltung mit Kaas den Eindruck gewinnen können, sein Gesprächspartner sei nach wie vor ein unverhohlener Gegner der Absichten des deutschen Emissärs?

Der Zeitpunkt der neuen Fühlungnahmen – erst durch Kaas und dann, am 12. Januar 1940, durch den Papst selbst – ist vielleicht leichter zu erklären als der Ton, den Kaas am 8. Januar angeschlagen haben soll. Zwei Überlegungen dürften Gewicht haben. Die Zeit zwischen der Unterhaltung im November und Kaas' nächster Diskussion mit Osborne ist jene Periode gewesen, in der sich – nach der Aussage von Zeugen ohne direkte Verwicklung in die römischen Gespräche – die ersten beunruhigenden Konsequenzen des berüchtigten Trinkgelages Hermann Keller – Dr. Etscheit bemerkbar machten[32]. Da diese Episode nach allgemeiner Ansicht zu einer Krise in den römischen „Gesprächen" führte, ist es durchaus möglich, daß hier einer der Faktoren zu suchen ist, die eine Verzögerung bewirkten. Doch gibt es zumindest noch eine Erklärung, die wohl als die wichtigere angesehen werden muß.

Kaas' erste Fühlungnahme fiel in eine Periode, in der die Aussichten auf einen Staatsstreich geringer waren als fast zu jeder anderen Zeit; zugleich gab es weniger Spekulationen über eine baldige deutsche Offensive im Westen als in sonstigen kritischen Augenblicken, wenngleich die Möglichkeit natürlich nicht ausgeschlossen werden konnte[33]. Die Unwahrscheinlichkeit eines Staatsstreichs kann sehr wohl

---

[31] Wie ernst die normalerweise mit dem Kern der deutschen Opposition identifizierten Gruppen die Möglichkeit einer von Göring geführten Regierung nahmen, als der realistischsten Alternative zum Regime Hitlers, geht wohl am klarsten aus dem Brief hervor, den Hassells Schwiegersohn Ende Dezember 1939 durch Lonsdale Bryans an Lord Halifax gelangen ließ. Teile des Schreibens sind veröffentlicht bei J. Lonsdale Bryans, Blind Victory, London 1951, S. 168, doch wurden die interessantesten Passagen weggelassen. Das Original, das sich mit der übrigen umfangreichen Korrespondenz Lonsdale Bryans' als Teil der Privatpapiere von Lord Halifax im Public Record Office befindet (F. O. 800/326 und, falsch abgelegt, 397), enthält ein längeres Loblied auf Göring als den populärsten Naziführer, der außerdem bereit wäre, eine Regierung ohne Hitler zu übernehmen.

[32] H. Deutsch, S. 129ff. Der Gestapo-Agent Keller hatte Etscheid Informationen über Müller entlockt.

[33] Zur deutschen Planung für die Westoffensive vgl. H.-A. Jacobsen, Der Fall Gelb, Wies-

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Entschluß bestimmt haben, in diesem Stadium nicht über den Papst an die Briten heranzutreten. Wie dem auch sein mag, ist es doch vermutlich nicht ohne Bedeutung, daß sich in der einen wie in der anderen Hinsicht die Lage bis zum Jahresende gewandelt hatte. Allenthalben wurde wieder mit einer deutschen Offensive gerechnet[34], und vorübergehend flackerte in oppositionellen Kreisen auch die Hoffnung auf, daß vielleicht ein Staatsstreich ohne Brauchitsch inszeniert werden könne, wenn Witzleben bereit sei, ein Unternehmen zu leiten, das einige Divisionen „auf dem Wege vom Westen nach Osten" betraf[35]. Beide Vorgänge, die natürlich aufs engste zusammenhingen, erklären wahrscheinlich das neuerliche Aufleben der Aktivitäten in Rom.

So wichtig diese Vorgänge als Erklärung des Zeitpunkts der abermaligen Fühlungnahme aber auch sein mögen, bleibt es doch schwer verständlich, warum Osborne am 8. Januar den Eindruck gewann, Monsignore Kaas mißbillige Müllers Vorhaben nach wie vor. Kaas' Haltung scheint – Osborne zufolge – womöglich noch negativer gewesen zu sein als Ende November. Indes sind hier die gleichen Argumente anwendbar, die schon bei Dokument IV dagegen sprachen, die vom ersten Blick nahegelegte Interpretation zu akzeptieren. Es wäre naiv anzunehmen, Kaas habe den deutschen Friedensfühler nur ganz zufällig wieder erwähnt, als eine Information, die den Vertreter einer feindlichen Macht interessieren mochte – und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da sich Müller erneut in Rom aufhielt. Es wäre ebenso absurd zu glauben, er habe die Bemühungen seines Freundes sabotieren wollen – es sei denn, Kaas habe sich tatsächlich, wie der britische Secret Service zu glauben beliebte, „in der Hand der Gestapo" befunden[36]. Warum freilich die Gestapo den Erfolg der Mission Müllers durch die dubiosen Interventionen eines römischen Geistlichen zu verhindern gesucht haben soll, obwohl doch Dachau der Heimatstadt Müllers so viel näher lag, ist ein Problem, das den Secret Service nicht beschwert zu haben scheint! Wenn also Kaas nicht einfach über die Zeitläufte plauderte und nicht die Glaubwürdigkeit einer Friedenskampagne unterminieren wollte, die er am 30. Oktober gebilligt hatte[37] und die er am 23. Februar 1940 auch offen unterstützte[38], wird man wohl annehmen dürfen, daß er abermals die Reaktion Osbornes testete, und zwar vermutlich in der Hoffnung, daß Osborne nach seinem Bericht vom 1. Dezember – den Kaas selbstverständlich nicht gesehen, von dessen Existenz er aber Kenntnis hatte – schon über Weisungen aus London verfügte[39].

---

baden 1957. Die kursierenden Gerüchte hatten mit den tatsächlichen deutschen Plänen oft nicht viel zu tun, die Befürchtungen des Januars 1940 aber schon; vgl. Jacobsen, S. 87 ff.

[34] Die Briten sind von verschiedenen Seiten unterrichtet worden; vgl. Anm. 86.

[35] Hassell, S. 100.

[36] Die Ansicht des Secret Service über Kaas in Dokument XV. Kaas trat damit in einen bald stattlichen Kreis hervorragender Deutscher ein, die in den Augen des britischen und des amerikanischen Geheimdiensts als „Gestapo-Agenten" galten.

[37] Vgl. Dokument II.

[38] Vgl. Dokument XIV.

[39] Vgl. Dokument IV. Osborne hatte Kaas gefragt, ob etwas dagegen einzuwenden sei, wenn er über die November-Unterhaltung nach London berichte. Kaas hatte das natürlich verneint.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jedoch war die zweite Fühlungnahme kein Erfolg. Kaas mag eine falsche Taktik verfolgt haben; Osborne zog ohne Frage die falschen Schlüsse. Jedenfalls hatte der Weg über Kaas bis zum 8. Januar offensichtlich in eine Sackgasse geführt, und so blieb, da die Lage in Berlin kritisch war und eine Offensive im Westen nur noch Tage entfernt schien, Müller und seinen römischen Freunden keine andere Wahl mehr, als den Papst zu bitten, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Die Rekonstruierung der Mission Müllers, die mit dem neuen wie mit dem älteren Material am besten zu vereinbaren ist, kann also folgendermaßen zusammengefaßt werden. Müller kam in der zweiten September- oder in der ersten Oktoberhälfte nach Rom. Wie er Kaas und etwas später auch Pater Leiber sagte, sollte er im Auftrag seiner Berliner Freunde über den Papst in Verbindung mit den Briten treten. In dieser Hinsicht machte er jedoch im ersten Monat seines Aufenthalts keine Fortschritte, zum Teil deshalb, weil er selbst die Einschaltung des Papstes als „schwierig und gefährlich" empfand, als letztes Mittel in einem Notfall. Er konzentrierte sich daher darauf, sich umzuhören und zu beobachten.

Die Ergebnisse waren bemerkenswert ermutigend. Bei mehr als einer Gelegenheit erfuhr er, daß der Papst alles tun würde, was in seiner Macht stehe, um eine Wiederholung von 1918 zu verhindern[40], und wiederholt wurde ihm versichert, daß die Westmächte, nach allem, was man feststellen könne, nicht auf einen harten Frieden aus seien, wenn es in Deutschland zu einem Regimewechsel kommen sollte. Seine Freunde in Berlin hielten diese Berichte bereits für ausreichend, um eine Aktion gegen das NS-Regime zu rechtfertigen, und zwei von ihnen, Gisevius und Dohnanyi, nahmen Anfang November die Information in ihr für Brauchitsch und Halder bestimmtes Memorandum auf.

Dieser ersten und durch Optimismus charakterisierten Phase setzten aber drei Ereignisse ein jähes Ende, die stattfanden, nachdem Müller zu einem neuen Aufenthalt in Rom abgereist war, der vom 6. bis zum 11. November dauerte. Brauchitsch kapitulierte, Elsers Attentat scheiterte, und bei Venlo entführte der SD zwei britische Agenten. Am 12. November wieder in Berlin, wurde Müller über die damals bekannten Hintergründe der drei Vorfälle informiert und abermals nach Rom geschickt, um dort über den Rückschlag zu berichten, vor einer Offensive zu warnen und auf ein dramatischeres Zeichen des guten Willens der Westmächte zu drängen, das die schwindenden Hoffnungen der Opposition in Berlin wieder beleben sollte. Von anderen Dingen abgesehen, wollten Müller und seine Freunde nun herausfinden, ob die Briten zu direkten Verhandlungen mit einer oppositionellen Gruppe bereit seien und ob sie, falls notwendig, auch mit einem von Göring geführten Regime in Verbindung treten würden. Da aber inzwischen die Aussichten auf einen Staatsstreich so dünn geworden waren, wurde der Entschluß gefaßt, erst einmal durch Kaas sondieren zu lassen, der bereits das Vertrauen Osbornes genoß und mit ihm sprechen konnte, ohne allzuviel Aufsehen zu erregen[41]. Daher traf Kaas in der

[40] Krausnick – Deutsch, S. 299, 506.

[41] Zu den Problemen, die im Januar 1940 ein Reporter verursachte, vgl. Dokument VII und die entsprechenden Teile dieser Einführung.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

letzten Novemberwoche allein mit dem britischen Diplomaten zusammen, wobei er erstmals über Müllers Auftrag sprach. Aus taktischen Gründen – wenngleich sich Taktik und Neigung bis zu einem gewissen Grad gedeckt haben mögen – nahm er eine negative Haltung ein, erhielt aber trotzdem die Antworten, die er haben wollte, und hörte von Osborne selbst, daß über die Angelegenheit ein Geheimbericht nach London gehen werde. In den folgenden sechs Wochen geschah indes nichts, doch gab es für Müller und seine Freunde genügend Stoff zum Nachdenken, als sich die Konsequenzen der Torheiten Etscheits in peinlicher Deutlichkeit zeigten. Anfang Januar brauchten dann die deutschen Oppositionsgruppen neue Munition für den Werbefeldzug bei den Generälen. Ein Staatsstreich schien wieder denkbar und eine Offensive bevorzustehen. Müller wurde deshalb erneut nach Rom geschickt. Er ging zunächst zu Kaas, der sofort den Ende November zu Osborne geknüpften Faden aufnahm und dabei die Hoffnung hegte, daß der Diplomat mittlerweile ermutigende Nachrichten aus London erhalten hatte. Das Gespräch blieb aber ohne Ergebnis. Osborne hatte offensichtlich keine besonderen Weisungen aus London bekommen, und seine Skepsis war noch ausgeprägter als beim ersten Treffen. So wurde nun, nach mehr als drei Monaten, der Entschluß gefaßt, den Papst um Intervention zu bitten.

Am 12. Januar und 7. Februar 1940 hat dann in der Tat der Papst persönlich den britischen Gesandten beim Heiligen Stuhl über die Vorschläge Müllers informiert. Die Daten der Intervention liegen wesentlich später als sie in sämtlichen Nachkriegsdarstellungen fixiert worden sind. Von der Chronologie abgesehen, sind aber die Dokumente, die sich auf das Eingreifen des Papstes beziehen, vor allem deshalb interessant, weil sie ein Licht auf die Motive und die Rolle Pius XII. werfen. Die wichtigsten Stücke sind in dieser Dokumentation abgedruckt (I, VI, IX, XIII, XVII), doch wurden für die folgende Analyse auch noch andere Quellen aus den britischen Archiven herangezogen, natürlich ebenso die Zeugnisse, die den Historikern schon bisher zur Verfügung standen.

Es ist kaum zweifelhaft, daß sich der Ehrgeiz Pius XII. in den Monaten nach seiner Wahl (März 1939) vornehmlich darauf richtete, ein großer Friedenspapst zu werden. Kurz vor Kriegsausbruch hat er in einer Audienz zum britischen Gesandten gesagt, seit seiner Wahl sei er ständig bemüht gewesen, „keine Gelegenheit zu versäumen, den ihm möglichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten. Das sei noch immer – und mehr denn je – sein sehnlichster Wunsch"[42]. Auch nach dem Beginn der Feindseligkeiten änderte sich daran nichts. Dieser alles verdrängende Wunsch setzte ihn dem Vorwurf aus, die moralischen Fragen des Krieges mit einer gewissen Gleichgültigkeit zu behandeln oder den Sirenenklängen jener Leute allzu gern zu lauschen, die da vom Frieden redeten, wo es keinen Frieden mehr geben konnte. So ist zum Beispiel in London und Paris sein Schweigen zu den NS-Ver-

[42] FO 371, C 12671/15/18. (1939); Osborne an Halifax, 28. 8. 1939.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

brechen in Polen bedauert worden[43]; daß er zögerte, gegen das Los der Katholiken in Deutschland zu protestieren, hat sogar einen prominenten Angehörigen seiner engsten Umgebung, Kardinal Montini, zu der Frage veranlaßt, „wie lange der Papst denn noch schweigen werde"[44]. Britische Diplomaten äußerten häufig die Befürchtung, der Papst könne von Leuten „ausgenützt" werden, die weniger harmlose Absichten verfolgten. Schon am 13. September 1939 berichtete Osborne, er sei nach Gesprächen mit den Kardinälen Tardini und Montini zu dem Schluß gekommen, daß bald eine größere Friedenskampagne beginnen werde, während der „Anstrengungen unternommen werden sollten, den Heiligen Stuhl zu beteiligen"; Osborne meinte, es werde dem Papst „schwer fallen, seine Unterstützung zu versagen"[45].

Wenn man bedenkt, wie sehr dem Papst der Frieden am Herzen lag, und wenn man sieht, welche Befürchtungen dies bei jenen weckte, die bereits in der Sprache eines Kreuzzugs zu reden begonnen hatten, dann ist es um so bemerkenswerter, daß Pius XII. keine Geste der Unterstützung zu der deutschen Friedenskampagne machte, die tatsächlich noch, wie Osborne prophezeit hatte, während des Polenfeldzugs begann und ihren Höhepunkt mit Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober erreichte. Zwar drängten offizielle und inoffizielle Emissäre der deutschen Regierung den Papst, seinen Segen zu geben[46], doch am 11. Oktober konnte der britische Gesandte tiefbefriedigt berichten, daß er beim Papst „nicht das geringste Anzeichen für die Neigung" festgestellt habe, „Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Hitler-Rede zu befürworten oder die Entscheidung der Alliierten in irgendeiner Weise zu beeinflussen"[47]. Im Vatikan lege man die Tendenz an den Tag, „sich abseits zu halten und den Gang der Dinge abzuwarten". Zwei Wochen später, nach weiteren Nachforschungen, war Osbornes Meinung im wesentlichen unverändert (Dokument I).

Da den Papst seine eigene Einschätzung der Realitäten von Versuchen abhielt, einen allgemeinen Frieden stiften zu wollen, konzentrierte er sich darauf, auf den

---

[43] Die Briten warfen die Frage in den ersten drei Monaten des Krieges mehrmals auf (vgl FO 371, C 15858, 16034, 16398 und 16820/15/18). Einem Privatbrief Osbornes an Halifax vom 13. Oktober (Halifax Papers, F. O. 800/325) zufolge bewegte sie den französischen Vertreter beim Vatikan, M. Charles-Roux, noch stärker, der u. a. meinte, Papst Pius XII., den er mit Pius XI. verglich und für schlechter befand, stehe unter deutschem Einfluß. „Das ist, davon bin ich überzeugt, Unsinn", schrieb Osborne, doch erklärte auch er, daß das polnische Problem eine „Prinzipienfrag" sei. In London sprach M. Cambon am 18. Oktober mit Sir Orme Sargent über die Möglichkeit eines koordinierten Protests bei den Vertretern des Vatikan in Paris und London. Aus taktischen Gründen zogen es die Briten jedoch vor, sich an einige prominente katholische Laien zu wenden, so an Lord Perth (ehemals Generalsekretär des Völkerbunds und dann Botschafter in Rom) und an den Herzog von Norfolk, um vielleicht auf diese Weise einen gewissen Druck ausüben zu können.

[44] Privatbrief Osbornes an Kirkpatrick v. 29. 11. 1939, FO 371, C 19637/53/18. (1939).

[45] FO 371, C 14210/15/18 (1939); Bericht Osbornes v. 13. 9. 1939.

[46] Für deutschen Druck auf den Vatikan in dieser Zeit vgl. Dokument I.

[47] FO 371, C 16408/13005/18. (1939).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unmittelbaren Nachbarn des Vatikans, das faschistische Italien, Einfluß zu gewinnen[48]. Er und seine Mitarbeiter versäumten keine Gelegenheit, der italienischen Bevölkerung und ihren Herren durch öffentliche Propaganda und private Initiativen die Vorzüge der Nichtkriegführung beizubringen. Zumindest anfänglich stießen diese Bemühungen auf ermutigendes Interesse. Die Auflage der „Osservatore Romano" erreichte ungeahnte Höhen, und auf anderer Ebene wurden Arrangements für eine Zusammenkunft der beiden Staatsoberhäupter getroffen.

Ohne Zweifel kam derartigen Anstrengungen nach Ansicht des Vatikans Bedeutung zu, doch brachten sie einen allgemeinen Frieden nicht näher. So kann es kaum überraschen, daß der Papst sehr positiv reagierte, als Präsident Roosevelt zwischen Oktober und Dezember sein Interesse an engeren Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Heiligen Stuhl bekundete. In einem Gespräch mit Kardinal Spellman, das in der zweiten Oktoberhälfte stattfand, sagte Roosevelt, er trage sich mit dem Gedanken, einen amerikanischen Vertreter beim Vatikan zu bestellen, und zwar zur Erleichterung humanitärer Hilfsaktionen wie auch, wenn möglich, zur Förderung von Friedensbemühungen[49]. Die Sache machte Fortschritte, als Myrom Taylor zum Beauftragten des Präsidenten ernannt wurde und Roosevelt dem Papst die Ernennung in einer herzlich gehaltenen Botschaft mitteilte[50]. Eine genauere Prüfung weist die Botschaft als recht harmlos aus, aber damals genügte sie, um überall Spekulationen über eine gemeinsame Friedenskampagne des Papstes, Roosevelts und Mussolinis auszulösen und um das britische Foreign Office in Bestürzung, ja sogar in Schrecken zu versetzen. „Ich sehe voraus", so schrieb Osborne am 27. Dezember, „daß wir früher oder später damit rechnen müssen, uns einer Friedensfront Papst – Präsident – Mussolini konfrontiert zu sehen, die wahrscheinlich von einer Mehrheit der neutralen Welt unterstützt wird"[51]. Ein anderer britischer Beamter zog den Schluß, die Vorgänge in Rom zeigten einmal mehr, daß der Papst vor allem die Absicht verfolge, die Bildung „einer geschlossenen Front gegen den Bolschewismus" zu fördern[52].

Solche Befürchtungen waren jedoch unbegründet. Gewiß herrschte im Vatikan ein ausgeprägter Antibolschewismus, und es wäre erstaunlich, wenn der Papst die oft und oft geäußerten Vorurteile seiner engsten Mitarbeiter nicht geteilt hätte[53]. Aber Antibolschewismus schloß ein klares Urteil über das Wesen des National-

---

[48] Actes et Documents du Saint Siége relatifs à la Seconde Guerre mondiale, Vol. I, Vatikan 1965, Einleitung S. 61 ff., und Dokument 178 ff.

[49] Saint Siège, Dok. 214.

[50] Saint Siège, Dok. 233.

[51] FO 371, C 90/89/18. (1940).

[52] FO 371, C 94/89/18. (1940).

[53] Zu antibolschewistischen Tendenzen im Vatikan vgl. Müllers Abwehrbericht bei Krausnick – Deutsch, S. 506 ff. Pater Leiber gehörte zu ihren ausgesprochensten Vertretern, von dem Müller sagte, er habe angedeutet, daß er auf lange Sicht eine europäische „Einheitsfront gegen Rußland, bzw. den Kommunismus" schaffen wolle.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialismus nicht aus[54]. Ferner gibt es, mochte der Sieg über den Bolschewismus auch ein Fernziel bleiben, kein Anzeichen dafür, daß der Papst sich von seinen weniger realistischen Hoffnungen den Blick für die unmittelbaren Notwendigkeiten bei der Wiederherstellung des Friedens trüben ließ. Seine Antwort auf Roosevelts Note stellte, welche Ambitionen oder Vorurteile er auch gehabt haben mag, eine bemerkenswert nüchterne Warnung vor den Gefahren eines falschen Optimismus dar. Am 7. Januar geschrieben, wirft sie ein erhellendes Licht auf Osbornes Audienz fünf Tage später[55]: „Wenn sich die Freunde des Friedens nicht vergebens mühen wollen, müssen sie sich die Größe der Hindernisse in aller Deutlichkeit vor Augen führen und die daraus folgende geringe Aussicht auf sofortigen Erfolg, solange der gegenwärtige Zustand der einander gegenüberstehenden Kräfte im wesentlichen unverändert bleibt".

Mithin war es nach Ansicht des Papstes sehr unwahrscheinlich, daß in der absehbaren Zukunft der Frieden mit normalen diplomatischen Methoden wiederhergestellt werden konnte. Fünf Tage später griff er, auf der Suche nach dem Frieden, der seit Beginn seiner Herrschaft sein Ziel gewesen war, zu höchst irregulären Mitteln. Was den näheren Hintergrund der Audienz vom 12. Januar angeht, so scheint es fast sicher zu sein, daß der Papst frühestens am 9. Januar über den eigentlichen Zweck der Mission Müllers informiert worden ist und daß er also seine Zustimmung zur Unterstützung Müllers praktisch sofort gegeben hat. Die Dokumente II, IV und V deuten alle darauf hin, daß an dem Tage, an dem die hier relevante Unterhaltung zwischen Kaas und Osborne stattfand, der Papst noch nicht um seine Intervention gebeten worden war. Selbst wenn wir diese Indizien unbeachtet lassen, verfügen wir aber doch über mindestens zwei Hinweise, die den von Kaas im Okto-

---

[54] Den stärksten Beweis für die Ablehnung des Nationalsozialismus durch Pius XII. stellt natürlich seine Unterstützung der Mission Müllers dar. Auch ohne diesen Beweis, den er ja nicht allzu ernst nahm, hat Osborne nie daran gezweifelt, daß Pius XII. von prodeutschen Urteilen frei war und die Unvereinbarkeit des Christentums mit dem Nationalsozialismus zu sehen vermochte. Daß sich Taktik und Stil des neuen Papstes von denen seines Vorgängers unterscheiden, was von den Franzosen und vielen anderen Beobachtern so übel vermerkt wurde, schrieb er den persönlichen Eigenschaften Pius XII. zu und der Erkenntnis, daß eine Politik der direkten Konfrontation mit dem NS-Regime den deutschen Katholiken nicht genützt hatte. Außerdem gab es zumindest schlagende Belege für die Feindseligkeit, mit der die engsten Berater des Papstes, vornehmlich die Kardinäle Tardini und Montini (später Papst Paul VI.) den „Hitlerismus" betrachteten. In der zweiten Kriegswoche schrieb Osborne nach einer Unterredung mit den beiden Kardinälen einen Bericht, in dem er feststellte, beide hätten darin übereingestimmt, „daß die Welt diese Geißel besser los wäre" (C 14210/15/18). Zwei Wochen später, am 27. September, äußerte sich Tardini noch deutlicher (15735/15/18): „Er sagte, daß es gewiß nicht zweifelhaft sein könne, auf welcher Seite in dem derzeitigen Konflikt die Sympathien des Vatikans lägen, und er wünsche sich nur, daß er mit starker Zuversicht auf die Niederlage der verabscheuungswürdigen Prinzipien des Hitlerismus hoffen könne." Derartige Äußerungen der engsten Mitarbeiter des Papstes sind fraglos ohne Bedeutung für die Interpretation der hier zu erörternden Handlungsweise des Papstes.

[55] Saint Siége, Dok. 240.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ber, November und Januar vermittelten Eindruck bekräftigen. So hat Pater Leiber nach dem Krieg immer erklärt, auf seine erste und vorsichtige Bitte im Namen Müllers habe der Papst erstaunlich prompt und positiv reagiert[56]. Zweitens trägt die These, der Papst habe von der Sache erst kurz vor seiner Intervention erfahren, zur Erklärung der auffallenden Unterschiede bei, die – in Ton und Inhalt – zwischen der Audienz vom 12. Januar (Dokument VI) und der Audienz vom 7. Februar (Dokument IX) bestehen. Selbst Osborne, der bei jeder Erörterung des Friedensfühlers zur Skepsis neigte, mußte nach der Februaraudienz zugeben, er habe „den Eindruck gewonnen, . . . daß die deutsche Initiative wichtiger und ernsthafter ist, als ich bei der ersten Gelegenheit annahm". Zum Teil kann der Unterschied im Ton damit erklärt werden, daß – wie noch zu zeigen sein wird – bei der ersten Zusammenkunft die päpstliche Taktik nicht zum Erfolg führte, doch gibt es zumindest einen substantiellen Unterschied im Inhalt, der darauf schließen läßt, daß die andere Haltung des Papstes im Februar nicht allein auf eine neue Taktik zurückgeht. Am 12. Januar lehnte es der Papst, obwohl er sich für Müllers Integrität bereitwillig verbürgte, ausdrücklich ab, auch den guten Glauben der Berliner Auftraggeber zu garantieren. Am 7. Februar hingegen sprach er ganz offen von „einen bekannten und wichtigen General . . ., dessen Bedeutung ausreicht, um ihn sehr ernst zu nehmen". Dieser Unterschied ist zu auffallend, als daß er mit dem Hinweis auf ein „taktisches Manöver" abgetan werden könnte. Vielmehr geht daraus hervor, daß der Papst zwischen dem 12. Januar und dem 7. Februar Zeit und Gelegenheit gefunden hatte, mehr über die Identität und die Glaubwürdigkeit der Beteiligten in Erfahrung zu bringen, und daß vor allem die Feststellung, als Schlüsselfigur der Verschwörung dürfe Beck angesehen werden, seine Hoffnungen gehoben und sein Vertrauen gestärkt hatte. Wie andere Hinweise, die in den britischen Dokumenten zu entdecken sind, findet auch dieser ein Echo in der mündlichen Überlieferung. In dem erwähnten Müller-Dohnanyi-Interview[57] erinnerte sich Müller daran, daß der Papst, nachdem er über die Pläne der Opposition informiert worden war, gesagt habe: „Ich übernehme die Garantie für Dr. Josef Müller, Die anderen Herren kenne ich nicht". In seiner damaligen Aussage implizierte Müller freilich, daß der Papst nur diese Antwort gegeben habe, doch berichtete er bei mehreren anderen Gelegenheiten, daß der Name Becks beruhigend im Vatikan gewirkt habe, da Pius XII. seit den Tagen seiner Berliner Nuntiatur Beck kannte und respektierte[58].

Danach ist es wohl wahrscheinlich, daß Pius XII., als er am Morgen des 12. Januar Osborne zu einer Audienz bat, gerade eben erst über das Vorhaben unterrichtet worden war, das er dem britischen Gesandten erläutern sollte, und daß seine Bereitschaft zur Intervention vor allem aus seinem Vertrauen zu Josef Müller zu erklären ist. Noch zwei andere Faktoren dürften für seinen Entschluß maßgebend

---

[56] H. Deutsch, S. 120f.
[57] Vgl. Anm. 9.
[58] H. Deutsch, S. 111.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewesen sein, nämlich Müllers offensichtlich spontane Bestätigung der römischen Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende deutsche Offensive[59] und der Ehrgeiz des Papstes, als Friedensstifter zu wirken. Die üble Lage, in der sich die „Freunde des Friedens" sahen, ermunterte ihn, die unerwartete Chance, den „gegenwärtigen Zustand der einander gegenüberstehenden Kräfte" zu ändern, beim Schopf zu packen.

Eine solche Interpretation des Hintergrunds der päpstlichen Intervention vom 12. Januar trägt auch zum Verständnis des vielleicht verwirrendsten Merkmals der Audienz bei: nämlich der Zurückhaltung des Papstes. Einmal schlug er sogar vor, die Angelegenheit ganz fallen zu lassen, eine Geste, die Osborne als deutliches Anzeichen dafür wertete, daß dem Papst seine Rolle nicht behagte „und daß er kaum irgendwelche Resultate erwartete". Daß der Papst allein auf Grund der Versicherungen handelte, die Josef Müller gegeben hatte, und nur auf der Basis vager und eilig gegebener Informationen, erklärt zum Teil seine Zurückhaltung, doch ist kaum zu glauben, daß ein so erfahrener Diplomat wie Pius XII. den Vertreter einer kriegführenden Macht zu sich bestellt und ihm eine Nachricht von einer Gruppe der anderen Seite übermittelt hätte, wenn er tatsächlich so schlecht vorbereitet und seiner Sache so wenig sicher gewesen wäre, wie aus Osbornes Bericht hervorzugehen scheint. Die Zurückhaltung des Papstes muß daher weitgehend taktischer Natur gewesen sein.

Die Gründe für seine Pose braucht man nicht lange zu suchen. Sie bot ihm erstens einen gewissen Schutz, falls etwas durchsickern sollte. Zweitens hat der Papst vermutlich angenommen, daß ein allzugroßer Enthusiasmus für die Pläne der deutschen Militärs bei Osborne nur den Argwohn wecken würde, er, der Papst, zeige sich gegenüber deutschem Einfluß allzu nachgiebig. Auch so brachte es Osborne ja fertig, sinistre Einflüsse hinter dem Papst zu entdecken, und man kann sich leicht vorstellen, was er gesagt hätte, wäre Pius XII. in einer Art aufgetreten, die besser zu einem Vertreter der deutschen Opposition in Rom gepaßt hätte.

Der weitere Verlauf der Dinge zeigte aber, daß diese Taktik keine Ergebnisse zeitigte. Die britische Antwort vom 22. Januar (Dokument VIII) fiel so unverbindlich aus, daß sie dem Papst vielleicht gar nicht übermittelt wurde. Der Mangel an Erfolg spricht jedoch nicht gegen die Beweggründe, die den Papst zur Vorsicht veranlaßt hatten. Er konnte ja nicht wissen, wie skeptisch Osborne auf jede derartige Fühlungnahme reagierte. Ein sensitiverer Gesprächspartner hätte wohl bemerkt, daß der Papst zwar sagte, er erwarte keine Antwort, aber hinzufügte, falls doch eine Antwort eintreffen sollte, könne ihn der britische Gesandte jederzeit sprechen, und er hätte diesen Zusatz als Beweis für das Interesse des Papstes an einer Antwort gewertet. Papst Pius wußte überdies nicht, daß beim Foreign Office zwischen 1938 und 1940 Mitteilungen der deutschen Opposition in reicher Zahl eingingen

[59] Saint Siége, Einleitung, S. 93, und Dok. 241.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und daß dort – namentlich von den Deutschlandexperten der Zentralabteilung – solche oft wiederholten Zusicherungen bereits mit großer Skepsis aufgenommen wurden. Schließlich hat er auch die unangenehme Einmischung des „Observer"-Vertreters in Rom trotz entsprechender Befürchtungen nicht vorhersehen können[60]. Die Schwierigkeiten, die dadurch in London entstanden, werden noch erörtert, doch kann hier schon gesagt werden, daß der Bericht im „Observer" – der einzige Aspekt der römischen Gespräche, der je im britischen Kabinett diskutiert wurde – wohl den Ausschlag dafür gab, den deutschen Friedensfühler zu ignorieren.

Die übrigen Dokumente zur Rolle des Papstes in der Episode erfordern keinen so ausführlichen Kommentar, nicht weil sie weniger wichtig wären, sondern weil sie weniger problematisch sind. Die Einladung, die Osborne am Abend des 6. Februar erhielt, spiegelt offensichtlich die Erfahrungen der vorhergegangenen drei Wochen. Die an Phillips Oppenheim erinnernde Atmosphäre, in der die Audienz stattfand, darf als zwangsläufige Folge der Tatsache gelten, daß nach dem letzten Treffen etwas durchgesickert war; als Anlaß der Audienz selbst genügt der Mangel an Interesse, den die Briten bislang an den Tag gelegt hatten, ferner die Ankunft Müllers mit neuen und besseren Beweisen für die Existenz einer Verschwörung in Berlin. Was Müller mitteilte, ist der interessanteste Punkt in Dokument IX. Die inneren Veränderungen, die in Aussicht gestellt wurden, decken sich mit den entsprechenden Formeln in anderen Vorschlägen der Opposition aus jener Periode. Auch die skizzierte Regelung der osteuropäischen Fragen folgt gewohnten Bahnen, wenngleich es erwähnenswert ist, daß Müller später behauptet hat, das „Angebot" eines Plebiszits in Österreich sei von der deutschen Seite gekommen[61], während das Dokument dieser Behauptung widerspricht. Interessant ist vor allem, daß noch immer von der Möglichkeit eines Putschs gesprochen wird, obschon die Chancen, wie wir aus anderen Quellen wissen, sehr schlecht standen[62], und daß ein Bürgerkrieg in Deutschland – nach einer Revolte irgendwo außerhalb Berlins – prophezeit wird.

Wie die Dinge in Berlin nun auch liegen mochten, in Rom zerstreuten Müllers Mitteilungen jedenfalls, das ist deutlich zu sehen, alle Zweifel an der Seriosität der Verschwörung, die der Papst und seine engsten Mitarbeiter vielleicht noch gehabt hatten. Daß der Papst den Verschwörern vertraute, beweist am schlagendsten Dokument XIII, ein privater Brief an Halifax, den Osborne nach einer Audienz schrieb, die der Papst Lady Halifax und ihrem Sohn gewährt hatte. Obwohl die Gelegenheit, wie Osbornes Schreiben implizierte, für eine derartige Mitteilung denkbar ungeeignet war – „Für eine weitere Erörterung blieb keine Zeit, da Lady Halifax wartete" –, nahm der Papst am Ende der Audienz Osborne beiseite und brachte ihm abermals die deutsche Opposition in Erinnerung. Diese spontane Geste des Vertrauens – der, wie erwähnt werden muß, ein ebenso spontaner Ausdruck

---

[60] Vgl. Dokument VI.

[61] H. Deutsch, S. 297.

[62] Zur Moral der Opposition Ende Januar vgl. Hassell, S. 106 ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Osborne'schen Skepsis entsprach – ist noch auffallender als die Veränderung des Tons zwischen dem 12. Januar und dem 7. Februar; sie bestätigt Pater Leibers Erinnerung, daß diejenigen, die wußten, was im Vatikan im Gange war, während des ganzen Februars in großer Spannung lebten[63]. Die Spannung dauerte offensichtlich auch noch im März an, noch nach der – später zu erörternden – Übermittlung der britischen „Antwort", weil in der zweiten Märzhälfte, im Anschluß an Ribbentrops Audienz im Vatikan, der Papst zu Osbornes französischem Kollegen, als er mit ihm deutsche Angelegenheiten besprach, sagte, daß „etwas Unerwartetes geschehen könne. Auf die Frage, ob er die Eliminierung Herrn Hitlers meine, gab er zu verstehen, daß er dies in der Tat meine, doch lehnte er es ab, weiter über das Thema zu sprechen."[64]

Was die britische Haltung gegenüber den deutschen Friedensfühlern betrifft, sprechen die Dokumente in vieler Hinsicht für sich selbst. Indes müssen der Hintergrund der britischen Reaktion auf die päpstliche Aktion und die Genesis des Halifax-Briefs vom 17. Februar kurz analysiert werden.

Die Dokumente, die uns heute aus Kabinett und Foreign Office zur Verfügung stehen, bestätigen den Eindruck, den Helmut Krausnick, Hermann Graml[65] und D. C. Watt[66] gewonnen hatten, daß nämlich die wichtigsten Persönlichkeiten in Kabinett und Foreign Office im Herbst und Winter 1939 einen Staatsstreich gegen Hitler begrüßt hätten und zu Verhandlungen mit fast jeder Alternativregierung bereit gewesen wären. Einige Minister sahen der Möglichkeit einer solchen Entwicklung mit größerem Optimismus entgegen als ihre Kollegen, doch herrschte in den inneren Kreisen des Kabinetts und des Foreign Office die einhellige Meinung, daß ein derartiger Vorgang, sollte er sich ereignen, höchstwahrscheinlich die Beendigung eines Krieges erlauben würde, den aus vielen und sehr verschiedenen Gründen kaum jemand führen wollte.[67] So sind Gespräche mit Dahlerus und Hohenlohe, den Repräsentanten Görings, und einigen anderen autorisiert worden. Außerdem erhielten britische Propagandisten die Direktive, „Göring in Ruhe zu lassen". Die Direktive blieb, so weit man sehen kann, bis zum Beginn der deutschen Westoffensive in Kraft[68].

Im Laufe des Winters geriet diese Haltung jedoch unter zunehmenden Druck,

---

[63] Vgl. H. Deutschs Unterredung mit Pater Leiber am 26./28. August 1960; Protokoll im Archiv d. IfZ.

[64] FO 371, C 4357/89/18. (1940); Sir Alexander Cadogans Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem französischen Botschafter am 19. 3. 1940.

[65] H. Krausnick/H. Graml, Der deutsche Widerstand und die Alliierten, in: Die Vollmacht des Gewissens, Bd. II, Frankfurt 1960.

[66] D. C. Watt, Les Alliés et la Résistance Allemande 1939/44, in: Revue d'histoire de la deuxième Guerre Mondiale 9 (1959), S. 65 ff.

[67] Churchill war natürlich sehr skeptisch, doch räumte selbst er ein, daß Göring „sehr wohl die Hoffnung haben mag, die Rolle General Monks zu spielen"; War Cabinet. Oct. 5th 1939. WM 38 (39) 8, Confidential Annexes.

[68] FO 371, C 17734/1645/18. (1939).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den vornehmlich die französische Regierung und jene Berufsbeamten im Foreign Office wie im diplomatischen Dienst ausübten, die entweder Deutschlandexperten oder frankophil und gewöhnlich sogar beides waren. Die Einzelheiten der anglo-französischen Kampagne können hier nicht behandelt werden. In unserem Zusammenhang ist nur von Bedeutung, daß die drei Personen, die damals vor allem an der Festlegung der britischen Außenpolitik beteiligt waren, dem Druck weitgehend widerstanden. Zwar ist ihr Optimismus zweifellos etwas gedämpft worden, als die Zeit verstrich, ohne einen Regierungswechsel in Deutschland zu bringen; auch der Venlo-Zwischenfall wirkte ernüchternd. Doch gibt es aus dem Monat, in dem Müllers Vorhaben erstmals zur Kenntnis der Briten kam, zahlreiche Beweise dafür, daß Chamberlain, Lord Halifax und Sir Alexander Cadogan weiterhin glaubten, ein wahrer Frieden sei nur mit der Zustimmung und der Mitwirkung des deutschen Volkes möglich, weshalb auf die propagandistische oder diplomatische Förderung einer Revolution in Deutschland, so unwahrscheinlich sie sein möge, nicht einfach verzichtet werden könne.

Daß Chamberlain noch immer hoffte, zeigt seine – von Experten des Foreign Office als übertrieben großzügig angesehene – Antwort auf einen Brief des ehemaligen Reichskanzlers Wirth[69]. Am 9. Januar nahm er Wirths Argumente in eine Mansion-House-Rede auf, und er erwog sogar den Gedanken, Wirth in einem persönlichen Schreiben auf diese freundliche Reaktion ausdrücklich hinzuweisen. Das Foreign Office hielt einen solchen Enthusiasmus keineswegs für angebracht, und der Premierminister wurde überstimmt. Einen Tag vor der Mansion-House-Rede Chamberlains, als Kaas in Rom mit Osborne sprach, bestellte Halifax die Botschafter Hollands und Belgiens zu getrennten Unterredungen[70]. Der Hauptzweck war in jedem Falle die Weitergabe einer der britischen Regierung aus Italien und „aus zwei geheimen Quellen" zugegangenen Warnung vor einer bevorstehenden deutschen Offensive und die Aufforderung an die beiden Kabinette, ein unter diesen Umständen notwendig gewordenes deutliches Zeichen ihrer Solidaridät und ihrer Entschlossenheit zur Abwehr eines Angriffs zu geben. Eine solche Demonstration der Stärke könne auch, so argumentierte Halifax, die Nebenwirkung haben, „den Rücken der deutschen Generäle zu stärken, die ja", wie er gehört habe, „eine Invasion der Niederlande ablehnten".

Für die Anschauungen Sir Alexander Cadogans besitzen wir noch bessere Belege als für die Auffassungen des Außenministers und des Premiers. In seinen Urteilen vorsichtiger und weniger spekulativ oder offen idealistisch, war sein Standpunkt, wie er am 24. Januar, nach einer Unterhaltung mit Halifax, in seinem Tagebuch selbst schrieb, doch kaum von dem der beiden Politiker zu unterscheiden.[71] Ohne Zweifel war er weniger germanophob als etliche seiner Untergebenen. So nahm er in einer Aufzeichnung zu Wirths Brief an den Premier gegen den exzessiven

[69] FO 371, C 297/6/18. (1940).
[70] FO 371, C 434/31/18. (1940).
[71] Cadogan Diaries, a. a. O., S. 249.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zynismus derjenigen Stellung, die, wie die Franzosen und einige Deutschlandexperten, behaupteten, es sei ein Fehler, zwischen dem NS-Regime und dem deutschen Volk einen Unterschied zu machen. „Ich bringe es nicht fertig", so schrieb er, „daran zu glauben (obwohl ich es versucht habe)."[72] Seine Einstellung zu einem Frieden mit einer neuen deutschen Regierung war pragmatisch und reserviert, jedoch nicht völlig negativ, obwohl die zwei Jahre, in denen die Individuen und Gruppen auf deutscher Seite, die zum Sturz des Regimes willig und fähig zu sein, erklärten, lediglich Versprechungen boten, seine Geduld begreiflicherweise nicht weniger strapaziert als die der anderen Angehörigen der Foreign Office. „Ich möchte lediglich die Anfänge einer Spaltung in Deutschland fördern und dann abwarten, was geschieht. Ich würde mich selbstverständlich nicht darauf festlegen, Frieden mit den Generälen zu schließen."[73] Einige Wochen später äußerte er sich in einer Stellungnahme zu einem Brief Sir John Wheeler Bennetts an Sir Robert Vansittart noch deutlicher. Zwar zeigte er sich, was die Resultate anging, nach wie vor nicht übermäßig optimistisch, doch meinte er, daß „ein Austausch von Frage und Antwort durch Untergrundkanäle uns doch eine Vorstellung davon verschaffen kann, was es im Hinblick auf ein neues Regime in Deutschland für Möglichkeiten gibt. ... Ich hoffe aber, daß uns das kein neues Venlo beschert."[74]

Vor diesem Hintergrund einer konstruktiven Skepsis ist die Reaktion der britischen Regierung auf den ersten Fühler des Vatikans nur um so auffallender. Obwohl grundsätzlich bereit, mit der deutschen Opposition mögliche Friedensbedingungen zu diskutieren, hat die Regierung jene spezielle Fühlungnahme offenbar nicht für ernsthaft oder glaubwürdig genug gehalten, um eine Antwort zu rechtfertigen. Vier Faktoren dürften die britische Haltung bestimmt haben: Osbornes Interpretation des Gesprächs; die Skepsis der Fachleute; die Zweifel am Papst, die, wie schon dargelegt wurde, in den letzten Dezemberwochen am stärksten waren, als der Papst, Mussolini und Roosevelt eine gemeinsame Friedensfront anzustreben schienen; und schließlich die wohl ausschlaggebende Besorgnis, der Bericht im „Observer" werde den britisch-französischen Beziehungen schaden[75]. Die Franzosen reagierten auf den Zeitungsbericht so prompt, daß sie ihre Befürchtungen zu erkennen gaben, noch ehe die führenden Beamten des Foreign Office Osbornes Bericht über die in dem Blatt erwähnte Audienz gesehen hatten. So ist es kaum überraschend, daß den britischen Ministern und Beamten mehr daran lag, den Bundesgenossen zu beruhigen, als daran, die Implikationen eines Berichts zu erörtern, dessen Bedeutung der britische Gesandte beim Heiligen Stuhl selbst herunterspielte. Es ist bezeichnend, daß sich das Kabinett am 17. Januar nur deshalb mit dem Fühler des Vatikans beschäftigte, weil die französische Reaktion auf den Bericht im „Observer" Sorgen machte; eine Neigung, die Substanz der Mitteilungen Osbor-

[72] FO 371, C 297/6/18. (1940).
[73] FO 371, C 19632/15/18. (1939), Notiz vom 30. 11. 1939.
[74] FO 371, C 1545/267/62. (1940).
[75] Vgl. Dok. VII.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nes zu besprechen, ist nicht zu erkennen[76]. Es verdient auch erwähnt zu werden, daß der französische Botschafter bereits am 17. Januar beruhigende Zusicherungen erhielt, während die Antwort an Osborne – und damit an den Papst – erst am 22. Januar abging.

Der zweite Vorstoß des Vatikans ist in London sehr viel ernster genommen worden. Zu einer Zeit, da die britische Regierung mit Informationen von der deutschen Opposition und über die deutsche Opposition überschwemmt wurde, schien der Bericht aus dem Vatikan, wie Orme Sargent sagte, die „dichteste" und „vertrauenerweckendste" unter allen einlaufenden Nachrichten zu sein[77]. So ist der Entschluß gefaßt worden, darauf zu antworten. Wer für diesen Entschluß eigentlich verantwortlich zeichnete und selbst wer über ihn unterrichtet war, ist nicht klar. Das Kabinett wurde ebensowenig informiert wie die Franzosen und – so scheint es – die jüngeren Beamten in der Zentralabteilung des Foreign Office[78]. Der Papst hatte strengste Geheimhaltung verlangt, und so ist seine Mitteilung, da sein Wunsch respektiert und wohl auch jede mögliche politische Verwicklung vermieden werden sollte, nur von Chamberlain, Halifax, Strang, Sargent, dem König und – nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub[79] – Sir Alexander Cadogan besprochen worden. Die Antwort (Dokument XII) hat dann Strang formuliert, der sich dabei auf die vom Premierminister (Dokument X) bzw. vom Außenminister skizzierten Entwürfe stützte. Chamberlains Entwurf erscheint fast wörtlich im fünften Absatz des Schreibens, und Halifax' Anregungen stellten vermutlich die Grundlage des letzten Absatzes dar, wenn auch Orme Sargent noch einige Modifizierungen dieses Teils durchsetzte, ehe der Brief abging. Es ist wahrscheinlich (Dokument XI), daß in Halifax' ursprünglicher Version nicht von einem Plebiszit in Österreich die Rede war. Der entsprechende Satz, der letzte in der endgültigen Fassung des Schreibens, ist also hinzugefügt worden, weil ohne ihn, wie Sargent meinte, die britische Antwort den deutschen Forderungen zu weit entgegenkam.

Sargents Aufzeichnung und der Tenor des Briefes selbst, namentlich in dem von Chamberlain stammenden Absatz, machen klar, daß die Briten erst am Beginn jenes „Austauschs von Frage und Antwort" zu stehen glaubten, den Cadogan als nützlich bezeichnet hatte[80]. In wichtigen Fragen, etwa im Hinblick auf Osteuropa oder auf Garantien gegen eine neuerliche deutsche Aggression, ist die britische Haltung, wie Sargent feststellte, unklar gelassen worden. Sargent hielt diese Unterlassung nicht für schädlich, doch haben er und die übrigen britischen Minister und Beamten, die den Inhalt der Erwiderung kannten, offensichtlich angenommen, daß

---

[76] WM 16 (40) 8. Confidential Annexes.- Es ist möglich, daß Halifax unmittelbar nach dem Eingang von Osbornes Privatbrief dazu neigte, den deutschen Fühler ernst zu nehmen. Auf dem Original findet sich eine kurze Notiz von seiner Hand: „I might raise this with the Cabinet tomorrow." (Halifax Papers, F. O. 800/318.)

[77] FO 371, C 2882/89/18. (1940); Aufzeichnung v. 17. 2. 1940.

[78] Die Dokumente wurden aber schließlich im Central Department abgelegt.

[79] Cadogan - Diaries, a. a. O., S. 254 f.

[80] Vgl. Anm. 74.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Meinungsaustausch fortgesetzt werden müsse, ehe den Deutschen Zusicherungen gegeben werden dürften, für die außerdem, das sei betont, das Einverständnis der Franzosen eingeholt werden sollte. Nach dem Kriege entstandene Darstellungen, in denen der Anschein erweckt wird, die Briten hätten über den Papst „Friedensbedingungen" oder gar eine Garantie angeboten, sind also mit den Fakten nicht zu vereinbaren.

Zuletzt muß noch untersucht werden, wie und ob sich das Material, das Berlin erreichte, also der sogenannte X-Bericht, vom Inhalt der Mitteilung unterschied, die Osborne auf Weisung seines Außenministers dem Papst übermittelte. Ausgangspunkt hat natürlich Hassells Tagebucheintragung zu sein, die seine Gespräche mit Oster, Dohnanyi und Nostitz am 16. März 1940 festhält[81]:

„Sie lasen mir außerordentlich interessante Papiere über Gespräche eines katholischen Vertrauensmannes mit dem Papst vor, der seinerseits daraufhin über Osborne mit Halifax Verbindung aufgenommen hatte. Der Papst wäre danach erstaunlich weit gegangen im Verständnis für deutsche Interessen. Halifax, der dabei ausdrücklich für das British Government gesprochen hat, ist wesentlich verklausulierter in der Formulierung, berührt auch Punkte wie ‚Dezentralisierung in Deutschland' und ‚Volksabstimmung in Österreich'. Im ganzen ist deutlich der Wille zum anständigen Frieden ersichtlich, und der Papst hat dem Vertrauensmann gegenüber stark betont, daß solche Dinge wie ‚Dezentralisierung' und Volksabstimmung in Österreich bei sonstiger Einigkeit durchaus kein Hindernis für den Frieden bilden würden".

An dieser Passage fällt vor allem die Unterscheidung auf, die Hassell nach der Lektüre des X-Berichts zwischen dem Papst und Lord Halifax machte. Sie legt den Schluß nahe, daß die Version des X-Berichts, die Hassel sah, – möglicherweise sind Änderungen vorgenommen worden, ehe der Bericht an Halder ging–, die Bedeutung der Antwort Halifax' keineswegs übertrieben hat. Der Außenminister war in der Tat „verklausulierter in der Formulierung", wenn er auch genügend Beweise für seinen Wunsch nach einem anständigen Frieden gab. Die positiveren Elemente des Dokuments gingen nicht auf Halifax zurück, sondern auf den Papst, der seinen deutschen Freunden versichert zu haben scheint, daß die Briten noch mehr geneigt seien, mit einem neuen Regime eine vernünftige Friedensregelung auszuhandeln, als aus Halifax' vorsichtigem Schreiben hervorgehe, und daß er selbst bereit sei, alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um einen die deutschen Interessen gebührend berücksichtigenden Frieden herbeizuführen.

Am Ende hat freilich weder der Vorstoß des Papstes, noch die Bereitschaft der Briten ausgereicht, Halder und Brauchitsch davon zu überzeugen, daß noch immer Zeit sei, Hitler zu stürzen. Die Briten waren mittlerweile allerdings – jedenfalls gilt das für das amtliche London – an die Nichterfüllung von Versprechungen gewöhnt, und da ihre Skepsis außerdem durch Zweifel des Secret Service an der

[81] Hassell, S. 124.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Integrität Kaas' Nahrung erhielt (Dok. XV), hat sie der Gang der Dinge Ende März (Dok. XVI u. XVII) kaum überrascht. Für den Papst hingegen bedeutete diese Entwicklung eine tiefe Enttäuschung. Zwei Aspekte der Affäre haben ihn anscheinend besonders getroffen: einmal die zwischen dem 16. und 27. März, nach Müllers neuerlichem Auftauchen in Rom, widerwillig gewonnene Einsicht, daß mit einem Staatsstreich in Deutschland kaum mehr zu rechnen sei, und die — möglicherweise auf Informationen durch den ehemaligen Reichskanzler Wirth beruhende[82] – Entdeckung, daß der Vatikan nicht die einzige Kontaktstelle zwischen der deutschen Opposition und der britischen Regierung gewesen war. Der Papst hatte seine Aktion offenbar auf ein ungerechtfertigtes Vertrauen zur Opposition gestützt und auf die falsche Annahme, daß er als einzigartiger Vermittler gelte. Wie enttäuscht der Papst aber auch gewesen sein mag, so hat doch Müller persönlich sein Vertrauen nie verloren, und als der Emissär der Opposition Anfang Mai abermals nach Rom zurückkehrte und vor der bevorstehenden deutschen Westoffensive warnte, wurde seine Warnung an die nächstbetroffenen neutralen und kriegführenden Staaten weitergegeben (Dok. XVIII). Diesmal war seine Mitteilung nur allzu wahr, wie Osborne in einer Unterhaltung mit dem Papst feststellen mußte, die einen passenden Schluß zu dieser Einführung liefert: „Ich gratulierte dem Papst dazu, daß er über den deutschen Angriff schon vorher unterrichtet gewesen war, und räumte ein, daß ich selbst, obwohl ich die Information nach London telegrafierte, etwas skeptisch gewesen sei. Er sagte, daß er die Genauigkeit seiner Information nie bezweifelt habe."[83]

Noch einige Bemerkungen zu den Dokumenten. Fast alle sind in der Zentralabteilung des Foreign Office behandelt oder abgelegt worden, jener Abteilung also, die für Belgien, die Tschechoslowakei, Danzig, Frankreich, Deutschland, Holland, Luxemburg, Polen und allgemeine europäische Angelegenheiten zuständig war. Normalerweise wurde mit eingehenden Telegrammen und Berichten folgendermaßen verfahren: Nach der Zuweisung an die zuständige Abteilung wurde das Dokument dort von einem Zweiten Sekretär geprüft, der es zur Verteilung an andere Abteilungen empfahl, falls er das für notwendig hielt, und der außerdem ihm relevant scheinende Kommentare und Überlegungen notierte. Er gab das Dokument dann an seinen Vorgesetzten weiter, meist an den Ersten Sekretär und gelegentlich auch direkt an den Leiter der Abteilung, der im Range eines Rats stand. Oft war der Abteilungsleiter die Endstation. Hielt dieser aber die Sache für wichtig genug, leitete er das Schriftstück an einen der Unterstaatssekretäre weiter, der es, wenn erforderlich, dem höchsten Beamten des Foreign Office, dem ständigen Staatssekretär, vorlegte. Nur die wichtigsten oder interessantesten Dokumente gelangten bis zum politischen Leiter des Foreign Office, dem Außenminister. Während der hier in Frage stehenden Periode sind die Dokumente in einigen Fällen auch dem

[82] Vgl. FO 371, C 3439/6/18. (1940).
[83] Bericht Osbornes vom 11. 5. 1940, FO 371, R 5967/274/22. (1940).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diplomatischen Chefberater des Außenministers, Sir Robert Vansittart, unterbreitet worden, doch geschah das keineswegs automatisch, und Vansittart beklagte sich oft, daß er wichtige Schriftstücke entweder gar nicht oder zu spät für eine Intervention erhalte. Der Parlamentarische Staatssekretär Lord Halifax', Mr. R. A. Butler, hat solche Klagen noch weit öfter vorbringen müssen, und es verdient angemerkt zu werden, daß er von den im folgenden abgedruckten Dokumenten offenbar keines gesehen hat.

Bei den Dokumenten VI, IX, XII und XVII war das Verfahren allerdings anders, da es sich um Privatbriefe an den Außenminister handelt. Sie gingen sofort an sein Privatbüro, wo sie von seinem Privatsekretär geöffnet wurden. Lord Halifax hat sie dann jenen Beamten zugehen lassen, die er zu konsultieren wünschte. Von allen wurden Kopien angefertigt, die dann in die Akten der Zentralabteilung wanderten. Die hier abgedruckten Dokumente sind von folgenden Beamten bearbeitet und gesehen worden: in der Zentralabteilung von Ivone Kirkpatrick (Abteilungsleiter), Roger Makins (Erster Sekretär), F. K. Roberts und G. P. Young (Zweite Sekretäre), ferner von W. Strang (Unterstaatssekretär), Sir Alexander Cadogan (Ständiger Staatssekretär) und in Cadogans Abwesenheit von Sir Orme Sargent (Stellvertretender Staatssekretär).

Peter Ludlow

Dokument I[1]

Decypher. Mr. Osborne (The Vatican) 28th October 1939
D. 8.50 p.m. 28th October 1939
R. 1.03 a.m. 29th October 1939

No. 84
Your telegram No. 49[2]
Secret

From very high and well informed source[3], in close touch with Vatican, I understand that strong pressure is continuously being brought to bear by German Government, through unofficial channel, directly on the Pope to induce him to believe in possibility of settlement and to accept assurances in the Catholic and other questions. Although His Holiness has until recently been impressed by latest developments, the fact that the Vatican has not brought Goering's alleged statements to the notice of His Majesty's Government tends to show, in informant's opinion, that if they were made current now [? they would be] recognised by the Pope as part of the manoeuvre by German Government to keep Vatican quiet[4].

---

[1] C 17423/13005/18. (1939).

[2] C 17419/13005/18. (1939).

[3] Vermutlich Monsignore Kaas.

[4] Am 31. 10. 1939 berichtete Osborne (C 17542/13005/18.): „I have discreetly sounded Under Secretary of State and believe that it is correct that Goering has not approached the Vatican."

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument II[5]

Decypher. Mr. Osborne (The Vatican). 30th October, 1939
D. 9.10 p.m., 30th October, 1939
R. 11.15 p.m., 30th October, 1939

No. 85
My telegram No. 84[6]
Secret

The same person informs me that German source, whom he has sounded during the week-end, states that General Goering is in disagreement with Himmler who wishes to substitute a National Communist Party for the Nazi Party. Informant has also sounded the Vatican source nearest the Pope himself[7] and has the impression that [grp. omtd., ? the German Government] has not yet approached the Vatican directly[8], finding it probably difficult and dangerous to do so. Such overtures would in any case be distinct from insincerity [sic] of German assurances mentioned in my telegram under reference.

Dokument III[9]

Mr. Osborne to Viscount Halifax.—(Received November 26.)

(No. 221. Confidential.) Rome, November 21, 1939

My Lord,

With reference to my despatch No. 215 of the 16th November[10] on the subject of conditions in Germany, I have the honour to report that I received yesterday a dual warning, from two sources worthy of serious consideration, that it was the height of unwisdom to count upon, and more foolish still publicly to predict, an early collapse of Germany or of the Nazi Government. My first informant was a Hungarian lady, a friend and guest of the Hungarian Minister to the Holy See, who lunched with me yesterday. She has some connexion with journalism, and it is her business to be well informed about political conditions. She has Austrian relations whom she had quite recently visited in Vienna. She told me that she had discussed the present situation with a number of Austrians of all classes, for the most part anti-Nazis by inclination.

---

[5] C 17497/13005/18. (1939). Makins kommentierte: „This is very obscure."

[6] Dok. I.

[7] Vermutlich Pater Leiber SJ.

[8] Vermutlich Dr. J. Müller gemeint.

[9] C 19186/53/18. (1939). Die Beamten des Foreign Office gaben u. a. folgende Kommentare: Roberts: „There is nothing new here, but it is an interesting confirmation of all our recent information. It discourages optimism about any internal collapse in Germany." Kirkpatrick: „In a subsequent telegram Mr Osborne qualifies the pessimism of this despatch." (Das erwähnte Telegramm war nicht aufzufinden.) - Strang: „We shall not begin to convert the German people until we have inflicted a heavy reverse on one or other of the German armed forces." - Cadogan: „As regards para. 1, this tallies very much with what Mr Villard (an American journalist) told me. He said that everywhere he went in Germany he found extreme dejection, and dislike of the war, voiced with an astonishing freedom, and even complaints that the war had been brought on by a handful of highly placed people in Germany. But he added the warning that the Germans would nevertheless hang together and march at Hitler's orders, and that there would be no ‚crack' for a long time except under pressure of defeat."

[10] C 18883/123/55. Nicht gedruckt.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In all cases she was met and deeply distressed, by the same phenomenon—a numbed fatalism, incapable of looking forward to, still less working, for any change, a resigned hopelessness and a submergence of the personality and of individual hopes and aspirations. But this almost oriental fatalism was not necessarily a painful condition: after many hopes and fears and delusions deriving from the nazification of Austria and subsequent developments, it seemed to be a relief to relapse into a nirvana of disillusion, and to live as cheerfully as might be from day to day without bothering about an incalculable future. My informant was shocked by this prevalent state of mind, but entirely failed to shame her friends and acquaintances by her reproaches. She also told me that the losses of the Austrian regiments in the Polish war had been much exaggerated, and that the young Austrians, when called upon to fight in Poland, had reverted to their instinctive Austrian loyalty to military leadership, seemingly indifferent to the fact that the Greater Reich of Hitler had replaced the Empire of the House of Habsburg. As regards food conditions in Austria, she said that they were difficult and irksome, but that there was enough to eat; the only serious thing was the shortage of fats.

2. It was interesting that on four points she, together with her host, my Hungarian colleague, and my other informant, Mgr. Kaas, the former leader of the Catholic Centre party in Germany and now superintendent in charge of the Basilica of St. Peter's, were in complete accord; that an early internal collapse of Germany should on no account be looked for, even if it were to be expected at all; that Herr von Ribbentrop had been a disaster for all concerned, as was even generally realised in Germany too; that if and when the time came for reaching a settlement with Germany it might well be effected through Göring, possibly in association with the High Command of the German army; and lastly that everything pointed to the evolution of the present German regime into a form of national bolshevism.

3. Mgr. Kaas took a very gloomy view of the outlook. He foresaw a long and savage war, progressive financial ruin for all countries concerned and the bolshevisation of Germany, with unpredictable consequences. In any case numbers of the Gestapo were unrepentant Communists, and no very considerable change would be involved in the communisation of the Nazi régime. He warned me against any expectation of an internal ebulition or collapse in Germany, and thought it very inadvisable that the Allied press should speculate so freely on so unlikely a development. The German people, he said, were anything but disunited, although, of course, there were those who deplored Nazi principles and methods. Many critics of the régime had been dazzled by the success of the campaign against the hated Poles. A further element of union now was the hatred of England which, he warned me, was very real, intense and general. For the rest the nation had been numbed and battered into acquiescence. German domestic propaganda was extremely skilful and very successful. The cry of „Encirclement" and the real hardships of the rationing system strengthened the hate campaign against England. Suffering and self-defence tended to stifle scruples about the régime. And the German people was by nature subservient and consequently almost incapable, especially after a long period of regimentation, of the organisation of revolt from within. He had nothing to say about disputes within the party.

4. England's great mistake, said Mgr. Kaas, had been the disarmament policy of the Labour party. On the other hand, Hitler's great mistake had been the rape of Bohemia and Moravia. Both the recent mediation offer of the Queen of Holland and the King of the Belgians and the Munich bomb outrage presented inexplicable elements. Was the former the result of a German initiative or menace? In any case, it was ill-timed and had only served to reveal the hopeless incompatibility of the war aims of the belligerents. The Munich outrage was another enigma. There were elements of

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

plausibility in all three possible explanations: namely, that it was the work of anti Nazis, that it was the work of anti-Hitler members of the party or the Gestapo, or that it was a manœuvre on the lines of the Reichstag fire, carried out with Hitler's knowledge and designed to stimulate enthusiasm for the Führer and antagonism to England. In any case, Mgr. Kaas observed, the fact that it was generally accepted as a not particularly astonishing or abnormal event showed the present moral degradation of the world. He had no ideas as to future German military policy, but he reminded me that Hitler had always relied upon carefully worked out surprises to effect his ends.

5. My conversation with Mgr. Kaas, who was as friendly as ever, was not encouraging, but I imagine that, in spite of his detestation of Hitler and the Nazi régime, he retains certain patriotic instincts and that, while he would dearly like to see the liberation of Germany from Hitlerism, he would find it difficult to reconcile himself to the idea of the defeat of Germany, even Hitlerian Germany. I would request that his conversation with me be regarded as confidential, and that his name on no account be mentioned.

6. I am sending a copy of this despatch to the Political Intelligence Department.

D. G. Osborne

Dokument IV[11]

Telegram (en clair) from Mr. Osborne, (The Vatican)
D. By Bag. December 1st, 1939
R. December 4th, 1939

No. 16. Saving
Secret

Monsignor Kaas (see paragraphs 3 to 5 of my despatch No. 221 of November 21st)[12] lunched with me alone this week. He told me that he had *recently* been approached by a purported representative of German military circles (Monsignor Kaas seemed to have no doubt of his visitor's *bona fides*) who had enquired whether it would be possible to use the Vatican as intermediary in the securing of a „fair and honourable peace". It would appear that if they could be assured of getting what they regarded as such a peace from the British and French Governments, the German military circles in question would be ready to treat on the understanding that they would subsequently take over control of the country from the Nazi Régime.

Much of this is very nebulous. „Military circles" are presumed to represent most important members of the High Command who, Monsignor Kaas says, deeply resented the pact with Russia and its implications and consequences. Above all, they are very much afraid of a rapid growth of Communism in Germany leading up to a crisis in which the German Government and economy would be officially approximated to the Russian system. Göring is said to share these apprehensions of conservative military circles and to accept the idea of secret negotiation of a „fair and honourable peace" over the head of Hitler and Ribbentrop. What is not clear is how exactly the military leaders would propose to deal with the Führer and his confederates.

In his reply to his interlocutor Monsignor Kaas, according to his own account, displayed a healthy scepticism. As he said to me, it is necessary to bear the Venlo

[11] C 19745/13005/18. (1939). Roberts kommentierte: „Mgr. Kaas took a very sensible line and I think we can only share his healthy scepticism."

[12] Dok. III.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

affair in mind. He replied then, firstly, that while the Pope from the height of his apostolic mission would always gratefully welcome and encourage any prospects of the restoration of peace to Europe, he would at the same time insist upon the exercise of the greatest caution by the Vatican and the avoidance of any direct political intervention. (This is the usual assertion of the Vatican's non-political principle; in practice I think it could always be surmounted so long as there was no obvious lapse from impartiality).

Monsignor Kaas then went on to retail his own views to his visitor. These were that the suggestion of negotiation was premature in present circumstances. As regards the possibilities of a peace „fair and honourable" to Germany he advised study of Mr. Chamberlain's recent speech as a sufficient guarantee[13]. But he added that before there could be any prospect of negotiation, conclusive guarantees would be required, not only of the *bona fides* of the German party to the negotiation, but of their ability to implement their undertakings. These were preliminary essentials; there would be other requirements regarding the bases of discussion.

I told Monsignor Kaas, speaking personally, that I entirely agreed with his reply. I added that in my opinion before there was any prospect of useful discussion there would also have to be assurance of the definite abandonment of the present German policy of rape on the instalment system and contempt for treaty undertakings; that is to say there must be guarantees for the future as well as reparation for the past. At the same time I did not exclude the eventual possibility of an establishment of contact through the Vatican, or at least through Vatican circles. I asked him if he had any objection to my reporting home what he had told me and he said he had none as long as secrecy was carefully guarded. I also said I should be interested to learn if he heard anything further.

It is perhaps worth mentioning that Monsignor Kaas' view of the Munich explosion is that the Gestapo discovered a Communist plot and, after arresting those involved, allowed the plan to take its course and exploited it for their own purposes, with Hitler's concurrence. He may well have heard this from his visitor.

Dokument V[14]

No. 3 Rome, January 9th 1940

Secret

My Lord,

With reference to my Saving Telegram SECRET No. 16 of December 1st[15], I have the honour to report that I had a further talk with Mgr. Kaas yesterday. He told me that he had that very day been advised of the return to Rome of the purported representatives[16] of certain German military circles, and this information seemed to irritate him a good deal. He said to me, and he will say the same to these German emissaries, that any talk of peace terms in present circumstances is altogether premature; that, even were this not so, discussions would be impossible in the absence of any guarantees of the *bona fides* of the emissaries themselves as well as of their principals; and that, even were these guarantees established, there could be no assurance that the army circles in question would be able to carry out what they

[13] Vermutlich eine Anspielung auf Chamberlains Unterhausrede am 12. 10. 1939.

[14] C 770/89/18. (1940).

[15] Dok. IV.

[16] Der Gebrauch des Plurals ist eigenartig, aber wahrscheinlich nicht von besonderer Bedeutung.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

undertook or, even if they could, were to be trusted to keep their word. In short, the gentlemen from Germany are likely to receive a most discouraging welcome from Monsignor Kaas. He does not, of course, yet know what they will have to say or why they have returned, but he assumes that their purpose is, not so much to advance any specific proposals as to sound the Vatican regarding the prospects of the reception of any such proposals and, perhaps, regarding the Vatican's willingness to act as intermediary. Monsignor Kaas strongly resents this endeavour to involve the Vatican in nebulous and dubious intrigue, even though he realises that it is not likely to succeed. Also, as he observes, it may simply be a manoeuvre to obtain soundings regarding British and French opinion. I shall hope to hear in due course what has come of this further Roman visit of the German emissaries.

2. Monsignor Kaas had little else of interest to say except that it was reported that Dr. Ley, when he was recently in Rome, had declared that Hitler would undertake a great offensive and, if it failed, would commit suicide. He could not, however, vouch for the authenticity of this story.

3. I am sending a copy of this despatch to the Political Intelligence Department, and to His Majesty's Ambassador to the Quirinal.

D. G. Osborne

Dokument VI[17]

12th January, 1940

Secret

My dear Secretary of State,

In my secret saving telegram No. 16 of December 1st[18] and my secret despatch No. 3 of January 9th[19] I referred to the visits to Rome of certain emissaries of German military circles. Yesterday I was told that the Pope wished to see me and this morning I had an audience with him. He told me that he had received the visit of a German representative – or representatives, I am not sure if there was one or more – who had told him as follows; they were speaking for certain German army chiefs, whose names he knew but would prefer not to give me.

2. A grand German offensive has been prepared down to the last details for the middle of February, or possibly even earlier. It will be violent, bitter and utterly unscrupulous. But it need never be delivered. If the German generals could be assured of a peace with Great Britain (France was not mentioned) which would neither be another Compiègne, i.e. like the Great War armistice, nor Wilsonian in nature, they were prepared to replace the present German Government by a „Verhandlungsfähige Regierung" – a government with which it was possible to negotiate – and then to reach a settlement in Eastern Europe with the British Government. This settlement would include a restoration in Poland and Czechoslovakia (no details given) and would also deal with Russia (this was even more enigmatic, but seemed to imply the fact or menace of action against Russia). There could, however, be no concession over the existing Anschluss with Austria.

[17] Original in den Halifax Papers, F. O. 800/318, die Kopie in C 1137/89/18. (1940). Der einzige längere Kommentar stammt von Strang und ist größtenteils als Dok. VII abgedruckt. Das Schreiben selbst wurde am 17. 1. 1940 dem Kriegskabinett vorgelegt, WM 16 (40) 8., Confidential Annexes.

[18] Dok. IV.

[19] Dok. V.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. The Pope said that this communication had been made to him, but that he had not been asked to put it forward. (I should have thought the request was implicit in the communication). At any rate he had felt that his conscience would not be quite easy unless he sent for me. He wished to pass the communication on to me purely for information. He did not wish in the slightest degree to endorse or recommend it. After he had listened to my comments on the communication he had received and passed on to me, he said that perhaps, after all, it was not worth proceeding with the matter and he would therefore ask me to regard his communication to me as not having been made. This, however, I promptly declined as I said I refused to have the responsibilities of His Holiness' conscience unloaded on to my own.

4. The substance of my comment was that the whole thing was hopelessly vague and was dangerously reminiscent of the Venlo affair. His Holiness had said that he could answer for the good faith of the intermediary (he assured me that the intermediary was not Prince Rupprecht of Bavaria, who is now in Rome and was recently received in audience[20]), but he could not guarantee the good faith of the principals. Still less, obviously could he guarantee that they could effect the change of government of which they spoke or that, even if they did so, they would be any more reliable than Hitler. As regards the guarantees they wanted, it seemed to me that they had only to read your or the Prime Minister's speeches. And I should have thought that their first step should be to effect the change of government and then talk of peace. As it was I did not see how, with the best will in the world on the part of H.M.G., any such nebulous and uncertain proposition could be taken seriously or followed up.

5. His Holiness did not demur, still less make the least attempt to justify or support the communication made to me. On the contrary he was at pains to disavow any responsibility for it except for his conscience's sake. He said he had not spoken of the matter to anyone but me (though I suspect that there must be others, for instance Monsignor Kaas, who know about it) and he begged me to regard it as absolutely secret. If anything should become known the lives of the unnamed German generals would be forfeit. I promised that I would not speak of the matter to anyone in Rome except to Sir Percy Loraine[21] and that I would write a private letter to you and send it by Bag, so that it would not be seen by either a cypher officer or a stenographer. I have therefore written this letter myself and have no copy of it. I think all these precautions are exaggerated, particularly in view of my Saving telegram No. 16 of December 1st, but I could not refuse to defer to his insistence. And I told him that the French Government would obviously have to be told even if I did not tell my French colleague. This he understood. He said that, having thus salved his conscience, he would not even expect any answer. But should you wish to send him any sort of reply through me, I could ask to see him at any time.

6. I am afraid I have no means of assessing the importance or genuineness of the German communication. Having been bound to secrecy by the Pope I cannot go to Monsignor Kaas, although I hope to see him again before very long. But in the past he has been no more explicit than the Pope himself regarding the German principals. As I pointed out to His Holiness the opening reference to the impending offensive is a blackmailing touch reminiscent of Hitler and there is no assurance that the whole thing is not a manoeuvre of the present German Government. The Pope assured me that the German principals are in no way connected with the Nazi Party, but his confidence may be misguided. Whether the German communication is in good

[20] Kronprinz Rupprecht war am 8. 1. 1940 in Audienz empfangen worden.

[21] Britischer Botschafter am Quirinal.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faith or not, I think it is clear that the Pope's humanitarian feelings have been played on. And his spontaneous offer, after my expressions of scepticism, to cancel his communication to me shows that he does not relish being used as a channel and that he has little expectation of any result. But he certainly cannot be reproached for acting as he has.

D. G. Osborne

P. S. According to the German statement the projected offensive will be via Holland.

Dokument VII[22]

Notizen von W. Strang auf dem Akt mit Dok. VI

Confidential

M. Cambon[23] drew my attention this afternoon to the annexed cutting from yesterday's „Observer" about an audience which H. M. Minister to the Holy See had apparently had of the Pope[24].

He said that M. Corbin[25] had spoken to Sir A. Cadogan and Sir O. Sargent about this supposed interview, but neither of them had known anything about it. It might therefore be that, if such an interview had taken place, Mr. Osborne had reported on it by private letter to the Secretary of State.

M. Cambon recalled that in the past, M. Daladier and the Prime Minister had kept each other informed about various peace feelers that had been put out, and he suggested, *in a purely personal way*, that if anything had passed between the Pope and Mr. Osborne on this occasion, steps should be taken to let M. Daladier know, not necessarily through the French Embassy here, but in some private way.

If nothing of moment had passed at the interview, it might, all the same, be just as well to let the French Government know.

W. Strang 15th January, 1940

I gave M. Cambon orally this afternoon the substance of paragraphs 1, 2 and 3 (first half) of Mr. Osborne's letter. I made a brief reference to Mr. Osborne's comment as reported in paragraph 4; and added that the Pope had begged Mr. Osborne to regard this information as absolutely secret; that Mr. Osborne had promised to report it in a private letter to the Secretary of State; that Mr. Osborne had told the Pope that the French Government would have to be told, and that the Pope quite understood this; and that the Pope had not seemed to expect any reply.

I explained to Mr. Cambon that (as he had expected) Mr. Osborne had sent all this in a private letter to the Secretary of State which had not yet, I thought, arrived when he had spoken to me. Mr. Cambon expressed his thanks for this communication and said that M. Corbin would report it to Paris also in a private letter.

I think that we ought to let Mr. Osborne and Sir R. Campbell know what we have done; and at the same time approve Mr. Osborne's language. Please submit drafts from the Secretary of State to Mr. Osborne and from me to Sir R. Campbell.

W. Strang 17th January, 1940

---

[22] C 1137/89/18. (1940).

[23] Botschaftsrat an der französischen Botschaft in London.

[24] Der Zeitungsausschnitt liegt nicht mehr bei.

[25] Französischer Botschafter in London.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument VIII[26]

Lord Halifax to Mr. Osborne 22nd January, 1940

Personal & Secret

I read with much interest your letter of the 12th January[27], in which you reported a secret communication made to you by the Pope about an approach which had been made to him by emissaries from the German Army.

I entirely approve the comments which you made to His Holiness.

The French Embassy, who had seen a report in the press that you had been received by His Holiness, asked the Department whether anything of interest had passed between the Pope and yourself. We have always kept M. Daladier personally informed of the various peace feelers that have been put out from time to time since the beginning of the war, and we therefore thought it wise to give the French Embassy orally, for M. Daladier's personal information, the substance of your letter. It was understood that the Ambassador would report this to Paris in a private letter.

Dokument IX[28]

Rome, February 7th, 1940

Personal and Secret

My dear Secretary of State,

I was summoned for another interview with the Pope on the same subject as that which my last Personal and Secret letter dealt with.[29] This time it was all very Phillips Oppenheim. The Pope's Maestro di Camera (the head of his private Household) came to see me at my house last night and asked me to come to his office today at 12.30: he would be in his other office in the Papal Apartments to which I should be conducted, and I could then be discreetly introduced; I was not to dress as for an audience and no announcement of one would be made. In case of enquiry I could say I was having an interview with himself: which in fact I did as I used the opportunity to ask him about something on which I wanted information.

The Pope told me that he had been approached again by the „reliable intermediary" of German military circles. I pressed him as to the identity of these, but he would give me no name; he would only say that a well-known and important General was concerned. He withheld the name as he did not wish inadvertently to be the cause of the man's death if it should come out. But he assured me that he was of sufficient importance to be taken very seriously.

The intermediary had informed him that the plans for the attack on Belgium found on the German officer who came down in Belgium on the forced landing of his aeroplane, were genuine and the attack had been imminent[30]. (My own impression had been that the whole thing was arranged to exert pressure on Belgium, but you

---

[26] C 1137/89/18. (1940).

[27] Dok. VI.

[28] Das Original befindet sich in den Halifax Papers, F. O. 800/318, die Kopie in C 2522/89/18. (1940). Eine Kopie ging auch an den König, der dem Außenminister dafür dankte und seinerseits von einer Verschwörung, „to bump off Hitler" (Hitler umzulegen), zu berichten wußte; seine Quelle war ein Brief der Königin Marie von Jugoslawien, seiner Cousine, vom 26. 1. 1940.

[29] Dok. VI.

[30] Vgl. hierzu H.-A. Jacobsen, Fall Gelb, Wiesbaden 1957, S. 90, und J. Vanwelkenhuyzen, Die Niederlande und der „Alarm" im Januar 1940, in dieser Zeitschrift, 8 (1960), S. 17 ff.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

will know about this). Nevertheless Hitler had wanted to go on with the attack as planned, but was dissuaded on account of the extreme cold.

Hitler is boasting (I am recording what the Pope told me in the order he used; he had about four pages of typescript notes in German) that he will be in the Louvre by summer and that one of his first cares will be to find a more worthy site to set up the Venus of Milo!

Hitler himself would like to give military assistance to the Russians, but has been dissuaded.

Now comes the important part of the communication, as received by the Pope and retailed to me. A part of the army (proportion and influence unspecified) would like a change of government and to get rid of Hitler. They would not propose to start their action, if they take it, in Berlin, but elsewhere. There would for a time be two governments and a more or less serious civil war in Germany. The anti-Hitler authority would have to be a military dictatorship, but this would be temporary. It would be replaced by a government described as „democratic", „conservative" and „moderate". It would be decentralized and federal in nature. Prussia would be combined with the Rhineland and Westphalia and called by some such name as the West German State. Austria would be within the federation. Poland and non-German Czechoslovakia outside it and independent. (I asked if there was any reference to reparation for the monstrous suffering inflicted on these countries, but there was not). Once this new Government had been established, or just as soon as it was in a position to speak with authority, it would be anxious to negotiate peace at the earliest possible moment, but a peace under reasonable and acceptable conditions. What the German protagonists of this plan wanted the Pope to do was to ascertain from H.M. Government whether the position and continued existence of the Reich *plus* Austria could be guaranteed as a basis of peace negotiations.

This vital portion of the Pope's typescript seemed rather obscure to His Holiness and it was not quite clear whether any sort of preliminary negotiations were contemplated before the coup d'etat took place. In any case, what seemed to be wanted was an assurance that the territorial integrity of the Reich *plus* Austria, i.e., I suppose, the Munich Germany, would be maintained under the Allied peace terms. This sounds like an endeavour to insure with H.M. Government against a French claim to the Rhine frontier[31]. It may also be that the talk of a federalized Germany is an attempt to satisfy Allied peace requirements.

I told His Holiness that this new approach seemed to me to be open to all the criticism that I had voiced to him on the previous occasion: there were no guarantees that it was genuine or that, even if it was, any reliance of success could be placed on its sponsors and executants or that, even if it succeeded, the German Government to be dealt with would be any more trustworthy or any less aggressive than the present one. The Pope made no attempt to defend it or even to recommend serious consideration. He said he intensely disliked even having to pass it on and he would no more expect an answer than on the previous occasion: but his conscience would

---

[31] Die Franzosen hatten schon seit einiger Zeit von den Briten die Zustimmung zu „einer strategischen und militärischen (aber nicht territorialen) Grenze am linken Rheinufer" gefordert. Als das Problem am 19. 12. 1939 erstmals vom Obersten Kriegsrat - und erstmals auf der Ebene der Ministerpräsidenten - erörtert wurde, lehnte es Chamberlain ab, sich festzulegen, und äußerte lediglich, daß es sich um ein „kompliziertes Problem" handle und daß zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Studie in Auftrag gegeben werden sollte (Protokoll des 4. Treffens des Obersten Kriegsrats am 19. 12. 1939, WP. 40 (40) 4.).

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

not allow him to ignore it altogether lest there might conceivably be one chance in a million of its serving the purpose of sparing lives.

Personally I derived the impression, though I do not know from what, that the German initiative was more important and more genuine than I had believed on the first occasion. I think that His Holiness' urgent insistence on the most absolute secrecy is a measure of his own belief in the *bona* fides of his informants. He was very insistent that nothing should be put on paper except this letter which I have typed myself and of which I have kept no copy and he begged that its contents should only be communicated verbally by you or the Prime Minister to Monsieur Daladier for his own secret information. (I had insisted that he would have to be told.) If this was not possible he would prefer that you should regard the communication as not having been made or received. He even asked if you could not personally give your opinion as to the possibility of the Germans counting on the maintenance of the territorial integrity of Germany; in such case no communication to Monsieur Daladier would be required. I said I was sure that this was out of the question; the two Governments were acting as one and an expression of your personal opinion, which, in the circumstances, I was convinced you would decline to give, would be of no value. He was most reluctant to abandon this idea and it seems to indicate, as I suggested earlier, that what the Germans, or these particular Germans, want is a British guarantee against dismemberment by France. I again told him to refer his enquirers to your, the Prime Minister's and Monsieur Daladier's speeches if they wanted to know what we were fighting about and for.

The Pope again said that, having salved his conscience, he would expect no answer, but that if I had any communication to make to him I should do it through his Maestro di Camera as he did not even wish the Cardinal Secretary of State to know of his communication through me. I said I thought it very unlikely that there could be any answer to anything so dubious and indefinite.

The significant thing seems to be that this time we are offered a „democratic, conservative, moderate" and, more important still, a decentralized and federalized Germany within the Munich frontiers.

I am sorry if this is rather untidy. I should have liked to re-draft some of this and recopy it all, but there is no time before the Bag goes.

D. G. Osborne

Dokument X[32]

Chamberlains Notizen für eine eventuelle Antwort an den Papst

1. G. B. will do nothing without France
2. G. B. would be willing to discuss any conditions asked for with France if convinced that business was meant
3. It would be impossible to enter in discussions with France on the basis of such vague and unvouched for proposals.
4. If progress is to be made a definite programme must be laid down and vouched for authoritatively.

[32] C 2522/89/18. (1940). Das undatierte Original dieses Dokuments ist in Chamberlains Handschrift geschrieben. Die vier Punkte sind fast wörtlich in den Brief des Außenministers vom 17. 2. (Dok. XII) aufgenommen worden.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument XI[33]

Notizen von Sir Orme Sargent zu einem Antwortentwurf Strangs[34]

Secretary of State

On reading through this draft I cannot help feeling that if we go as far as we do in the last paragraph, we ought to show the draft to M. Daladier before sending it to Rome[35].

Again, in Mr. Osborne's letter such stress is laid on the expression „Germany *plus* Austria" that I think we ought to add a word about Austria at the end of the draft letter, on the following lines: –

„In this connexion it must be understood that in any" Federal plan it would be necessary that Austria „should have the right to decide whether she" „wished to enter the Federation or not".

Even so, we slur over the fate of the Sudetenland, which is definitely raised in Mr. Osborne's letter, where it is stated that „*non-German* Czechoslovakia should be outside „Germany". But perhaps at this stage there is no harm in this omission on our part.

In the case of Austria, however, I think we must say something if we are to take the line that we are interested in the question of a Federal Germany *plus* Austria.

The alternative would be to omit the last paragraph of the draft altogether[36].

Sargent
February 15th, 1940

Dokument XII[37]

17th February, 1940

Dear Osborne,

I have received your letter of February 7th[38], and wish to thank you for the care and clarity with which you have reported and commented on your interview with the Pope, and the communication made to you by His Holiness.

I have reflected on your letter and have discussed it with the Prime Minister.

We do not propose, at the present stage, to give M. Daladier any account of what passed, though circumstances may at any moment make it desirable that he should be informed.

In view of the importance attached by His Holiness to the approach which has been made to him, we think that you should get into touch with him again through the channel indicated to you, and convey to him an indication of our reaction to his message, which should be as follows. He would, of course, be free to transmit to his interlocutors the sense of what he had learned from you.

It must be clear from the outset that His Majesty's Government can take no step in this matter except in conjunction with France. If His Majesty's Government were convinced that the intermediaries who approached His Holiness represented prin-

---

[33] C 2522/89/18. (1940). Sargent hat damals Cadogan vertreten.

[34] Nach einer Notiz Strangs auf dem Umschlag von C 2522/89/18 hat er einen Entwurf „on lines indicated in notes by the Prime Minister and Secretary of State" gemacht. Der Entwurf und die Notizen des Außenministers sind offenbar verlorengegangen, aber Sargents Kommentar und der letzte Absatz des endgültigen Brieftextes (Dok. XII) bieten Anhaltspunkte für den Inhalt des Entwurfs und der Notizen.

[35] Das ist nicht geschehen.

[36] Das ist nicht geschehen, sondern Sargents Satz über Österreich wurde eingefügt.

[37] C 2522/89/18. (1940).

[38] Dok. IX.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cipals in Germany who had both the intention and the power to perform what they promised, His Majesty's Government would be willing to consider with the French Government any enquiries that those principals might make. But His Majesty's Government could not broach this question with the French Government on the basis of ideas emanating from undisclosed sources and so vague in character as those which have been conveyed to you. If any progress is to be made, a definite programme must be submitted and authoritatively vouched for.

In examining any such programme, and in framing their own conditions, what His Majesty's Government would look for above all, in addition to reparation of the wrongs done to Germany's smaller neighbours, would be security for the future. The Allied Governments have no desire for acquisition of territory as such, but the crucial question for the French Government as for ourselves is the attainment of security. The examination of practical measures by which this can be achieved is therefore of the first importance, and in this connexion the suggestion of a decentralized and federal Germany is of interest, and might be held to go some way towards a solution of this problem. It might be useful if those who have made this suggestion could develop this or any similar idea in concrete terms. Under any Federal plan it would in our view be right that Austria should be allowed to decide whether or not she wished to enter the Federation. Yours sincerely.

Halifax

Dokument XIII[39]

Secret and Personal Rom, 19th February, 1940

My dear Secretary of State,

When I took Lady Halifax and your son to see the Pope on the 16th, he drew me aside at the end of the audience to tell me that the German military circles mentioned in my previous letters had confirmed their intention, or their desire, to effect a change of government. He did not say that they were awaiting some prior assurances from us, but I presume this was the inference. I only observed that if they wanted a change of government, why didn't they get on with it. I added that even if the government was changed I didn't see how we could make peace so long as the German military machine remained intact.

I made it clear that these were only my own personal reactions on the spur of the moment. There was no time for further discussion as Lady Halifax was waiting. But I promised to let you know what he had told me – for what it is worth, which is very little.

D. G. Osborne

Dokument XIV[40]

No. 38 Rome, February 23rd, 1940

Secret

My Lord,

With reference to my SECRET despatch No. 3 of January 9th[41], I have the honour to report that in another talk with Monsignor Kaas yesterday he again referred to

[39] Das Original befindet sich in den Halifax Papers, F. O. 800/318, eine Kopie wurde zusammen mit anderen Schriftstücken zu den „Römischen Gesprächen" in C 2522/89/18. (1940) abgelegt.

[40] C 3044/89/18. (1940). Young kommentierte: „Mr Osborne puts his finger on the fallacy, from our point of view, of the ‚moderates' peace feelers."

[41] Dok. V.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the hopes of the German military circles, whose representative recently revisited Rome and would appear to be still here. But he had little new or of interest to say in this connection. The Germans in question are still, it would appear, anxious to establish contact with His Majesty's Government in order to assure themselves that, if they evict the Nazi regime, they will be able to negotiate peace on terms that will be neither destructive nor humiliating for Germany. According to Monsignor Kaas they would be ready to hand over most of Poland and Czechoslovakia *minus* the Sudeten districts; Austria would remain incorporated in the Reich and on this score some assurance from us would be welcome. The point that most interested me in what Monsignor Kaas told me was that these self-appointed and aspirant liberators of the German people from the Nazi regime realise very well that if, after getting rid of Hitler, they proceed to accept humiliating terms from the Allies their position will become very precarious. In any event Germany, after the war, will be more or less bankrupt. There will be great financial and economic distress and, with the eclipse of Hitler and the discrediting of Nazi fanaticism, there will be a great uneasiness and disillusion. The argument of these German military circles is that if, as the successors of Hitlerism, all they have to offer in its place to ruined and embittered German patriots is a humiliating peace, their own days will be numbered. The cry will be, Hitlerism was better than this, but as Hitlerism has gone let us try Communism. Hence, according to Monsignor Kaas and his informants, the desire for British assurances of a fair and honourable peace.

2. This is no doubt open to interpretation as a specious argument which, as I pointed out to Monsignor Kaas, would provide for Germany getting away with the Hitler loot without providing any of the assurance we demand against ulterior German aggression. This he perfectly appreciated. It is, however, I think, an important point to be borne in mind that the elimination of the *furor Germanicus* of Hitlerism will leave, particularly among the younger and restless generation, a spiritual vacuum which will have somehow to be filled if another explosion is to be avoided. Monsignor Kaas' idea of a safe post-war Europe contemplates some form of European economic federation which will discredit that conception of economic autarchy that leads to exacerbated patriotism, aggression and war.

D. G. Osborne

Dokument XV[42]

British Legation
to the Holy See
20, Via Quattro Fontane, Rome (5)
March 21st, 1940

Most Secret

My dear Phil[43],

I had better answer your MOST SECRET letter R 3237/G of March 12th[44] at once, and then burn it in accordance with your request. I am not keeping a copy of this reply.

---

[42] R 3781/3237/22 (1940).

[43] P. B. B. Nichols, Leiter der Südabteilung, an die die Korrespondenz vom Vatikan normalerweise ging.

[44] Nicht vorhanden, doch ging daraus hervor, daß der Secret Service über Material verfügte, das darauf hinzudeuten schien, Kaas und einige deutsche Seminaristen seien deutsche Agenten.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I know Mgr Kaas quite well and have reported on my talks with him in my Saving Telegram SECRET No. 16 of December 1st last[45] and my despatches Nos 3 and 38 SECRET of January 9th[46] and February 23rd[47]. And I am very doubtful of the soundness of your report.

Assuming that some of the German seminarists are German agents, which I think most unlikely, I can't imagine what they could do; or where or how obtain useful contacts or information. As you probably remember, they are dressed in the brightest possible scarlet from head to foot, which does not conduce to the work of secret agents. I doubt if they ever see anyone but other students of other nationalities, and the most they could do with them would be to seduce them from their loyalties. You say that „a number of the German seminarists at the Vatican – not all of whom were removed, as they were in 1914 –". None of them have been removed to the best of my knowledge. Why should they be? Italy is not at war with Germany. I did not know they were removed in, not 1914 in any case, but 1915 when Italy came into the last war, but there is not time to verify this now.

I don't think Mgr Kaas has much to do with the German seminary. He is the „Economo" of the Basilica of St Peter's, i. e. is in charge of all repairs to the structure, supplies of materials, vestments, etc., He is a busy man and lives in his own house in Vatican City. He would, of course, be able to gain access to the Pope but I doubt very much if he sees him often. As to the influence he would exert on the Pope, there is little doubt that he is strongly anti-Nazi but a good patriot.

However, if you can really substantiate your information that Kaas is to some extent under the control of the Gestapo, please let me know and I would warn the Pope[48]. I hope to see Kaas again soon and I should like to ask him if the report was true, but that seems too obvious to be desirable.

Yours ever
D'Arcy

Dokument XVI[49]

Telegram (en clair) from Mr. Osborne, (The Vatican)
D. By Bag. March 27th, 1940
R. March 31st, 1940

No. 9. Saving
Most Confidential

My despatch No. 38 of February 23rd last[50].

I had another talk with Monsignor Kaas today.

His German military contacts seem to have abandoned their peace plans for the time being.

They have given him to understand that the German offensive has been postponed, but whether for days or weeks he could not say. (The Pope's information was recently

[45] Dok. IV.
[46] Dok. V.
[47] Dok. XIV.
[48] Das Foreign Office hat in dieser Frage tatsächlich noch ein Telegramm an Osborne geschickt, und zwar am 3. 4. 1940. Ohne weitere Begründung hieß es darin: „We have reason to believe that the Gestapo have a hold on Mgr. Kaas."
[49] C 4743/5/18. (1940).
[50] Dok. XIV.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

that it was due about mid-April-see my telegram No. 27 of March 19th[51]). The postponement is due, he understands, partly to the necessity of completing some military dispositions or accumulating some necessary supplies, and partly to the hopes aroused in Hitler by the French Ministerial crisis of a collapse of French morale[52]. The French crisis has had, Monsignor Kaas says, a most unfortunate effect everywhere abroad, and first of all in Germany where it will tend to revive morale.

When the offensive does come, he said, it will be carried out without mercy, scruple or regard for law or opinion. It will include the use of gas and microbes. I said I did not believe that even Hitler would affront world opinion by the use of microbes, but he assured me that there was no doubt of it and I inferred that he had it on the authority of his military connexions. However, he may have been trying to curdle my blood, though I do not think so, and it is also possible that someone else has been trying the same on him.

He said he was assured that if we had sent our force across Sweden to help the Finns, the Germans would have occupied parts of Norway, Sweden and Denmark; on this the German High Command would have been in agreement with Hitler, which they have not so far been when he has wanted to attack. The same would apply to the Balkans, i.e. the Germans would march in if the Allies threatened operations in that part of the world. It was probably therefore a good thing that we had respected Sweden's neutrality at the expense of the fate of Finland.

I told him I had heard from several sources of late that conditions of life in Germany and the morale of the people had markedly deteriorated in past weeks. He said he had no confirmation of this, but there was no reason why he should have. In any case he believed the German people to be too disciplined to be able to organise a revolt.

He had nothing of interest to say about conditions in Italy. When I told him I thought there was a possibility of Mussolini going in with Hitler, he said he was sure that this had always been Mussolini's inclination, and it might now have become his intention.

Copy to Embassy, Rome.

Dokument XVII[53]

Rome, April 3rd, 1940

Personal and Secret

My dear Secretary of State,

I asked the Pope, when I saw him on March 30th, whether he had any further communication with the representatives of German military circles.

He said that he had heard nothing since he had communicated to them the contents of the letter I had written to him on the receipt of your letter to me[54]. (I cannot give its date or any reference as I destroyed it in deference to the Pope's request for absolute secrecy). He went on to say that he feared that any prospects of favourable developments from the approaches made through himself were vitiated by the fact

[51] R 3546/57/22.

[52] Am 21. 3. 1940 ist Daladier als französischer Ministerpräsident von Paul Reynaud abgelöst worden.

[53] Das Original befindet sich in den Halifax Papers, F. O. 800/318, eine Kopie wurde in C 5286/89/18. abgelegt. Roberts kommentierte: „It is just as well that the Pope should realise what we are up against in this game of peace feelers."

[54] Dok. XII.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

that other similar approaches had reached His Majesty's Government through other channels. (If I remember rightly, this was mentioned in your letter[55]). He added that, according to his understanding, His Majesty's Government were not very hopeful of any results from these communications nor enthusiastic about their receipt. I said that this probably was so, particularly in view of the impossibility of establishing the *bona fides* of the German principals. Nevertheless I begged him to believe that His Majesty's Government fully appreciated his own position and motives in the matter and would always receive with interest, and treat with respect, any further communication he might have occasion to transmit.

My impression was that he was much disillusioned to hear that other similar soundings had been made through other channels and that he appreciated the reasons for our scepticism. But I think that, if he hears anything more, he will let us know.

He was very pleased with your message[56], which reached me in the middle of my audience, and he asked me to send you his best wishes and thanks.

D.G. Osborne

Dokument XVIII[57]

Mr. Osborne (The Vatican).
6th May, 1940.
D. 1.40 p.m., 6th May, 1940.
R. 2.25 p.m., 6th May, 1940.

The Vatican expects a German offensive in the West to begin this week. But they have had similar expectations before, so I do not attach particular faith to their present prediction.

They say that it may include not only the Maginot line and Holland and Belgium but even Switzerland.

---

[55] Das trifft nicht zu. Es ist jedoch zutreffend, daß „other similar approaches had reached HMG through other channels." Vgl. Cadogan diaries, S. 256, zu einer Unterhaltung mit Lonsdale Bryans am 28. 2. 1940: „Let him talk and then broke it to him that this was about the 100th time I had heard this story."

[56] Fehlt.

[57] C 6584/5/18. (1940). Die Information ist am 7. 5. 1940 dem Kriegskabinett mitgeteilt worden, WM 114 (40) 5.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

RÜSTUNG UND WIRTSCHAFT AM VORABEND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Tagung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Kirchzarten

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) Freiburg veranstaltete vom 2. bis 5. April 1974 in Kirchzarten eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Rüstung und Wirtschaft am Vorabend des Zweiten Weltkrieges". An der Tagung, die vom Amtschef des MGFA, Kapitän zur See Dr. Forstmeier, eröffnet wurde, nahmen rund neunzig Gäste – überwiegend Wirtschaftswissenschaftler und Historiker – aus England, Österreich, Spanien und der Bundesrepublik teil. Was die deutsche Rüstung jener Periode anbelangt, so stand für das MGFA nicht die Frage nach ihrer Effektivität, nicht ihre *militärische* Beurteilung im Mittelpunkt der Tagung, sondern – wie Tagungsleiter Prof. Volkmann(Freiburg) in einem einleitenden Referat ausführte – ihr Stellenwert im System des Nationalsozialismus überhaupt sowie ihre zentrale Bedeutung innerhalb der Wirtschaft des NS-Staates. Prof. Ludwig (Mainz) sprach über „Die deutsche Aufrüstung bis 1935 im Lichte der Geschichtsauffassungen", Prof. Boelcke (Stuttgart) legte dar, auf welche unterschiedliche Weise die einzelnen Staaten die Aufgaben der Rüstungsfinanzierung seinerzeit zu lösen suchten. Die Probleme des an den Bedürfnissen der Aufrüstung und ihrem gesteigerten Rohstoffbedarf ausgerichteten deutschen Außenhandels 1933 bis 1939 wurden von Prof. Volkmann, die rüstungspolitischen Aspekte des Vierjahresplanes von Prof. Petzina (Bochum) eindrucksvoll umrissen. Anstelle des verhinderten französischen Historikers Prof. Castellan/Paris („Die Politik der deutschen Wiederbewaffnung aus französischer Sicht") referierte Prof. W. Treue (Göttingen) über die Elektrizitätswirtschaft als Grundlage der Autarkiewirtschaft und die Frage der Sicherheit der deutschen Stromversorgung im Zweiten Weltkrieg. Prof. Milward (Manchester) untersuchte den Einfluß ökonomischer und nichtökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkrieges. In seinem Vortrag „Zur Funktion des Angriffskrieges 1939" vertrat Dr. Tim Mason (Oxford) seine interessante, auf der Tagung heftig umstrittene These, daß Hitler primär aus einer innenpolitischen, wirtschaftlichen Krisenlage heraus zum Zeitpunkt 1939 die Flucht nach vorn in den Angriffskrieg angetreten habe. Die Rüstungspolitik der Verbündeten Deutschlands wurde in den beiden Referaten von Priv. Doz. Dr. Bernd Martin „Aggressionspolitik als Mobilisierungsfaktor. Der wirtschaftliche Imperialismus Japans 1931–1941" und von Frau Angela Raspin (London) über „Politische und wirtschaftliche Aspekte in der Rüstung Italiens von den frühen dreißiger Jahren bis 1940" abgehandelt. Prof. N. H. Gibbs (Oxford) legte in seinem Vortrag über „Das englische Wiederaufrüstungsprogramm 1933–1940 unter besonderer Berücksichtigung des Ausmaßes, in dem es durch Entwicklungen in Deutschland beeinflußt wurde" eindringlich dar, wie die englische Rüstung finanziellen und ökonomischen Erwägungen unterworfen blieb, auf dem Gebiet von Produktion und Handel mit herkömmlichen Methoden ohne direkte staatliche Eingriffe in die Verteilung von Rohstoffen, Arbeitskräften usw. betrieben wurde und bis in die letzten Monate vor Kriegsausbruch hinein – vor allem beim Heer – keine

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nennenswerten Ausmaße annahm. In seinem Korreferat schilderte Prof. Parker (Oxford) die damalige begrenzte Wirtschaftskraft des United Kingdom, die in den dreißiger Jahren zur Politik der Zugeständnisse an Deutschland führte, um Hitler zu einer Rüstungsbegrenzung zu bewegen, bis schließlich die schwindenden finanziellen Reserven im Sommer 1939 zum Entschluß der britischen Regierung beitrugen, Hitler „now or never" bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Die Vorträge von Prof. Hummelberger (Wien) über die Rüstungsindustrie in der Tschechoslowakei 1933–1939, von Dr. M. Hauner (Oxford) über die Rolle der Rüstungsindustrie in Osteuropa und die Verteidigungsanstrengungen Polens sowie von Dr. Alice Teichowa (Norwich) über die deutschen und britischen Wirtschaftsinteressen in Südosteuropa am Vorabend des Zweiten Weltkrieges rundeten das Tagungsthema auch im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten ab. Die auf der Tagung lebhaft geführte Diskussion um das Primat von Politik oder Wirtschaft als Motivationskräfte geschichtlichen Handelns blieb – wie nicht anders zu erwarten – ohne abschließendes Ergebnis und wurde durch die überwiegend vertretene These vom Arrangement politischer und wirtschaftlicher Interessen beherrscht.

Die Tagung, die durch die Herren Prof. Volkmann und Dr. Schustereit vom MGFA gut – hinsichtlich des Programms fast zu dicht – organisiert war, gab den Teilnehmern auf einer Exkursion, einem Empfang durch die Stadt Freiburg und einer Weinprobe zusätzlich Gelegenheit, persönliche Kontakte aufzunehmen und Gespräche zu führen. Das MGFA beabsichtigt, die auf der Tagung gehaltenen Referate in einem Sammelband zu veröffentlichen, der im Herbst 1974 beim Droste-Verlag erscheinen soll.

L. Gruchmann

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Martin Broszat, Honorarprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Konstanz, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b.

Dr. Lothar Gruchmann, wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b.

John Gimbel, Professor of History, Humboldt State College, Arcata, Cal. 95521, U.S.A.

Dr. Peter Krüger, apl. Professor für mittlere u. neuere Geschichte an der Universität Köln, Mitherausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945", 53 Bonn 1, Wielstraße 10.

Peter Ludlow, Lecturer in History, Queen Hary College, University of London, Dept. of History, Mile End Road, London E 1 4 NS, Großbritannien.

Jahrgang 22 (1974), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1974_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte